

Politikwechsel!

Podiumsdiskussion mit
Edelgard Bulmahn, Gregor
Gysi, Kerstin Müller, Andrea
Nahles und Bodo Ramelow

Herbert Schui

Neoliberalismus:
theoretische und
politische Grundlagen

Frank Wilhelmy

Staatsflankierung von
Arbeitszeitverkürzung

Interview mit Egon Bahr

NATO-Osterweiterung,
WEU, UN-Reform

Ausgabe 4 | 97
Heft 96
9,50 DM
Juli |
August 1997

POLITIKWECHSEL!

Wir wünschen dem Bundes-
kanzler einen schönen Urlaub
am Wolfgangsee. 365 Tage
im Jahr.



Wir sind bereit.

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

- Die Jahrestagung der spw 1997 findet vom 24. bis 26. Oktober in der Nähe von Hannover statt. Im Mittelpunkt der Debatte sollen diesmal die Perspektiven des politischen Systems und der Sozialdemokratie in Deutschland und die politischen Perspektiven von spw selbst vor diesem Hintergrund stehen. Wer Interesse an der Tagung hat und weitere Informationen haben will, kann sich bei der Redaktion melden.

- Im Zuge der Vorstellung von Personen, die die Arbeit von spw tragen, wollen wir uns diesmal selbst vorstellen. Die Redaktion der spw besteht gegenwärtig aus 12 Personen, die mit Ausnahme des Redaktionssekretärs ehrenamtlich tätig sind. Im Rahmen der allgemeinen Ausrichtung der spw besorgt sie eigenverantwortlich die inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift. Dazu trifft sie sich monatlich zur Redaktionsitzung und nutzt ansonsten die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikationsmedien. spw hat eine relativ junge Redaktion, die meisten Mitglieder waren, einige sind noch bei den Jusos (oder in der Hochschulpolitik) aktiv:

Uta Biermann, 33 Jahre alt, ist Chemikerin und arbeitet z.Z. am Max-

Planck-Institut für Atmosphärenchemie in Mainz an ihrer Promotion.

Dr. Thorsten Cabalo, Bochum, Historiker, 29 Jahre alt, lebt in Bochum.

Ralf Krämer, Dortmund, Jahrgang 1960, ist Sozialwissenschaftler und seit 1993 Redaktionssekretär bzw. hauptamtlicher Redakteur der spw.

Dr. Christoph Meyer, Köln, geboren 1966, ist Historiker und arbeitet z.Z. als Referent in der Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Joan Mirbach, Hattingen, 26 Jahre alt, Sozialwissenschaftlerin, arbeitet als Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Adi Ostertag und ist Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand Ennepe-Ruhr.

Silvia Rosendahl ist Historikerin, 36 Jahre alt, lebt in Moers und arbeitet als Referentin im Landespresseamt NRW.

Reinhold Rünker, Bankkaufmann und Historiker, 33 Jahre alt, lebt in Leichlingen und führt beruflich die Geschäfte des Juso-Landesverbands NRW.

Stefan Schostok, Hannover, ebenfalls 33 Jahre alt, hat Sozialpädagogik und Sozialwissenschaften studiert und arbeitet bei der Stiftung „Arbeit und Umwelt“ der IG Chemie, Papier, Keramik. Er ist Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Hannover.

Georg Schulze ist 29 Jahre alt, Ingenieur, wohnt in Bochum und arbeitet bei einem gewerkschaftseigenen Beratungsunternehmen.

Dr. Joachim Schuster, 34 Jahre alt, Bremen, Politikwissenschaftler, betreibt das Institut für angewandte Sozial- und Politikwis-

senschaft. Er ist auch Mitglied in der Geschäftsführung der spw sowie im SPD-Landesvorstand Bremen.

Claudia Walther, Politologin, ist 34 Jahre alt und lebt in Aachen. Sie ist Geschäftsführerin des Freizeit- und Informationswerks für Jugendarbeit der Euregio Maas-Rhein.

Dr. Frank Wilhelmy, Politikwissenschaftler, 35 Jahre alt, lebt in Bonn und arbeitet als wiss. Abgeordnetenmitarbeiter im Bundestag.

Barbara Underberg aus Bochum, die seit 1995 Mitglied der Redaktion gewesen ist, und *Ralf Schmitz* aus Leverkusen haben die Redaktion leider wegen zeitlicher Überlastung verlassen. Ralf Schmitz war von 1989 bis 1993 Redaktionssekretär und gehörte der Redaktion danach als ehrenamtliches Mitglied an. Ihnen beiden nochmals herzlichen Dank für ihr Engagement.

- Auf der Redaktionsklausur am 20.07.97 wurden die *Schwerpunkte für das kommende Jahr* festgelegt - natürlich wie immer vorbehaltlich kurzfristiger Änderungen. Nach „Gewalt und Zivilisation“ in Heft 97 und Aufarbeitung der Bedeutung der DDR in spw 98 soll spw 99 (1/1998) der Sozialdemokratie und das Jubiläumsheft spw 100 (März/April 1998) dem Thema „Sozialismus“ gewidmet sein. Die anschließenden beiden Hefte, die in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes fallen, sollen sich mit der Zukunft des Sozialstaates befassen. Vorschläge und Angebote für Artikel sind wie immer erwünscht, ohne Gewähr ihrer Berücksichtigung.

Die spw-Redaktion

Einheit verpflichtet - sie soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen

Kongreß zur Erfurter Erklärung

Am 3. und 4. Oktober 1997 findet in Erfurt ein Kongreß zur Erfurter Erklärung statt.

Der Kongreß soll dem Erfahrungsaustausch in der Arbeit mit der Erfurter Erklärung und der inhaltlichen Diskussion von Schwerpunkten der angemahnten politischen Alternative dienen. Regionale Initiativen und Unterstützernetzwerke werden ihre Aktivitäten darstellen. Am Samstag, 04.10.97, finden Diskussionsforen zu verschiedenen Themenkomplexen statt:

- Arbeit und Leben – ein zukunftsfähiges Deutschland in der Welt
- Demokratie – Partizipation
- Öffentliche Armut – privater Reichtum

Anmeldungen an das Büro der Erfurter Erklärung, c/o Kulturverein Mauernbrechen e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel. 0361-5961220.

Dort kann auch eine neue Broschüre **Hundert Argumente - Ein Kommentar zur Erfurter Erklärung** bestellt werden, die auf 74 Seiten Argumente für die Arbeit und Diskussion zur Erfurter Erklärung zusammenfaßt. Sie wurde in Abstimmung mit den anderen Erstunterzeichnern von SPD-MdB Edelbert Richter zusammengestellt.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpellis-Sperk (Kaufbeuren)
 Andreas Wehr (Berlin)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
 Uta Biermann
 Thorsten Cabalo
 Ralf Krämer
 Christoph Meyer
 Joan Mirbach
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Rünker
 Stefan Schostok
 Georg Schulze
 Joachim Schuster
 Claudia Walther
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
 Telefax 02 31/40 24 16
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de
 Internet: http://www.koeln-online.de/spw/

Geschäftsführung:
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte auf Diskette mit einem
 Ausdruck geliefert werden
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1997.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Titelfoto:
 Christian Kiel, Meerbusch

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, August 1997

INHALT

spw-intern 2

MAGAZIN

Bernard Pignerol
 So ein schöner Sieg
 Frankreich nach der Wahl 4

Karsten Rudolph
 Vom Ende und Anfang der Sozialdemokratie 5

Ralf Krämer
 Memoranden zur Halbierung der Arbeitslosigkeit 6

Christoph Stechmann
 Garzweiler II im Windschatten der Rechtsprechung? 8

BONN APART

Burkhard Winsemann
 Die SPD – Hüterin des goldenen Schatzes 10

SOZIALDEMOKRATIE

Andrea Nahles
 Die SPD-Linke vor dem Bundesparteitag 1997 11

Rudolf Borchert
 Die Linke in der ostdeutschen SPD 13

EUROPA UND DIE LINKE

Bernd Lange
 Unser Europa ist das, was wir draus machen 16

Thorben Albrecht
 Make Europe Work 19

Interview mit Egon Bahr
 NATO-Osterweiterung, WEU, UN-Reform 21

POLITIKWECHSEL!

*Podiumsdiskussion mit Edelgard Bulmahn, Gregor Gysi,
 Kerstin Müller, Andrea Nahles und Bodo Ramelow*
 Politikwechsel in Deutschland: Perspektiven – Parteien – Positionen 23

Uli Schöler
 Ostdeutschland: Ende der Talsohle oder drohender Absturz? 31

Herbert Schui
 Neoliberalismus: theoretische und politische Grundlagen 34

Christoph Butterwegge
 Globalisierung und die Refeudalisierung der Sozialpolitik 38

ARBEIT – ZEIT UND GELD

Frank Wilhelmy
 Staatsflankierung von Arbeitszeitverkürzung 42

Susanne Schunter-Kleemann
 Der Verfall des „schwedischen Modells“ und die Lage der Frauen 46

SOZIALSTAAT

Jörg Deml, Roland Wutz
 Die Zukunft des Rentensystems 52

THEORETIKER/INNEN

Antje Trosien
 Gleichheit und Klassenkampf: Clara Zetkin zum 140. Geburtstag 56

So ein schöner Sieg

Frankreich nach der Wahl

von Bernard Pigneroi*

Nun hat die Linke in Frankreich also wieder die Mehrheit in der Assemblée Nationale. Chiracs Manöver, um trotz Alain Juppés Unbeliebtheit länger an der Macht bleiben zu können, ist fehlgeschlagen. Und darüber kann man sich nur freuen.

Das Neue der heutigen Situation

Dabei muß man berücksichtigen, daß die heutige Situation nicht mit der von 1981 oder der von 1988 vergleichbar ist. Im ersten Fall brauchte die PS-Fraktion niemanden, um die Mehrheit zu erreichen. Im zweiten Fall war die Mehrheit nur relativ. Heute gibt es dagegen eine wirkliche Mehrheit, die aus drei Fraktionen zusammengesetzt ist. Die stärkste Fraktion bilden die sozialistischen Abgeordneten. Allein kann sie die notwendige Mehrheit allerdings nicht erreichen. Dazu braucht sie die zwei kleineren Fraktionen von insgesamt 34 Abgeordneten. In der einen findet man alle Nuancen des französischen Kommunismus: einige Abgeordnete stehen für die Erneuerung der Parti Communiste Français (PCF), doch der Fraktionsvorstand gehört zu dem höchst konservativen Kreis der PCF im Pas de Calais und wollte absolut nichts von einer Regierungsbeteiligung wissen. In der anderen, kleineren Fraktion sind sowohl Abgeordnete der Linksradiكالen als auch der Grünen und schließlich aus der Bürgerbewegung von Chevènement versammelt. Insgesamt könnte also so etwas wie eine gemeinsame Fraktion entstehen.

Was die Wahl-Situationen ebenfalls von einander unterscheidet, ist der Front National (FN). Das Wahlkreis-System Frankreichs führt ja



Bernard Pigneroi (links) auf der spw-Frühjahrstagung in Springe (rechts Thomas Westphal)

dazu, daß diese faschistische Partei zwar nur einen Abgeordneten hat, der FN hat jedoch am ersten Wahltag über 4 Millionen Wähler gewinnen können: 15,5%. Am zweiten Wahltag gab es 173 Trio-Konstellationen (drei statt zwei Spitzenkandidat/inn/en pro Wahlkreis) und 24 Wahlkreise, wo der FN einem Abgeordneten der heutigen Links-Mehrheit gegenübergestellt war. Das bedeutet wiederum, daß Le Pen tatsächlich der Schiedsrichter dieser Wahl war und daß in Zukunft viele Politiker der Rechtsparteien eine Allianz mit dem FN suchen werden – was im übrigen bereits begonnen hat. Alain Raplitte, Berater und ehemaliger Minister von de Gaulle, Leitartikler im Figaro, und Olivier Daulton und nicht zu reden von Villepin, stehen jetzt für eine solche Allianz.

Man kann also sagen, daß dieses Wahlergebnis für die Linke die letzte Chance ist. Die nächste Präsidentschaftswahl, die turnusgemäß im Jahr 2002 ansteht, wird Jean Marie Le Pens letzte sein. Daher ist eine Allianz zwischen FN und den Rechtsparteien eine wahrscheinliche Möglichkeit. Die politische Krise steht uns noch bevor.

Bei der Mehrheit in der Assemblée Nationale muß man auch sehen, daß es um 48,36% der Wähler geht, die für einen Kandidat der Linken gestimmt haben. Das sind mehr als für die Rechte, aber nur 1% mehr als für Jospin bei der Wahl 1995. Es ist ja ganz klar, daß wir, wenn die Regierung die selben Fehler macht wie zwischen 1982 und 1993, einen Weg, ja einen „Boulevard“ für eine klare und stark rechts orientierte

Mehrheit in 2002 öffnen. Die Krise innerhalb der Rechtsparteien, die sich am 2. Juni offenbart hat, ist eine drohende und gefährliche Krise. Darüber müssen wir uns absolut im klaren sein.

Die Bedeutung des Wahlsiegs für die sozialistische Linke

Für die Gauche Socialiste ist dieser Wahlsieg aus zwei Gründen besonders wichtig: in seiner Form und in seiner Bedeutung.

Was die Form angeht, so haben wir seit 1989 für eine rot-grüne-rosa Allianz plädiert. Damals wollte keiner in der Sozialistischen Partei hören, daß eine solche Vereinigung der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Dabei hieß die Strategie von Michel Rocard und sogar von Francois Mitterrand auch bereits „Ouverture“ (Öffnung), obwohl es nicht um dieselbe Strategie ging. Konkret meinte er eine Allianz im Parlament mit den Christdemokraten von FD (ex CDS).

Heute muß uns jeder zustimmen: die Koalition hat die Mehrheit. Und im Falle, daß die Beteiligten nicht damit einverstanden sind, gibt es eben keine Mehrheit mehr. Die linke Strategie war also vorher nichts als eine französische Form der Großen Koalition. Zudem bedeutet die Tatsache, daß die PS nicht homogen ist, eine größere Garantie dafür, eine links orientierte Politik zu haben. Eine größere Garantie. Allerdings keine volle Garantie. Weil die französischen Grünen nicht die deutschen Grünen sind. Was die Kommunistische Partei angeht, meinen wir schon seit 1945 mit dem Trotzki-Satz: „Einen

Seit Anfang der 90er Jahre wird jede Wahl von der Bevölkerung genutzt, um dasselbe zu sagen. Wir wollen einfach nicht, daß das republikanische und soziale Modell unserer Gesellschaft zerbrochen wird.

* Bernard Pigneroi lebt in Strasbourg, besucht die Verwaltungshochschule ENA und gehört zur Gauche Socialiste in der Partie Socialiste Frankreichs.

Streik muß man beenden', daß die Partizipation an einer Regierung zu einer Strategie gehört, die nicht unbedingt etwas mit der Umwerfung des ökonomisch-politischen Systems zu tun hat.

Was den Sozialistischen Wahlkampf betrifft, muß man leider sagen, daß es zwei Etappen gab. Am Anfang hat sich auch Lionel Jospin deutlich und wirklich links positioniert; aber als wir uns dem Wahltag näherten, sind seine Positionen schwächer geworden.

Die Bedeutung dieser Wahl ist jetzt ungefähr klar. Seit Anfang der 90er Jahre wird jede Wahl von der

Bevölkerung genutzt, um dasselbe zu sagen: Wir wollen einfach nicht, daß das republikanische und soziale Modell unserer Gesellschaft zerbrochen wird.

Jacques Chirac hat 1995 seine Kampagne unter dieses Thema gestellt und gewonnen. Juppé hat eine Politik der Deregulierung verfolgt und mit dieser haben die Rechtsparteien verloren. Seine Reformen gingen alle in die gleiche Richtung und dadurch standen die Rechtsparteien in einer dauerhaften Krise, weil sie meinen, daß dieses Projekt nicht mehr möglich sei.

Man könnte denken, es sei bloß der Widerstand der Franzosen und sogar deren vergeblicher Widerstand. Aber was wir glauben ist, daß durch diesen Widerstand gegen eine Weltordnung aus den Vereinigten Staaten ein echtes Entwicklungsmodell entstehen kann. Natürlich auf nationaler Ebene, aber auch sogar auf europäischer Ebene. Und dann haben die Menschen der Welt eine erneute Wahl zwischen Liberalismus und Sozialismus.

Deshalb ist der Sieg so schön, weil er eine Zukunft offen läßt. **spw**

Aber was wir glauben ist, daß durch diesen Widerstand gegen eine Weltordnung aus den Vereinigten Staaten ein echtes Entwicklungsmodell entstehen kann. Natürlich auf nationaler Ebene, aber auch sogar auf Europäischer Ebene.

Besprechung zu Jens Borchert u.a. (Hrsg.): Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel, Opladen 1996 (Leske und Budrich, 331 Seiten).

Früher, im „Goldenen Zeitalter“ der Nachkriegszeit, stand die Sozialdemokratie ein für Wirtschaftswachstum und Fortschritt, Reformen und mehr Demokratie, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Längst ist sie mit diesem Programm an Grenzen gestoßen; selbst errichtete, aber auch äußere, wovon der Siegeszug christlich-demokratischer und neokonservativer Politik seit den 1970er Jahren zeugt. Der Niedergang der Rechten in Europa spricht jedoch noch nicht für die Linke. Jedenfalls ist die sich gegen die Regierenden erhebende soziale Protestbewegung weitgehend politisch amorph. Sie trägt weder die Züge einer modernen, neo-sozialdemokratischen Bewegung, noch scheinen die sozialdemokratischen Parteien derzeit in der Lage, eine nachhaltige, postkollektivistische Alternative zum schwächer werdenden neoliberalen Paradigma anbieten zu können.

Internationaler Vergleich

Um eben diesen Punkt kreisen die Beiträge eines von überwiegend jüngeren Politikwissenschaftlern herausgegebenen Sammelbandes, der auf eine Konferenz des von Peter Lösche geleiteten Zentrums für Europa- und Nordamerika-Studien (ZENS) der Universität Göttingen zurückgeht. Der Anspruch, die Krise der sozialdemokratischen Parteien auf den Ebenen der „policy“,

der „politics“ und „polity“ (also der Ebene der materiellen Politik, Entscheidungsbildung und institutionellen Rahmenbedingungen) systematisch und international vergleichend zu analysieren, kann kaum eingelöst werden. Er ist für ein solches Unternehmen einfach zu hoch gesteckt. So enthält der Band viele solide und einige anregende Beiträge. Wer z.B. den Weg von „Old Labour“ zu „New Labour“ abgehen möchte, der sollte den scharfsichtigen Aufsatz des englischen Politologen *Eric Shaw* lesen und wird feststellen, daß ein oberflächlicher Vergleich zwischen SPD und Labour Party, wie ihn *Uwe Jun* anschließend zieht, leicht in die Irre führen kann. Besonders lesenswert ist hingegen, wie *Jens Borchert* das Ende des klassischen Wohlfahrtsstaats beschreibt, wenngleich sein Schlußappell an die Linke, Wohlfahrt und Demokratie wieder neu miteinander zu verbinden, eher hilflos verhallt. *Wolfgang Merkel* nimmt es mit den Rezepten zur Stärkung der europäischen Sozialdemokratie schon genauer. Er verordnet den „nördlichen“ Sozialdemokratien einen ‚schlanken‘ Sozialstaat, aktive Beschäftigungspolitik und einen auf der Angebotsseite stärker engagierten Staat, eine strikte Umweltpolitik sowie eine stärker ökolibertäre und komunitäre Ausrichtung.

Modernisierung - aber wohin?

Ein dezidiertes Programm hat *Christoph Zöpel* parat - das muß er auch, denn er ist der einzige aktive Politiker unter den Beitragern. Man ist geneigt, das ausgefeilte Programm sogleich zu unterschrei-

Vom Ende und Anfang der Sozialdemokratie

von Karsten Rudolph*

ben, wenn da nicht der letzte Satz so nachdenklich stimmen würde. Modernisierung heißt es da, ziele nicht nur auf Wachstum und Effizienz, sondern auch auf Risikovermeidung - in bezug auf Gewaltfreiheit, soziale Grundsicherung und ökologische Bewahrung. Der Text, der den Geist der Aufklärung nur so inhaliert, atmet ihn gegen Ende flacher ein. Es ist wohl so: Nach dem Scheitern des nationalen Keynesianismus sind auch die utopischen Energien des Sozialstaats aufgezehrt. Was danach kommt, ist noch nicht ganz klar. Daß es für die sozialdemokratische Linke auch kein Zurück mehr gibt, veranschaulicht einmal mehr der hier annotierte Sammelband. **spw**

Die sozialdemokratischen Parteien scheinen derzeit nicht in der Lage, eine nachhaltige, postkollektivistische Alternative zum schwächer werdenden neoliberalen Paradigma anbieten zu können.

* Dr. Karsten Rudolph, Historiker, ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der SPD Westliches Westfalen.

Memoranden zur Halbierung der Arbeitslosigkeit

von Ralf Krämer*

Besprechung zu: Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '97. Beschäftigungspolitik und gerechte Einkommensverteilung gegen soziale Zerstörung*, Köln 1997, Papyrossa-Verlag, 254 S., 29,80 DM; *Memorandum europäischer Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen: Vollbeschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeit für Europa*, in: *Memo-Forum* Nr. 25, Bremen 1997 (für 4,- DM erhältlich bei der AG *Alternative Wirtschaftspolitik*); *Berliner Memorandum: Innovation, Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerb*, hrsg. von der *Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen* (und dort kostenlos zu beziehen), Berlin 1997, 143 S.

Alternativen der Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa

Seit 1977 legt die *Memorandum-Gruppe* jedes Jahr zum 1. Mai ihr „Gegengutachten“ zum neoliberal dominierten Sachverständigenrat der sog. „fünf Wirtschaftsweisen“ vor. Es ist jeweils ein kleines Kompendium der Schwerpunkte linker, nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik, basierend auf linkskeynesianischen und marxistischen Theorieansätzen. Die Kurzfassung wurde 1997 von über 700 WirtschaftswissenschaftlerInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen unterschrieben. Im Mittelpunkt stehen Vorschläge zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, durch die auf mittlere Frist ca. 5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Die Langfassung liefert tiefergehende Analysen und Konzeptionen zu den Themen Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik, Steuerpolitik, Ostdeutschland, Beschäftigungspolitik, Ökologischer Umbau und Europäische Währungsunion.

Das Berliner Memorandum kann als der Versuch betrachtet werden, den ursprünglichen Vorschlag für ein „Bündnis für Arbeit“ wirtschafts- und beschäftigungspolitisch zu fundieren.

Die *Europäische Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* entstand 1995 und führte bisher zwei größere Konferenzen durch. Erstmals im Mai diesen Jahres legte die Arbeitsgruppe eine Erklärung vor, die von mehr als 250 WissenschaftlerInnen aus vielen Ländern der EU unterschrieben wurde, und die durch ein ausführliches Memorandum ergänzt wird. Ihre Vorschläge gehen in dieselbe Richtung wie die der deutschen Memorandum-Gruppe: ein großangelegtes und ökologisch ausgerichtetes öffentliches Beschäftigungsprogramm der EU (finanziert aus Euro-Anleihen und perspektivisch durch neue europäische Steuern, insb. eine Ökosteuer und eine Devisentransaktionssteuer) und ihrer Mitgliedsländer, koordinierte geldpolitische Lockerung und bessere Kontrolle der Finanzströme, Arbeitszeitverkürzungen, Weiterentwicklung des Sozialstaats und der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Der besondere Schwerpunkt liegt natürlich auf der Kritik des neoliberalen Maastricht-Programms und der Entwicklung von Vorschlägen für ein alternatives Projekt der europäischen ökonomisch-sozialen und dann auch monetären Integration.

Berliner Memorandum: Bündnis für Arbeit

Ebenfalls im April '97 wurde das *Berliner Memorandum* mit dem Untertitel „Strategien zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2005“ vorgelegt. Es wurde erarbeitet vom erweiterten Beirat „Arbeitsmarktpolitik“ der *Senatsverwaltung für Arbeit* (Senatorin: Christine Bergmann, SPD), dem WissenschaftlerInnen verschiedener Forschungsinstitute und Hochschulen sowie VertreterInnen der Kirchen, Gewerkschaften, des Städtetages und des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft angehören. Diese pluralistische Zusammensetzung macht schon deutlich, daß hier keine konsequent linke Wirtschaftskonzeption vorliegt (und die einzelnen Kapitel sind auch nicht alle von gleicher Qualität), aber trotzdem oder gerade deshalb ist das Papier spannend und wichtig. Es kann als der Versuch betrachtet werden, den ursprünglichen Vorschlag für ein „Bündnis für Arbeit“ wirtschafts- und beschäftigungspolitisch zu fundieren und zu präzisieren.

Im ersten Teil erfolgt eine Auseinandersetzung mit den gängigen

Thesen der Globalisierungs- und Standortdebatte, die von den Horroremalenden des drohenden Niedergangs der deutschen Wirtschaft nichts übrig läßt. Die nüchterne Darstellung der angeblichen Jobwunder in den USA sowie in den Niederlanden und Dänemark trägt ebenfalls viel zu einer realistischen Einschätzung bei. Genannt seien nur die Hinweise auf die auf oder über dem deutschen Niveau liegenden Staatsquoten in den Niederlanden und Dänemark sowie auf die gegenüber europäischem Niveau sechs mal so hohe Quote von Gefängnisinsassen in den USA, bei deren Einbeziehung die Quote der Langzeitarbeitslosen höher als in Deutschland ist. Anschließend werden die Entwicklung in Ostdeutschland und die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung sowie die „Megatrends“ des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt diskutiert. Ergebnis ist jeweils eine mehr oder weniger deutliche Kritik der Politik der Bundesregierung und ein Plädoyer für verstärkte beschäftigungspolitische Aktivitäten und insbesondere Förderung von Innovationen und Qualifikation.

Strategien für mehr Arbeitsplätze

Kern des Berliner Memorandums ist ein Bündel aus fünf Strategien, die verbindlich zwischen Bundesregierung, EU, Sozialparteien, Ländern und Kommunen sowie gesellschaftlichen Gruppen koordiniert und kombiniert werden sollen (S. 60f.):

- Senkung der Realzinsen und beschleunigter Ausbau öffentlicher Infrastruktur im Rahmen eines europäischen Beschäftigungspaktes;
- Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit mit dem Ziel der 32-Stundenwoche bei vier Arbeitstagen und eine beschäftigungsorientierte Lohn- und Tarifpolitik;
- Umbau der sozialen Sicherungssysteme zur Verringerung der Kosten der Arbeit und Kompensation durch Mehrwertsteuererhöhung und durch Einführung einer Ökosteuer;
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Entwicklung, insb. für die marktfähige Umsetzung von Innovationen, und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistungen als Voraussetzungen einer beschäftigungsfreundlichen Infrastruktur;

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion

• Förderung fest institutionalisierter Arbeitsmarktbrücken (Übergangsarbeitsmärkte), insb. öffentliche Förderung von Rotationsmodellen (Weiterbilden und Einstellen), von innovativen Beschäftigungsformen (Existenzgründungen und Wahlarbeitszeiten), von Beschäftigung im kommunalen Bereich und in strukturpolitisch neuen Beschäftigungsfeldern.

Diese Strategien werden jeweils genauer erläutert und begründet. Hervorheben möchte ich das Plädoyer für den Erhalt des Tarifvertragssystems und die Warnung vor negativen Folgen einer weiteren Deregulierung bzw. Dezentralisierung der Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeiten (S. 75ff.) sowie die kritische Auseinandersetzung mit Konzepten eines „Bürgergelds“ (S. 81ff.).

Halbierung der Arbeitslosigkeit ist möglich

Abschließend werden Ergebnisse der Simulation verschiedener Politikbündel mit dem ökonomischen Modell LAPROSIM dargestellt. Bei dem Politikbündel, das im wesentlichen der Kombination der genannten Strategien entspricht, wird im Verlauf von 4 Jahren die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 1,74 Mio. und in 9 Jahren um 2,45 Mio. im Vergleich zum Basisszenario reduziert, die Zahl der Erwerbstätigen liegt sogar um 2,6 Mio. bzw. 3,9 Mio. höher. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegt um durchschnittlich jährlich 0,4% höher, die jährliche Nettokreditaufnahme des Staates ist zunächst um ca. 0,8% des BIP höher (was noch mal darauf verweist, wie beschäftigungspolitisch verfehlt die Maastricht-Kriterien sind), sinkt dann aber und liegt nach 9 Jahren sogar niedriger als im Basisszenario. Das Ziel der Halbierung der Arbeitslosigkeit erweist sich somit als bei entsprechenden Anstrengungen erreichbar.

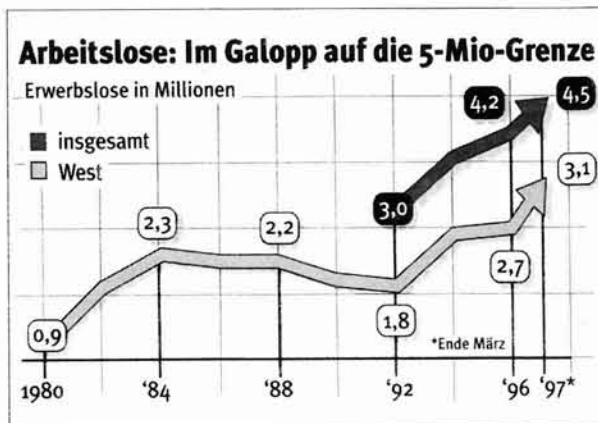
Dabei liegen die verschiedenen Memoranden in ihren beschäftigungspolitischen Vorschläge gar nicht so weit auseinander. Im Grundsatz ist eben durchaus klar, was geschehen mußte, wollte man die Arbeitslosigkeit tatsächlich wirksam bekämpfen. Den größten Beitrag leistet jeweils die Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen mit einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von 1,5 Mio., wobei in beiden Memoranden eine stärkere Diskussion von

Möglichkeiten staatlicher Unterstützung von AZV nötig wäre¹. Das von den Alternativen WirtschaftswissenschaftlerInnen vorgeschlagene öffentliche Investitionsprogramm ist wesentlich größer dimensioniert als das der „Berliner“ (120 Mrd. gg. 40 Mrd. jährlich), auch die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung zu einem eigenen Sektor geht über die Vorschläge der „Berliner“ erheblich hinaus. So sollen jeweils 1 Mio. zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Dementsprechend ist das Memo '97 auch deutlich „radikaler“ in seinen Finanzierungs- und steuerlichen Umverteilungsforderungen.

Daß das Berliner Memorandum gerade hier zurückhaltender ist, verwundert nicht, betont es doch die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns und knüpft dabei ausdrücklich an den Vorstoß der IG-Metall für ein „Bündnis für Arbeit“ an. Dabei wird von den Gewerkschaften eine „moderate Lohnpolitik“ erwartet, die auf ggf. im Zuge sinkender Arbeitslosigkeit durchsetzbare über die Produktivitätssteigerungen hinausgehende Lohnerhöhungen verzichtet, als politischer „Mindestpreis, ... der für die Mitwirkung der Arbeitgeberverbände und der Bundesbank bei derartigen konsensorientierten Strategien entrichtet werden muß“ (S. III). Auch in der Frage qualitativer Anforderungen, etwa zur Förderung ökologischen Umbaus oder der Gleichstellung der Frauen, ist das Berliner Memorandum „dünner“ als das Memo der AlternativökonomInnen.

Ohne Kampf kein Kompromiß

Ob allerdings die Hoffnung des Berliner Memorandums auf einen Konsens für mehr Arbeitsplätze, der ja voraussetzt, daß die Arbeitgeberverbände und die Bundesregierung überhaupt ein ernsthaftes Interesse an einer entschieden beschäftigungsorientierten Politik haben, realistisch ist als die von den Alternativ-Memoranden angestrebte Mobilisierung und wissenschaftliche Munitionierung kritischer Gegenöffentlichkeit und gewerkschaftlicher Gegenmacht, ist spätestens seit dem Scheitern der Bündnis-für-Arbeit-Initiative zu bezweifeln. Geht es dem Kapital doch stattdessen um eine noch verschärfte Fortsetzung der Umverteilung zugunsten der Gewinne und der Stärkung ihrer betrieblichen und gesellschaftlichen Herrschaftspositionen – und würde doch



selbst die angebotene zurückhalten- de produktivitätsorientierte Lohnpolitik deutlich größere Lohnsteigerungen ermöglichen, als sie die Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren durchsetzen konnten. Ohne veränderte politische Kräfteverhältnisse nach einer rot-grünen Regierungsübernahme wird hier nichts zu machen sein – und das ist auch nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung.²

Also: ohne entschiedene Auseinandersetzung mit der herrschenden Wirtschaftspolitik und den dahinterstehenden Doktrinen des Neoliberalismus, die Propagierung beschäftigungspolitischer Alternativen und die Mobilisierung politischen Drucks von unten geht nichts. Resultat kann auch dann absehbar nicht die Durchsetzung konsequent linker Politik sein, aber auch einen erträglichen Kompromiß wird es nur auf dieser Basis geben. Dazu leisten alle drei genannten Memoranden einen wichtigen Beitrag, v.a. zur Stärkung der Argumentationsfähigkeit gegen die angebliche Ohnmacht der Politik in Zeiten der Globalisierung. Das Berliner Memorandum mit seiner Konsensorientierung liegt dabei näher am sozialdemokratischen Mainstream, ist aber zugleich wesentlich konkreter und besser als das, was die SPD meist so vorträgt. Würde die SPD auf dieser Grundlage ein Programm gegen die Arbeitslosigkeit formulieren, könnte sie im Bundestagswahlkampf wesentlich glaubhafter als wirtschaftspolitische Alternative auftreten. „Arbeit!“ rufen reicht nicht, man muß schon sagen, was man politisch dafür tun will. spw

Das Ziel der Halbierung der Arbeitslosigkeit erweist sich somit als bei entsprechenden Anstrengungen erreichbar. Aber ohne veränderte Kräfteverhältnisse geht nichts.

¹ Vgl. dazu die Überlegungen von Frank Wilhelmy in diesem Heft.

² Vgl. auch meinen Artikel „Bündnis für Arbeit und alternative Wirtschaftspolitik“ in spw 1/97, S. 37-40.

Garzweiler II im Windschatten der Rechtsprechung?

von Christof Stechmann*

Über 15 Jahre dauert nun schon ein Streit an, der zur politischen Schicksalsfrage für die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen zu werden droht. Garzweiler II heißt das Reizwort, das in der rot-grünen Koalition in Düsseldorf zur Kompromißfindung antreibt. Wie starre Glaubenssätze stehen sich nach wie vor die Positionen der beiden Regierungsparteien unversöhnlich gegenüber. Die höchstgerichtliche Rechtsprechung in NRW hat die Möglichkeit einer Verständigung mit ihren jüngsten Urteilen¹ jedenfalls nicht näherrücken lassen.

Dabei ist der Hintergrund der beiden Verfahren – einem Organstreitverfahren der bündnisgrünen Landtagsfraktion und einem über sechs Kommunalverfassungsbeschwerden, die beim Verfassungsgerichtshof des Landes (VGH NW) im Interesse einer Fortführung des Braunkohleprojekts entschieden wurden, für Laien äußerst schwer zu durchschauen.

Um nicht weniger als 48 Quadratkilometer Fläche geht es zunächst; und damit um den derzeit größten zusammenhängenden Abbaubereich für den Tagebau in Europa. Von einer Fördermenge von rund 1,3 Mrd. t Braunkohle ist die Rede. Das Garzweiler II-„Loch“ würde sich, sollte das Verfahren zu Ende geführt werden, – angrenzend an ein bereits bestehendes Gebiet – zwischen den Städten Aachen, Köln und Mönchengladbach erstrecken. Elf zusammen ca. 7.600 EinwohnerInnen zählende Ortschaften fielen dem Abbau der bis 210 m tiefen Kohlenflöze im Zeitraum der Jahre

2006 bis 2045 zum Opfer. Sie sollen abschnittsweise und unter angemessener finanzieller Entschädigung der Betroffenen umgesiedelt werden.

Ökologische, rechtliche und politische Fragen

Die ökologischen Folgen liegen für Experten klar auf der Hand: Neben der massiven Belastung durch CO₂-Emissionen² steht eine Absenkung des Grundwassers im Naturpark Maas-Schwalm-Nette zu befürchten; der Schutz des Grundwassers ist in Gefahr. Als einer der Beschwerdeführer vor dem VGH NW im zweiten Verfahren hat etwa der Kreis Viersen bereits im Jahr 1993 dieses Ergebnis einer fast zehnjährigen Untersuchungsphase der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Fazit des über 100 Seiten umfassenden Gutachtens ist eindeutig: Bis zu 300 Jahre nach dem Ende des Abbaus werden hiernach Maßnahmen „als Nachsorge für die wasserwirtschaftlich-ökologischen Auswirkungen des Tagebaus Garzweiler II ... andauern“.³

Mit der Beschwerde des Kreises Viersen setzten sich die Münsteraner Richter im zweiten Verfahren gar nicht erst auseinander. Deren Klage sei – wie die der Gemeinde Wegberg – unzulässig, da die Kommune nicht betroffen sei. Die übrigen Klägerkommunen sieht der VGH NW in ihrem Selbstverwaltungsrecht nicht beeinträchtigt. Das im Urteil immerhin enthaltene Zugeständnis, daß die Planungshoheit der Gemeinden tangiert sei, läßt das Gericht letztlich nicht durchgreifen. Gerechtfertigt sei diese Einschränkung „durch die Erfordernisse einer langfristig gesicherten Energieversorgung.“

Diese von den Beschwerdeführern vehement und in fundierter Weise bestrittene Argumentation ist im Kern *politisch*. Verfassungsgerichtspräsident Michael Bertrams wies zwar entschieden zurück, daß den Gerichtsentscheidungen politische Erwägungen zugrunde lägen. Im Gegenteil, bei der Urteilsbegründung betonte er wiederholt, daß der VGH NW nicht die politische Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit des Projekts zu bewerten gehabt habe. Genau das allerdings geschieht, wenn Gründe der Energieversorgung als übergeordnetes, die Entscheidung tragendes Interesse herangezogen werden. Schon im Vorfeld der Verhandlungen hatte Bertrams insofern vor – so wörtlich –

„falschen Erwartungen“ gewarnt, um dann aber doch eingestehen zu müssen, daß die Urteilsfindung „in den Bereich des Politischen hinreicht“.

Im Spannungsfeld zwischen Recht und Politik

Diese grundsätzliche Positionsbestimmung im Spannungsfeld zwischen Recht und Politik dürfte in der Literatur nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen. Bertrams hat in einem wissenschaftlichen Beitrag über das Verhältnis zwischen Verfassungsgerichtsbarkeit und den politischen Instanzen so auch eine Ansicht vertreten, die in dieser Deutlichkeit ihresgleichen sucht, etwa wenn er feststellt, daß das Entwickeln politischer Lösungen nicht Aufgabe der Verfassungsgerichte sei. Wörtlich: „Sie müssen der Versuchung widerstehen, selbst politisch zu gestalten.“⁴

Auch im Organstreitverfahren, in dem die Landtagsfraktion der NRW-Grünen als Antragstellerin aufgetreten war, kann dem obersten Richterspruch aus Münster nicht der Hauch eines Zugeständnisses an die Garzweiler II-Gegner abgerungen werden. In diesem Urteil setzt sich der VGH NW über alle insoweit bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken schonungslos hinweg. Zunächst ersparen sich die Richter eine eingehende Prüfung der im Verfahren aufgeworfenen Frage, ob die von der SPD-Fraktion am 30. März 1995, also noch kurz vor den Landtagswahlen, eingebrachte und gebilligte EntschlieÙung mit dem Titel „Ja zur Genehmigung von Garzweiler II“⁵ verfassungsgemäß ist. Ein diesbezüglicher Antrag wird als unzulässig verworfen.

Erstaunlicherweise muß aber eben diese EntschlieÙung in der Urteilsbegründung als Beleg für hinreichende parlamentarische Beteiligung erhalten. Das Gericht hält dieses verfassungsrechtliche Gebot im Gegensatz zu den Antragstellern nicht für verletzt. Die grundlegende Frage der Landesplanung des Braunkohleabbaus sei durch förmliches Gesetz geregelt. Der sogenannte „Braunkohlen-Ausschuß“, ein lobbyistisch geprägtes Gremium, wird für demokratisch legitimiert gehalten.

Damit ist das Gericht der auch in der mündlichen Verhandlung von Prozeßbeobachtern als überzeugend gewerteten Argumentation der Antragsteller nicht gefolgt, eine derart wesentliche Grundsatzent-

In der Konsequenz lieÙe sich damit ein weitergehender Kompetenzverlust für die parlamentarische Ebene mit der Folge einer schleichenden Aushöhlung demokratischer Rechte begründen.

* Christof Stechmann, Bielefeld, gehört dem Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) NRW an

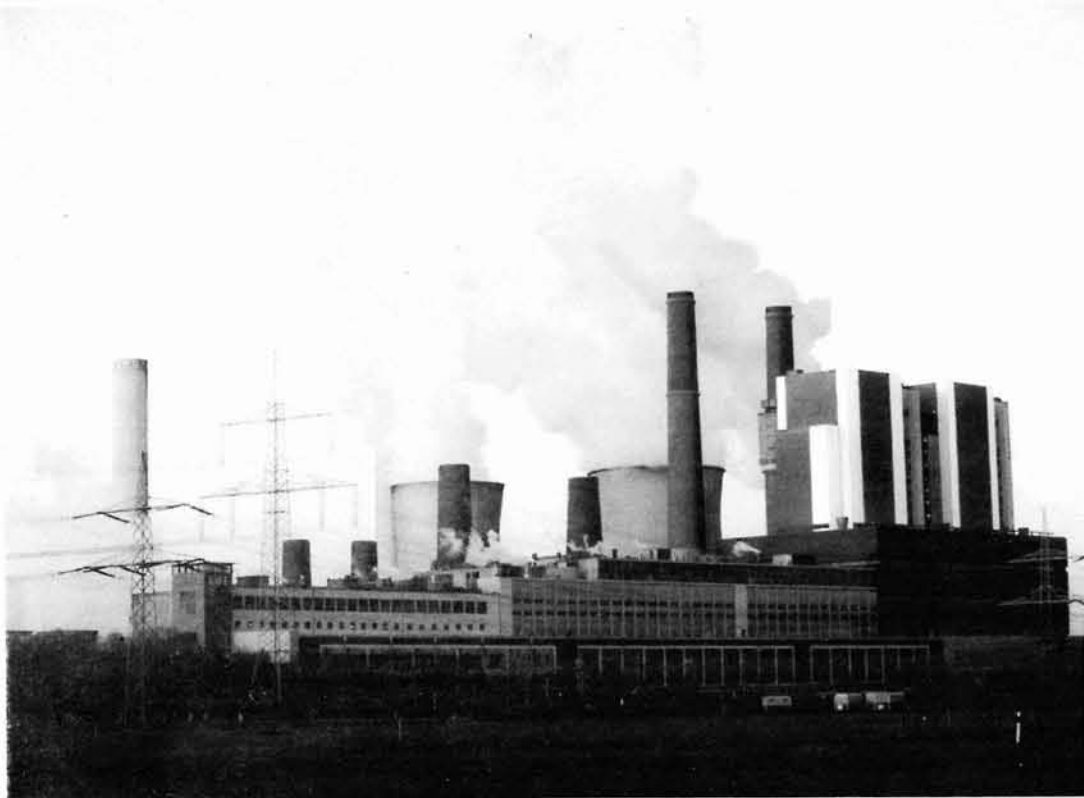
scheidung – wie die der Zulassung eines Tagebauprojekts von den Ausmaßen Garzweilers – unterliege dem sogenannten „Vorbehalt des Gesetzes“⁶. Mehr noch: Die VGH-Richter vertreten die Ansicht, diesem Verfassungsgebot genügten andere Institutionen als die des Landtags in gleicher Weise. In der Konsequenz ließe sich damit ein weitergehender Kompetenzverlust für die parlamentarische Ebene mit der Folge einer schleichenden Aushöhlung demokratischer Rechte begründen.

An rhetorischem Geschick, diesen aus verfassungsrechtlicher Sicht höchst bedenklichen Standpunkt zu untermauern, mangelt es dabei in der Urteilsbegründung nicht. Der Schein parlamentarischer Rückkopplung bleibt durchgängig gewahrt; zum Durchbruch gelangt das zugestandene Recht, am Parlament vorbei dürfe eine Frage von dieser Tragweite nicht entschieden werden, allerdings nicht. Es fragt sich indessen, wo dann die Grenze zu ziehen ist, von der an der Landtag berechtigt sein soll, durch Gesetz über das „Ob“ eines Projekts zu entscheiden.

Verwunderlich erscheint es, daß in einem vergleichbaren Fall, dem tagesbaubedingten Umsiedlungsvorhaben der brandenburgischen Landesregierung in der Gemeinde Hornow, das zuständige Landesverfassungsgericht – anders als der Verfassungsgerichtshof in NRW – die Entscheidungskompetenz des Parlaments anerkannt hat. Auch wenn das Ergebnis nach einem das Projekt billigenden Beschluß des Potsdamer Landtags das gleiche sein mag, ist die dort herrschende rechtliche Ausgangssituation als demokratischer zu bezeichnen. Die Verantwortung liegt eben eindeutig in den Händen der gewählten Volksvertreter; sie müssen zu der von ihnen getroffenen Entscheidung nun stehen. Dabei hat offenbar eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, daß in der von der Umsiedlung bedrohten Kommune Angehörige der sorbischen Minderheit leben, deren Grundrechtsschutz das Gericht berücksichtigt hat⁷.

Angesichts der vergleichsweise geringeren Fläche und der infolgedessen in seinem Ausmaß niedrigeren ökologischen und sozialen Folgekosten Hornos wäre es im Fall Garzweiler II aber umso eher geboten gewesen, diese weitreichende Entscheidung in den nordrhein-westfälischen Landtag zu verlegen.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Politische Kompromißfindung nötig

Nach den vernichtenden Urteilen von Münster sind weitere rechtliche Möglichkeiten, das Genehmigungsverfahren für Garzweiler II zu stoppen, nicht in Sicht. Obwohl die NRW-Grünen noch Hoffnung in bis in das Jahr 2000 reichende Prüfungen zur Umweltverträglichkeit setzen, dürfte der Rahmenbetriebsplan für Garzweiler II genehmigt werden, wenn keine grundlegende politische Kurskorrektur stattfindet. Vertreterinnen und Vertreter der Bündnis-Grünen übten sich nach Verkündung der VGH-Entscheidungen in Zweckoptimismus und bekräftigten, daß sie weiterhin entschlossen seien, so Fraktionssprecherin Gisela Naken, den „energiewirtschaftlich überflüssigen und ökologisch unverantwortlichen Tagebau politisch und mit Hilfe breiten Widerstands aus der Bevölkerung zu verhindern.“

Auch wenn kein Parteitagsschluß zu Garzweiler II existiert⁸, dürfte ein Zurückweichen in dieser Frage um des Koalitionsfriedens willen der Basis nicht zu vermitteln sein. Anzeichen für Annäherungsbemühungen seitens der NRW-SPD sind indessen auch nicht erkennbar. Ein Scheitern des mühsam geschmiedeten Regierungsbündnisses scheint fast unausweichlich, wenn nicht endlich Chancen für einen Kompro-

miß ausgelotet werden. Der Preis für ein Beharren auf der jeweiligen Extremposition wäre jedenfalls für beide Parteien und nicht zuletzt im Interesse einer rot-grünen Perspektive auf Bundesebene zu hoch. spw

- ¹ VerfGH 9/95, verkündet am 29.4.1997 und am 9.6.1997
- ² Greenpeace (Hrsg.): Garzweiler II, Das RWE-CO₂-Minderungskonzept und die Folgen, 1995
- ³ Oberkreisdirektor des Kreises Viersen (Hrsg.): Braunkohlentagebau Garzweiler II – Technisch beherrschbar? Ökologisch verträglich?, 1993, Vorwort, S. II
- ⁴ Bertrams: Verfassungsgerichtliche Grenzüberschreitungen, in: Burmeister (Hrsg.), Verfassungsstaatlichkeit, Festschrift für Klaus Stern, München 1997, S. 1039
- ⁵ Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 11/8608 – Neudruck; vgl. auch die Plenardebatte hierzu in: Plenarprotokoll 11/159
- ⁶ vgl. zu dieser Problematik Erbguth: Die nordrhein-westfälische Braunkohlenplanung und der Parlamentsvorbehalt, in: Verwaltungs-Archiv 1995, S. 328 ff.
- ⁷ Baer: Zum „Recht auf Heimat“ – Art. 11 GG und Umsiedlungen zugunsten des Braunkohletagebaus, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1997, S. 27 ff.
- ⁸ vgl. aber Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen, Sonderinfo, Energiewende statt Garzweiler II, 1997

Der Preis für ein Beharren auf der jeweiligen Extremposition wäre jedenfalls für beide Parteien und nicht zuletzt im Interesse einer rot-grünen Perspektive auf Bundesebene zu hoch.

Die SPD – Hüterin des goldenen Schatzes

von Burkhard Winsemann*

Eigentlich hätte die bundesrepublikanische Linke ihn mit dem Gold überhäufen sollen, das er neu bewerten wollte, den Theo Waigel. Nicht, weil er ihr die Gelegenheit gab, Entrüstung, Abscheu und Empörung kundzutun und einen weiteren fauxpas der Regierung politisch auszuschlachten (was ohnehin nicht gelang, weil Tietmeyer, der unabhängige Herr der Banknoten, die Punkte selber kassierte), sondern weil er Grundfesten der deutschen Geldpolitik und damit auch der europäischen Zentralbankverfassung in Frage stellte.

Der Geldmantel des Vergessens

Natürlich muß die Opposition es kritisieren, wenn der Finanzminister versucht, seine aberwitzigen Haushaltslöcher mit dem Geldmantel des Vergessens zu verhüllen. Natürlich darf sie ihm seine Konkursverschleppung durch kreative Buchführung nicht durchgehen lassen und muß zeigen, wie desaströs es um den Bundeshaushalt bestellt ist: Dazu gibt es allerdings immer reichlich Möglichkeiten. Die bisher bekanntgewordenen Daten zum Haushaltsentwurf für 1998 sprechen Bände. Nur durch Luftbuchungen für die Übertragung von Telekom-Aktien an die Kreditanstalt für Wiederaufbau will Waigel die Neuverschuldung unter den Investitionsausgaben halten. Das letzte, was Waigel außerdem noch zu verschleiern hat (außer der Bundeswehr – wann kommt die?), sind Forderungen der Bundesanstalt für Arbeit gegenüber Arbeitslosen, mit rund einem Drittel Abschlag. Einmal ganz davon abgesehen, daß die Erzielung von Ein-

nahmen durch den Verkauf von Vermögen ja das Nettovermögen, sozusagen das Eigenkapital des Bundes, nicht steigern kann. Die gegenwärtige Haushaltspolitik zu Ende gedacht, müßte massiv investiert werden (um die verfassungsmäßige Kreditaufnahmegrenze zu erhöhen), mit dem einzigen Ziel, die erworbenen Vermögenswerte im nächsten Jahr wieder zu veräußern. Dann wären die Nettoinvestitionen des Bundes zwar ungefähr 0, die Kreditaufnahme aber nahezu unbeschränkt.

Jenseits der Notwendigkeit, das von einer Koalition, in deren Reihen es von ehrbaren Kaufleuten und Juristen wimmelt und die im Gegensatz zu den Sozis mit Geld umgehen kann, angerichtete finanzielle Chaos immer wieder in die Öffentlichkeit zu rücken, wäre aber eine differenziertere Argumentation angebracht gewesen.

Schutz der Geldvermögensbesitzer vor der Demokratie

Immerhin hat Waigel nicht weniger versucht, als zwei längst schlachtreife heilige Kühe zum Metzger zu führen, fand dann aber den Eingang von Roten und Grünen versperrt vor. Die Unabhängigkeit der Zentralbank und das Verbot, die öffentlichen Haushalte über die Notenpresse zu finanzieren, sind noch vor wenigen Jahren mit aller Gewalt von Deutschland in den Maastricht-Vertrag diktiert worden und haben eine Reihe von Mitgliedstaaten der EU gezwungen, ihre fortschrittlicheren Zentralbankverfassungen entsprechend anzupassen.

Seither gilt überall: Die Zentralbank schützt die Interessen der Geldvermögensbesitzer und ist dabei jeglichen demokratischen Anfechtungen entzogen. Somit muß jetzt ganz Europa für die deutsche „Urangst“ vor der Inflation büßen – mit hoher Arbeitslosigkeit und all ihren Folgen. Die Demokratie wird vor sich selbst geschützt, denn demokratische Institutionen sind nach monetaristischer Auffassung vom Teufel besessen und haben nichts besseres im Sinn, als Inflation zu inszenieren. Waigels Aktion scheint das zu bestätigen; die hemmungslose Selbstbedienung bei der Notenpresse – nichts anderes ist die Neubewertung der Gold- und Devisenreserven – kam aber überhaupt nur deshalb in Betracht, weil es eine regulierte Alimentierung des Bundeshaushaltes durch die Zentralbank

nur durch den regulären, nach den strengen deutschen Bewertungsvorschriften ermittelten Bundesbankgewinn gibt.

Für die europäische Zentralbank wäre deshalb ein Mechanismus wünschenswert, der eine Einbindung der Geldpolitik in die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik ermöglicht. Gefordert ist keine Lizenz zum Gelddrucken, sondern ein Instrument, das den im Bundesbankgesetz formulierten (und in der europäischen Zentralbankverfassung fehlenden) Anspruch einlöst, die Geldpolitik solle außer einer hohen Geldwertstabilität auch Unterstützung für andere wirtschaftspolitische Ziele organisieren, also etwa im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes auch Wachstum, Beschäftigung und Außenhandel im Blick behalten.

Wenn dabei die Inflation geringfügig höher ausfällt, ist das kein Grund zum Erschrecken, ist doch Inflation eine Art Steuer auf inländischer Währung gehaltenes Geldvermögen, wenn auch ohne Freibeträge.

Begrenzte Option zum Gelddrucken – warum nicht?

Sicherlich hätte es nicht zu einer Runderneuerung der Bundesbankverfassung oder der europäischen Zentralbankverfassung geführt, hätte die SPD Waigels Bewertungsidee in dem Sinne aufgegriffen, eine begrenzte monetäre Alimentierung öffentlicher Aufgaben als reguläres Instrument zu etablieren. Waigels Neubewertung auf einen Streich, die ökonomisch nicht unbedenklich ist, hätte gleichwohl zurückgewiesen werden können. Die Koalition hätte dann vermutlich erschrocken von ihrem Vorhaben Abstand genommen.

Offengehalten hätte die SPD dann aber die Option, später, nach Inkrafttreten der Währungsunion (mit einer hoffentlich neuen Bundesregierung) entsprechende Diskussionen auf den europäischen Weg zu bringen.

Nach den schrillen Tönen der letzten Wochen wird dies aber kaum zu vermitteln sein. Es bleibt der unbestimmte Eindruck, daß die SPD vor allem um kurzfristige Show-Effekte bemüht ist und dabei inhaltlich kaum weiß, was sie tut. Sie verteidigt nämlich die Interessen derjenigen, die über hohe Geldvermögen verfügen. Die fühlen sich bei der Koalition ohnehin besser aufgehoben.

spw

Hätte die SPD Waigels Bewertungsidee in dem Sinne aufgegriffen, eine begrenzte monetäre Alimentierung öffentlicher Aufgaben als reguläres Instrument zu etablieren ...

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB.



Siege kann man machen. „Er hatte Mut, Wahlkämpfe auch dafür zu nutzen, Bewußtsein zu schaffen und damit die Spielräume für künftige Politik zu erweitern, Minderheitenpositionen zu vertreten und zu versuchen, daraus Mehrheitspositionen zu machen.“ Albrecht Müller über Willy Brandt.

Wie stellt sich die Gesamtsituation der Linken im Vorfeld der Auseinandersetzungen um das Regierungsprogramm der SPD für 1998 dar? Welche Aufgabe fällt den Jusos dabei zu?

Tatsache ist, daß die SPD-Parteilinke derzeit vor allem eines tut: Sie schreibt Anträge für den nächsten Bundesparteitag, der vor allem auf eine BIG SHOW hin ausgerichtet wird und kaum Gelegenheit für programmatische Auseinandersetzungen bieten dürfte. Sie unterstützt Oskar Lafontaine, indem sie Anträge schreibt. Schröder setzt derweil die Segel und betätigt sich als Abrißbirne sozialdemokratischer Programmatik: „Auf dem Parteitag im Dezember in Hannover werden wir Beschlüsse fassen, die natürlich auch Kompromißcharakter haben werden. Anders geht es in einer Volkspartei nicht. Dann wird im März der Kandidat benannt, und der wird auf dem Wahlparteitag im April dann

ein Regierungsprogramm vorlegen. Das muß dann glasklar seine Handschrift tragen. Das ist Aufgabe des Kandidaten, und das wird die Partei akzeptieren müssen.“ Die Partei wird von innen aufgerollt. Der Begriff Innovationen spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle.

„Innovationen für Deutschland“

Schröder, Simonis, Clement & Co. sind munter dabei, im Zuge der Entscheidung um die Kanzlerkandidatur eine „neue SPD“ zu installieren. Eine enge Auslegung der Formel „Innovationen für Deutschland“ steckt dafür die Parameter ab. Innovation = Technologieförderung und Bildung. Beschworen wird eine Art Bringeschuld aller Politikfelder im Dienst einer Standortsicherungs- und Qualifizierungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Standortpolitik wird in zentrale gesellschaftliche Subsysteme transformiert, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik „sozialdemokratisch weiterentwickelt“.

Wie kann die Linke es schaffen, unter dem Dach „Innovationen für Deutschland“ eine Polarisierung entlang konkreter Reformprojekte zu organisieren und vor allem in die Partei und nach draußen zu transportieren? Sie kann sich zunächst den entscheidenden Mangel des Begriffs „Innovation“ zu Nutze ma-

Die SPD-Linke vor dem Bundesparteitag 1997

von Andrea Nahles*

chen. ‚Innovation‘ klingt zwar zunächst positiv, fortschrittlich wie „nach vorne gehen“. Das Problem ist jedoch, daß niemand genau weiß, was er genau bezeichnet. So kann Kohl innovativ sein. Westerwelle sowieso. Woher kommt da das Profil der SPD? Tatsache ist aber auch, daß Kohl vielleicht noch abgekauft wird, er sei innovativ. Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt aber nicht mehr, daß er sich oder diese Republik erneuern kann. Da die CDU den positiven Impetus von „Reform“ kaputt gemacht hat, muß deshalb *Erneuerung* zum Leitbegriff der Parteilinken werden.

Die Parteilinke stabilisiert die Amerikanisierung der SPD, indem sie ihre Eingriffsmöglichkeiten auf die Ebene parteiinterner Willensbildung beschränkt.

Polarisierung entsteht in der Auseinandersetzung

Es scheint keine Regeln mehr zu geben, die sich bindend für alle Teile der Partei in einem innerparteilichen Abstimmungsprozeß entwickeln ließen. Die Medien und ihre sozialdemokratischen Akteure dynamisieren und entdemokratisieren eine parteipolitische Meinungsbildung. Die Parteilinke stabilisiert diesen Prozeß, indem sie ihre Eingriffsmöglichkeiten auf die Ebene parteiinterner Willensbildung beschränkt. Statt dessen muß sie in ausgewählten Politikfeldern Konflikte zuspitzen, öffentliche Veranstaltungen daraufhin inszenieren. Offensive läßt sich nur gewinnen, wenn die Effekte neoliberaler Politik auf die Interessenlage der Mehrheit der Bevölkerung transparent gemacht werden können. Grundvoraussetzung zur Bewältigung all dieser Anforderungen ist, daß sich die Parteilinke neu entdeckt – als ein selbständig agierender Zusammenhang.

* Andrea Nahles, Weiler/Bonn, Juso-Bundesvorsitzende

Wer Anträge einbringt, die niemand kennt, weil sie nicht kommuniziert worden sind, hat keine Verhandlungsmacht. Im Vorfeld des Parteitagges müßte ein Aufruf gestartet werden, der – ironisch ausgedrückt – Startpunkt einer „Sozialdemokratischen Plattform in der SPD“ ist.

1. Es muß dringend an einem eigenständigen Profil gearbeitet werden. Ziel müßte es sein, auf der Basis langfristig angelegter strategischer und kommunikativer Bemühungen, eine eigene handlungsfähige Struktur der Parteilinken zu schaffen, die Ziele bestimmt, Mitglieder auf diese Ziele hin mobilisiert und Bündnisse schmiedet. Man könnte dies – etwas schief – als „kampagnenorientierten Umbau der Parteilinken“ bezeichnen. Symptomatisch ist, daß der beharrliche Versuch, eine Koordinierungsstelle des Frankfurter Kreises einzurichten, keinen Erfolg hatte, obwohl die interne Kommunikation und Willensbildung mangelhaft ist und auch wirksame Öffentlichkeitsarbeit und die professionelle Präsentationen der eigenen Politik kaum stattfindet.

2. Die Parteilinke muß Ereignisse der Gesamtpartei effektiv nutzen. Ein *eigenständiges Rahmenprogramm* der Linken auf dem nächsten Bundesparteitag wäre denkbar. Zentral ist die Kommunikation mit den Basisdelegierten. Es braucht heute mehr als Delegiertenvorbesprechungen in Bezirken und Landesverbänden.

den. Ein Parteitag fängt Monate vorher an. So hat die Parteilinke den Jugendparteitag zu keinem Zeitpunkt koordinierend begleitet oder die Aufbruchstimmung der Jusos und weitere Teile der SPD-Basis auf der Bundesebene genutzt. Einige Berichte von den Vorbereitungen wurden im Koordinierungsausschuß des Frankfurter Kreises angehört. Das war es dann aber auch schon.

3. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang daher auch eine Initiative in die Partei hinein. Wer Anträge einbringt, die niemand kennt, weil sie nicht kommuniziert worden sind, hat keine Verhandlungsmacht. Im Vorfeld des Parteitages müßte ein Aufruf gestartet werden, der – ironisch ausgedrückt – Startpunkt einer „Sozialdemokratischen Plattform in der SPD“ ist. Gerade die potentielle Aufbruchstimmung in einem Wahlkampf muß auch zur Mobilisierung für die eigenen Zusammenhänge von der Parteilinken genutzt werden.

JUSOS und Parteilinke

Die Jusos haben es leichter, sich als eigenständiger Teil der Partei zu pro-

filieren. Die Attribute jung und links sind hier gemeinsame Klammer. Im Zusammenspiel mit der Parteilinken hat sich ein wohlmeinendes Nebeneinander entwickelt. Die Jusos fahren ihre eigenen Kampagnen und positionieren sich als Linke selbständig. Angesichts der geschilderten Einflußerweiterung und Dynamik im rechten Parteiflügel, braucht es aber mehr als die gegebenen Juso-Strukturen, um eine durchsetzungsfähige innerparteiliche Gegenmacht aufzubauen. Die Vernetzung mit der Parteilinken muß ausgebaut werden. Das Fehlen von Jusos in Mandaten auf allen Ebenen der Partei erleichtert eine derartige Vernetzung nicht. Den Juso-Bundestagskandidaturen kommt auch unter diesem Gesichtspunkt ein besondere Bedeutung zu.

Der Juso-Bundeskongreß hat dazu folgende Feststellung getroffen: „Wir brauchen mehr Leute mit neuen Ideen und der Bereitschaft zum konstruktiven Konflikt mit dem Establishment der SPD. Vor allem halten wir eine aktive Stärkung der Parlamentarischen Linken in der SPD-Fraktion für dringend nötig.“

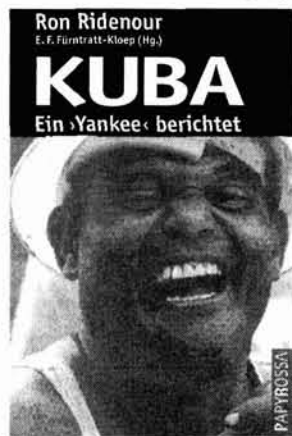


Frank Deppe
Fin de Siècle
Am Übergang zum 21. Jhd.
200 Seiten, DM 28,-
ISBN 3-89438-121-3

„Die krisengeschüttelte Gegenwart...analysiert Deppe in drei brilliant geschriebenen Kapiteln“ (ND)

Ron Ridenour/
E.Fürntratt-Kloep
Kuba - Ein Yankee berichtet
294 Seiten, DM 29,80
ISBN 3-89438-122-1

„Wer ernsthaft mitreden will über das Thema Kuba, der kommt um dieses Buch nicht herum.“ (UZ)



Beigewum
Wege zu einem anderen Europa
266 Seiten, DM 38,-
ISBN 3-89438-124-8

Standortdiskussion, „Europäische Identität“, Osterweiterung, Institutionenreform

AG Alternative
Wirtschaftspolitik
Memorandum '97
Beschäftigungspolitik
gegen soziale Zerstörung
254 Seiten, DM 29,80
ISBN 3-89438-123-X

Die Alternative zur Bonner Sparpolitik und zum Sozialabbau



PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel.: 0221/44 85 45, Fax 0221/ 44 43 05

Verjüngung – Politisierung – kritische Erneuerung

Nur noch 15% aller SPD-Parteimitglieder sind jünger als 35 Jahre. Aber nicht mal 2% der 252 Köpfe zählenden SPD-Bundestagsfraktion fallen in diese Kategorie. Damit steht die SPD außerdem an letzter Stelle der im Bundestag vertretenen Parteien. Angeführt wird das Feld von den Grünen mit 14,2%, gefolgt von der CDU mit 5,1%, der FDP mit 4,3% und sogar der PDS mit 3,4%. Die angeführten Zahlen belegen anschaulich, daß eine Verjüngung notwendig ist. Die 24 Juso-Kandidaturen hängen jedoch an einem hauchdünnen Faden. Was die SPD an Erwartungen mit dem Jugendparteitag und Jugendkampagne hochgezogen hat, setzt sie im Wahljahr nicht um. Wenn es gut läuft, haben vielleicht 6-8 KandidatInnen eine echte Chance. Diese Bilanz ist nicht tragfähig. Weder in der öffentlichen Wahrnehmung noch parteiintern. Die strukturelle Unfähigkeit der SPD, sich in regelmäßigen Intervallen von innen heraus zu erneuern, hat bereits jetzt unverzeihliche Lücken gerissen und fühlbar zu einer programmatischen und organisationspolitischen Vergreisung der Gesamtpartei, insbesondere der Bundestagsfraktion, geführt. Der Verlust an Zugängen zur jüngeren Wahlbevölkerung und ihren gesellschaftlichen

Vernetzungen wird dabei nicht einmal problematisiert. Die Parteilinke stellt hier keine Ausnahme dar. Aus Sicht der Jusos wird diese Ausgangssituation im Vorfeld der Bundestagswahl zur Belastungsprobe und ist so nicht hinnehmbar.

Eine Verjüngung ist jedoch in erster Linie keine biologische Notwendigkeit, sondern muß mit einer *Politisierung der Kandidaturen* insgesamt verknüpft werden. In den nächsten Jahren – und insbesondere für den Fall eines Regierungswechsel – stehen grundlegende Politikalternativen zur Disposition, die nicht unter Ausschluß der jungen Generation getroffen werden dürfen.

Diese Einbeziehung der Jüngeren, der Ausbau gesellschaftlicher Bündnisse und das klare Votum für eine rot-grüne Machtalternative sind Eckpfeiler einer erfolgreichen Strategie, die das kommende Herbsttreffen der Parteilinken vorantreiben sollte. Drei inhaltliche Erneuerungsprojekte und die dazugehörige Machtperspektive gehören für Jusos wie Parteilinke dabei auf die Tagesordnung:

1. Zukunft der Arbeit und Umverteilung: Eine Beschäftigungsoffensive mit dem Ziel der Vollbeschäftigung geht hier einher mit der Umgestaltung von Erwerbsarbeit. Sie wird und soll Gesellschaft verändern. Ermöglicht wird das durch eine vierfache Umverteilung: Reich-

tum, Macht, Arbeit und dies jeweils auch von Männern zu Frauen.

2. Zukunft der Politik: Die Ökonomisierung politischer Gestaltungsräume wird zunehmend mit Demokratieverlust bezahlt. Es gilt, im globalem Maßstab politische Organisationsformen durchzusetzen, die jenseits der Dichotomie von „Nation“ und „Welt“ – Staatlichkeit in zentraler und dezentraler politischer Organisationen rekonfigurieren.

3. Ökologischer Strukturwandel: Die Energiefrage ist eine der Kernfragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. An ihr wird die Entscheidung zwischen Strukturwandel und Strukturbruch in der Industriegesellschaft exemplarisch vorgeführt. Der Solare Umbau der Energiewirtschaft ist entscheidender Ausgangspunkt, um nachhaltige Entwicklung mit einer aktiven Beschäftigungsförderungs- und Strukturpolitik zu verbinden.

4. Rot-grüner Politik- und Regierungswechsel: Einfach aber elementar ist die Einsicht, daß eine politische Alternative nur in einer rot-grünen Bündnis constellation zu realisieren ist. Je profilierter die Positionen der Linken in der SPD, desto besser für das Programm, die Kanzlerkandidatur, die Wahl, die Regierungskonstellation und die Zeit danach. **spw**

Die strukturelle Unfähigkeit der SPD, sich in regelmäßigen Intervallen von innen heraus zu erneuern, hat bereits jetzt unverzeihliche Lücken gerissen und fühlbar zu einer programmatischen und organisationspolitischen Vergreisung der Gesamtpartei, insbesondere der Bundestagsfraktion, geführt.

Am Rande des SPD-Bundesparteitages in Mannheim im November 1995 hatten Burkhard Zimmermann aus Berlin und Rudolf Borchert aus Waren (Müritz) die Idee, Parteilinke aus den ostdeutschen Landesverbänden zu Regionaltreffen nach Berlin einzuladen, um sich kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und möglicherweise eine Zusammenarbeit zu organisieren.

Die praktische Umsetzung dieser Idee erwies sich aber als ganz schwieriges Unterfangen. Die bisherigen drei „Treffen“ fanden keine große Resonanz. Damit hat sich die Erkenntnis bestätigt, daß man als Linker, insbesondere in der ostdeutschen SPD, in der Regel ein kryptisches Exotendasein führt und es nur wenig Gleichgesinnte gibt. Sieben Jahre nach dem gescheiterten real existierenden Sozialismus der DDR spielen marxistische Theorien,

die Herstellung gesellschaftlicher Gleichheit auf dem Wege einer anti-kapitalistischen Politik oder das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus in der Ost-SPD fast keine Rolle. Es dominieren die pragmatischen Tagespolitiker, die sich laufend irgendwelchen Sachzwängen beugen müssen und im brüderlichen Umgang mit den wirklich Herrschenden sich längst der Macht des großen Geldes angepaßt haben. Noch schlimmer sind aber solchen rechten Ideologen wie Schwanitz, Hilsberg, Merkel, Weißberg u.a., die mit ihrer Meinung von der gewesenen Häßlichkeit der DDR, ihrem Stasisyndrom und ihrem SED/PDS-Haß der Ost-SPD und damit der gesamten Sozialdemokratie einen irreparablen Schaden zufügen.

Das SPD-Dilemma Ost ist aber vor allem ihre zahlenmäßige Schwäche. Der größte Teil der wenigen Parteilinken ist in Partei- oder parla-

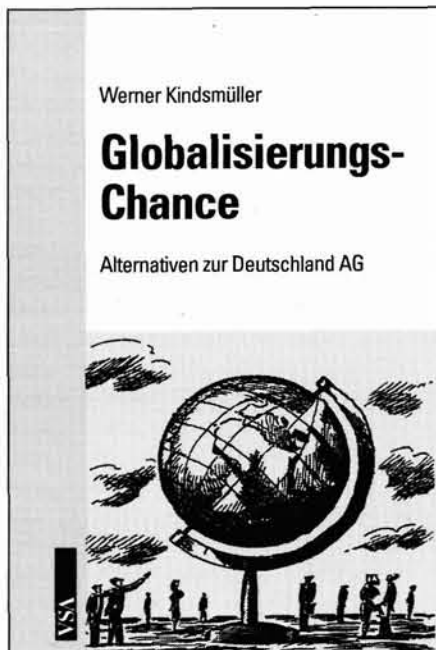
Die Linke in der ostdeutschen SPD

von Rudolf Borchert*

mentarische Funktionen eingebunden, so daß sie oftmals an mehreren Fronten kämpfen müssen. Für theoretische Arbeit bleibt kaum Zeit, aber es gibt viele Visionen und den Willen durch Machtübernahme, linke Politik zu gestalten und die Ge-

* Rudolf Borchert, Waren (Müritz), ist Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstands der SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Der Autor bedankt sich für die Unterstützung von Burkhard Zimmermann (Berlin), Frank Bogisch (Sachsen-Anhalt), Andreas Kuhnert (Brandenburg), Dr. Edelbert Richter (Thüringen) und Josef Didier (Sachsen).

Neu bei VSA:



240 Seiten; DM 29,80; ISBN 3-87975-706-2
Kindsmüller liefert einen Beitrag zur notwendigen Diskussion in der SPD und darüber hinaus über die Grundzüge von Reformpolitik im Übergang zum 21. Jahrhundert.



140 Seiten; DM 19,80; ISBN 3-87975-697-X
Mit diesem Band wird ein deutsch-französischer Dialog eingeleitet, der soziale und politische Visionen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat aufzeigt.

In Ihrer Buchhandlung
oder direkt bei

VSA

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/280505-67, Fax 280505-68

sellschaft zu verändern,- Haltungen, die einigen Altlinken im Frankfurter Kreis schon längst abhanden gekommen sind.

Trotz aller Probleme gibt es aber auch positive Ansatzpunkte in der Ost-SPD, wie die folgenden Informationen aus den Landesverbänden zeigen.

Mecklenburg-Vorpommern

Mit Ausnahme von Brandenburg haben sich inzwischen in allen ostdeutschen Ländern einschließlich Berlins Zirkel und Gesprächskreise gebildet, die sich zum Ziel gesetzt haben, linke Reformpolitik voranzubringen. So trafen sich am 21. Januar 1995 in Waren an der Müritz erstmals linke Sozialdemokraten aus *Mecklenburg-Vorpommern* und gründeten den *Warener Kreis*, einen offenen Gesprächskreis, in dem linke Politikinhalt entwickelt und diskutiert werden. Mit diesem Kreis hatte sich die Parteilinke in Deutschlands Nordosten erstmals eine Plattform geschaffen, die weit in den Landesverband hineinwirkt. Unterstützt wurde er von Anfang an durch Detlev von Larcher, Eckart Kuhlwein und andere Vertreter des Frankfurter Kreises der Bundes-SPD. Der erste Sprecher des Warener Kreises war Rudi Borchert; ihm folgte im Januar 1997 Ulrich Frohriep.

Außerer Anlaß der Gründung dieses Kreises war die Bildung der Großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern nach den Landtagswahlen im Oktober 1994. Die Parteilinke erkannte bald, daß die SPD Gefahr lief, als Juniorpartner der CDU sozialdemokratische Grundsätze aufzugeben und an politischem Profil zu verlieren. Mit dem Papier „Für eine Offensive der Sozialdemokratie in Mecklenburg-Vorpommern“ schuf sich der Kreis eine gedankliche Grundlage, die dieser Entwicklung entgegenwirken sollte. Das Papier beeinflusste in überraschend großem Maße die Parteitagsbeschlüsse der SPD Mecklenburg-Vorpommerns. So wurde auf den Landesparteitagen in Kühlungsborn vom November 1996 und in Sternberg 1997 der Charakter der SPD als linke Alternative zur CDU betont und für die Landtagswahlen 1998 die Koalitionsfrage offen gehalten. Vor der Landtagswahl 1994 war letzteres nicht möglich gewesen.

Rund 100 Genossinnen und Genossen in Mecklenburg-Vorpommern zählen sich zum Warener

Kreis. Bei knapp 3500 Mitgliedern im Landesverband ist diese Zahl nicht gering zu schätzen. Versuche der Parteirechten, mit einem „Güstrower Kreis“ ähnlichen Einfluß zu gewinnen, sind gescheitert, da sich ihre politische Botschaft fast ausschließlich darauf reduziert, das altbekannte PDS-Feindbild zu thematisieren. Immer mehr Genossinnen und Genossen, darunter auch der SPD-Landesvorsitzende Harald Ringstorff, wurde klar, daß durch die Pflege eines solchen Feindbildes nur die CDU-Vorherrschaft auf der einen Seite und die Position der PDS auf der anderen Seite verfestigt würden.

Im neuen Landesvorstand der SPD Mecklenburg-Vorpommerns sieht die Hälfte bis zwei Drittel der Mitglieder den Kurs der strikten Abgrenzungen der SPD von der CDU mit Sympathie. Dies darf gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, daß insbesondere in der Landtagsfraktion jene Kräfte stark sind, die bewußt oder unbewußt konservative und rechtssozialdemokratische Positionen vertreten.

Sachsen-Anhalt

In *Sachsen-Anhalt* hat sich Mitte 1996 im *Mansfelder Forum* ein ähnlicher Gesprächskreis gebildet. Sprecher sind Jens Bullerjahn MdL, Frank Bogisch, Ronald Brachmann und Roman Dütsch. Das Forum umfaßt rund 45 Mitglieder und organisiert seit Mai 1997 öffentliche Veranstaltungen. Auch hier wurde mit einem Thesenpapier eine programmatische Grundlage geschaffen (vgl. die Dokumentation in spw 3/97, S. 45f.). Ziel ist es, gemäß dem Berliner Grundsatzprogramm eine Gesellschaft zu schaffen, die sich am demokratischen Sozialismus orientiert. Strukturelle Verküsterungen aufzubrechen, Reformblockaden zu überwinden und auf eine wirtschaftliche und soziale Erneuerung zu setzen, das sind im Thesenpapier formulierte Ziele. Grundsätzliche Unterstützung findet bei den Mansfeldern die Erfurter Erklärung, und auch der Einstieg in die ökologische Steuerreform gehört zu den Forderungen des Forums.

Der Einfluß der Linken auf die Partei in Sachsen-Anhalt scheint zu zunehmen. Eigenen Auskünften zufolge werden viele Anträge aus den Kreisverbänden immer linkslastiger. Rund 30 Prozent der Landtagsfraktion soll bereits direkt oder indirekt

SOZIALDEMOKRATIE

die Forderungen des Mansfelder Forums unterstützen. Mit der Begründung, ein plumpes Rechts-/Links-Schema sei nur Ausdruck eines unzulässig vereinfachenden Schubladendenkens, zögern jedoch viele führenden Sozialdemokraten, sich dem Mansfelder Forum anzuschließen.

Brandenburg

In *Brandenburg* wo die SPD mit absoluter Mehrheit regiert, stellt sich das Problem der scharfen Abgrenzung von der CDU nicht in demselben Maße wie in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt. Aus diesem Grunde scheinen in diesem Landesverband auch nur wenige Lust zu verspüren, sich linke Forderungen zu eigen zu machen. Nur vereinzelt treffen sich Genossinnen und Genossen, um über linke Alternativen in Deutschland (und zur Stolpe-SPD) nachzudenken. „Vermutlich“, so spekuliert der Landtagsabgeordnete und Parteilinke Andreas Kuhnert beim Blick auf die brandenburgische SPD, „vermutlich ist die SPD nur in der Opposition wirklich links“.

Thüringen

In *Thüringen* besteht seit Ende 1995 ein Gesprächskreis, der den Namen *Hopfenbergkreis* trägt. 15 Genossinnen und Genossen sind kontinuierlich aktiv, darunter der weit über Thüringen hinaus bekannte Bundestagsabgeordnete Edelbert Richter. Richter, der auch am Forum Ostdeutschland der SPD mitwirkt und einer der Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung ist, ist in der SPD durch solide Studien zur Vermögensverteilung in Ostdeutschland und zur Vermögensbeteiligung in Arbeitnehmerhand bekannt geworden. Der Einfluß im Landesverband, im Landesvorstand und in der Bundestagsfraktion ist nach eigenen Angaben wachsend; schwach hingegen der Einfluß auf die Landtagsfraktion.

Berlin

Auch in *Berlin*, wo die Gegensätze zwischen Ost und West sowie zwischen Reich und Arm stärker aufeinanderprallen als in jeder anderen deutschen Stadt, ist die Linke organisiert.

Dies ist jedoch keine neue Erscheinung, sondern alte West-Berliner SPD-Tradition, die sich heute unter gesamtdeutschem Vorzeichen

fortsetzt. *Donnerstagskreis* heißt der Zusammenschluß, in dem sich alle sechs bis acht Wochen rund 80 SPD-Linke sammeln. Ihm stehen Organisationen der Parteilinken wie der „Britzer Kreis“ gegenüber. Rund ein Drittel der Delegierten werden auf den Landesparteitagen von der Parteilinke gestellt; zudem stellt sie mit Monika Buttegerit und Klaus-Uwe Benneter zwei stellvertretende Landesvorsitzende. Die Koordination des Donnerstagskreises obliegt Andreas Wehr.

Die Situation in Berlin ist deshalb besonders schwierig, weil die Partei rund 22.000 West-, aber nur ca. 2500 Ost-Berliner umfaßt. Nach der Einheit ließen sich das Gros der Ost-Sozialdemokraten schnell in parteirechte Strukturen integrieren, in denen die Vorstellung über Links und Rechts zumeist durch „Frontstadtgedanken“ geprägt war. Erst nach der katastrophalen Wahlniederlage der SPD bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1995 und der Fortsetzung der glanzlosen Großen Koalition setzten vereinzelt neue Denkprozesse ein. So wird bei der SPD in Ost-Berlin zur Zeit intensiv über die Erfurter Erklärung diskutiert.

In der großen Koalition, so die Einschätzung der Parteilinken, verliert die SPD jegliches Profil. Schon vor ihrer Erstaufgabe hatte der legendäre Parteilinke Harry Ristock vor dem „Mehltau“ gewarnt, der sich bei einer Zusammenarbeit mit der CDU über die Stadt legen werde. Seine Befürchtungen haben sich bestätigt. Gerade einmal ein Drittel der Mandate hat die Berliner CDU, und trotzdem führt sie die Regierung in Berlin – einzig und allein deswegen, weil sich eine linke Alternative nicht selbst zu finden wagt. In Berlin ist die gesamte Linke eine Gefangene ihrer selbst geworden.

Verkompliziert wird die Situation der SPD noch dadurch, daß die PDS im Ostteil der Stadt ihre bundesdeutschen Hochburgen hat und in allen gesellschaftlichen Bereichen stärker verankert ist als die SPD.

Sachsen

Während die Sozialdemokraten in Berlin unter der CDU zumindest noch leiden, scheint es der größte Wunsch der SPD in *Sachsen* zu sein, Kurt Biedenkopf beim Regieren zu helfen. Juniorpartner in einer großen Koalition zu sein, ist für sie das höchste der Gefühle. Wer dem widerspricht, hat umgehend mit Ärger

zu rechnen. Manche Parteilinken würden sich deshalb am liebsten unter konspirativen Umständen treffen.

Immerhin besteht seit Anfang 1997 eine lockere Struktur unter dem Namen *Sozialdemokratische Werkstatt*. Ansprechpartner sind Barbara Ludwig und Manfred Müntjes. Der Einfluß der Linken im Landesvorstand wird auf Null Komma Null geschätzt, während in der Landtagsfraktion zumindest noch zwei Abgeordnete (Mädler und Ludwig) linkes Gedankengut zu denken wagen. Ein Thesenpapier führte zwar zu heftiger Prolemlik in der Presse, gewann aber keine große Bedeutung über den Tag hinaus. Heiß diskutiert wird auch unter den sächsischen Parteilinken die Erfurter Erklärung, die als Mittel zur Vernetzung der Linken in Sachsen dienen könnte.

Perspektiven

Möglicherweise können die Parteilinken perspektivisch vor allem in den ostdeutschen Bundesländern Punkte sammeln, weil dort schon heute ökonomische, ökologische und sozialpolitische Konfliktpotentiale entstanden sind, die in den Alt-Ländern erst in den nächsten Jahren entstehen. Auch neue Politikansätze werden zuerst in den Ostländern ausprobiert. Die Magdeburger Verhältnisse in Sachsen-Anhalt wären in Westdeutschland undenkbar, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen oder Berlin könnten folgen. Man sollte nie beim Anfang stehenbleiben. Dies gilt auch für die Regionaltreffen der ostdeutschen Parteilinken, die am 10./11. Januar 1998, auch wieder mit der Teilnahme an der Kundgebung zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fortgesetzt werden. Wir würden uns natürlich freuen, wenn dann auch westdeutsche Parteilinke den Weg nach Berlin in das alte und zukünftige Zentrum der Sozialdemokratie finden. spw

Immer mehr Genossinnen und Genossen wird klar, daß durch die Pflege des PDS-Feindbildes nur die CDU-Vorherrschaft auf der einen Seite und die Position der PDS auf der anderen Seite verfestigt würden.

Unser Europa ist das, was wir draus machen

von Bernd Lange*

Die Einbeziehung der europäischen Dimension in die Diskussionsprozesse um die Formulierung der Linken und eines linken Reformprojektes war ein Schritt in die richtige Richtung. Ich verstehe die folgenden Anmerkungen, die ich zugespitzt formuliert habe, damit sie der Verdeutlichung einiger Punkte dienen, als einen Beitrag zu dieser Debatte.

1) EU als Handlungsoption stärker wahrnehmen

Klar ist: Die Europäische Union ist per se kein linkes oder fortschrittliches Projekt. Die EU ist das geronnene Kräfteverhältnis in Westeuropa. Insofern gilt es, die Maßlatte angemessen zu legen. Das Handlungsfeld EU dürfen wir nicht den Konservativen überlassen, vielmehr müssen wir die EU als Chance sehen, gerade der Politik der Deregulierung und des sozialen Kahlschlages einiger nationaler Regierungen wie der Bundesregierung eine Politik der Gestaltung entgegenzusetzen. Die EU kann einen Beitrag zur Zählung des globalisierten Kapitalismus darstellen, mit dem neue Handlungsspielräume für eine fortschrittliche Politik geschaffen werden.

2) Internationalisierung braucht internationale Politik

Aufgrund der Internationalisierung der Märkte, insbesondere des Kapitalmarktes, und aufgrund des realen Binnenmarktes, ist der Versuch, rein nationalstaatlich ein Remake einer keynesianisch inspirierten traditionell nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zu etablieren, nicht mehr praktikabel. Dies soll nicht als ein Argument gegen die Stärkung der Binnennachfrage durch Umverteilung mißverstanden werden. Der Nationalstaat tritt gegenüber einer regio-

nen Blockbildung zurück. Deshalb ist ein Konzept europäischer Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht nur Beiwerk, sondern dringend notwendig, wenn ein Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geleistet werden soll. Bei einer ökonomischen Internationalisierung kann es nur darum gehen, auf einer supranationalen Ebene Gestaltungsfähigkeit entgegenzusetzen. „Die Arena des Kampfes ist ausgeweitet“.

3) Der EURO und die Politik

Der EURO ist zweifellos ein zentraler Punkt der Bewertung der real vorfindlichen EU. Die Währungsunion mit ihren Kriterien kann auch unter fortschrittlicher Sichtweise ein sinnvoller Akt sein:

- niedrige Zinsen dienen der Steigerung von Investitionsmöglichkeiten;
- niedrige Inflation trägt zur Stabilisierung der Nachfrage, insbesondere der Situation der „kleineren“ Einkommen bei;
- Konsolidierung der Verschuldungslage als Abbau der Umverteilung (gemeinschaftliches Steueraufkommen über Schuldendienst an private Kapitalverleiher) und Rückgewinnung eines finanzpolitischen Handlungsraumes für Staat, Länder und Kommunen – mit 25% der Einnahmen für den Schuldendienst läßt sich keine Politik mehr gestalten;
- Ausschaltung von Wechselkursrisiken wie z.B. Betriebsverlagerungen und Währungsspekulationen.
- gemeinschaftliche Geldpolitik in Europa als Rückgewinnung von geldpolitischer Souveränität.

Zweifelsohne hat aber die Währungsunion eine Schlagseite. Sie ist allein auf Geldwertstabilität ausgerichtet. Insofern sind Ergänzungen nötig, um die positiven Effekte der Währungsunion auch in mehr Beschäftigung umzusetzen. Die derzeitige Argumentation der Bundesregierung jedoch, das Erreichen der Konvergenzkriterien für eine rigorose Sparpolitik und den Abbau des Sozialstaates verantwortlich zu machen, muß als Mißbrauch entlarvt werden. Der Vertrag von Maastricht schreibt eben gerade keine restriktive Fiskalpolitik mit negativen Konjunkturwirkungen vor, sondern läßt den Nationalstaaten die notwendige Flexibilität (Steuererhöhungen, Steuerverteilungen, Kürzungen beim Rüstungshaushalt, usw.). Eine notwendige Stärkung der Binnennachfrage in der Bundesrepublik durch eine Umverteilung des Reichtums ist durchaus im

Rahmen der WWU möglich und allein eine Frage der politischen Gestaltung in der Bundesrepublik.

Zudem läßt der Vertrag bei den Verschuldungskriterien explizit einen Beurteilungsspielraum. So kann ein Land sich auch dann für die Währungsunion qualifizieren, wenn sein aktuelles Budgetdefizit zwar die Obergrenze überschreitet, die Quote aber „erheblich und laufend zurückgegangen“ ist und „in der Nähe des Referenzwertes“ liegt. Diesen Spielraum gilt es zu nutzen, es ist völlig absurd, an der Frage 2,9% Neuverschuldung oder 3,1% das gesamte Projekt scheitern lassen zu wollen. Europa darf sich nicht allein aufgrund konservativer Ideologie kaputtsparen. Der Mißbrauch des EURO für eine konservative Wirtschafts- und Sozialpolitik muß gestoppt werden.

4) Schlagseite der Währungsunion beseitigen

Von verschiedenen Seiten wird gegen die Währungsunion oder für eine Verschiebung dieser argumentiert. Sicherlich gibt es in dieser Diskussion keine Denkverbote und in der Tat gibt es bei der Wirtschafts- und Währungsunion eine Reihe von kritischen und offenen Fragen. Aber dann kann es doch nur die Aufgabe von fortschrittlichen Menschen sein, Antworten auf die offenen Fragen zu schaffen. So muß z.B. die Währungspolitik der Europäischen Zentralbank natürlich in die Wirtschaftspolitik der EU eingebunden werden und es bedarf einer europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Allerdings kann es sich hierbei nicht um eine Stärkung des Ministerrates handeln. Die „Wirtschaftsregierung“ kann nur durch eine in den Kompetenzen erweiterte EU-Kommission ausgestaltet werden, deren Politik natürlich in das parlamentarische Verfahren und damit unter demokratische Kontrolle gehört.

Mit dem Beschäftigungskapitel im neuen Amsterdamer Vertrag ist eine Basis für ein abgestimmtes Handeln in der Beschäftigungspolitik gelegt. Auch müssen die finanziellen Auswirkungen der Währungsunion auf den Haushalt der EU schärfer überprüft werden und eine Reform der Einnahmen- und Ausgabenpolitik der EU muß gestaltet werden. In der Erkenntnis der Notwendigkeit einer europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik ist es trotz aller Kritik an der vorherrschen-

Die EU kann einen Beitrag zur Zählung des globalisierten Kapitalismus darstellen, mit dem neue Handlungsspielräume für eine fortschrittliche Politik geschaffen werden.

* Bernd Lange MdEP, Burgdorf bei Hannover, stellv. Vors. des Forschungsausschusses des Europäischen Parlaments

den konservativen Wirtschaftspolitik schlicht unredlich, auf nationale Handlungsoptionen zu setzen, sondern wir müssen die Schlagseite des Europrojektes beseitigen. Heute verfügt kein Staat in Europa mehr allein über die Instrumente, um Kapitalströme und Ressourcentransfers zu regulieren, Marktmacht zu begrenzen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit zu sichern. Und kein Staat ist in Europa souverän genug, allein die natürlichen Lebensgrundlagen seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Jetzt den Sprengsatz legen zu wollen, ließe in der Tat den europäischen Integrationsprozeß versanden und wahrscheinlich scheitern.

Es zeigt sich, daß es außer der EU keine auch nur in Ansätzen erkennbaren politischen oder gesellschaftlichen Institutionen gibt, die gestaltend eingreifen können. Es ist auch völlig unwahrscheinlich, jenseits der EU auf absehbare Zeit alternative Eingriffsmöglichkeiten schaffen zu wollen. Durch die EU können politische Handlungsspielräume zurückgewonnen werden, über die derzeit keiner der westeuropäischen Nationalstaaten allein verfügt und auch nach einem möglichen Aufgeben von Maastricht nicht verfügen würde. Mit einer stärkeren Betonung der jeweiligen nationalen Interessen würde die EU, auch wenn sie formal weiterbestehen würde, ausgehöhlt. Bestimmend würden zumindest zuerst die ökonomisch stärksten Staaten. Rücksichtsloses Konkurrieren gegen den europäischen Nachbarn wäre die Konsequenz. Dann hätte wirklich die Ökonomie über die Politik gesiegt.

5) Ansatzpunkte für fortschrittliches Handeln in der EU nach Amsterdam

Das Kräfteparallelogramm in der EU ist nicht für alle Zeit festbetoniert, so daß Veränderungen im Sinne einer fortschrittlichen Politik nicht möglich wären. Im Gegenteil, Bewegung ist vorhanden. In den letzten Monaten ist das dominierende Modell einer konservativen Deregulierung von der europäischen Bühne geworfen worden. Die Diskussion über Möglichkeiten der Gestaltung ist wieder offen. Die Veränderung der Agenda wurde auch auf dem Amsterdamer Gipfel deutlich. Unversehens stand die Bundesregierung als alleiniger Bremsen da und konnte ihre Vorstellung eines deregulierten Währungsraumes im

Stile deutscher Großmannssucht eben nicht mehr durchsetzen. Der Amsterdamer Vertrag hat – zumindest was die hier diskutierten Politikbereiche der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik betrifft – zentrale Eckpunkte festgeschrieben. Dies kann der Ausgangspunkt einer ersten Etappe hin zu einem neuen europäischen Weg sein. Konkrete Ansatzpunkte und Handlungsnotwendigkeiten liegen in vier Bereichen:

I. Beschäftigungspolitik

Das zentrale Problem der Massenarbeitslosigkeit überlagert zunehmend andere Politikbereiche und entfaltet einen zunehmenden Leidensdruck bei allen Handelnden. Es geht darum, den Tendenzen des gegenseitigen Ausspielens (Staat gegen Staat, Beschäftigte gegen Arbeitslose) entgegenzuwirken und Reformschritte anzugehen. Dazu gehören:

- Beschäftigungspolitik ist nun prioritär im EU-Vertrag verankert und ein bindender Prozeß der Koordinierung mit der Politik der Mitgliedstaaten muß eingerichtet werden. Die Ausgestaltung dieses Ansatzes im Rahmen des Luxemburger Beschäftigungsgipfels im Oktober ist dabei von großer Bedeutung.
- Eine wirksame Besteuerung von Spekulationsgewinnen und eine verbesserte Kontrolle von bilanzunwirksamen Geschäften (Terminmarktgeschäfte, Derivatgeschäfte). So ist die Diskussion über eine Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer) wieder aktiviert worden. Das Austrocknen von Steueroasen, ein Stop des Steuerwettbewerbs nach unten, eine Harmonisierung und beschäftigungsfördernde Gestaltung der Steuerpolitik müssen verabredet werden, um Investitionen zu ermöglichen.
- Ein gewichtiger Schlüssel liegt in der Arbeitszeitpolitik, denn nur mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung und Neustrukturierung der Arbeitsverhältnisse kann Erwerbsarbeit in Europa so umverteilt werden, daß die Massenarbeitslosigkeit beseitigt wird. Der Weg der IG Metall ist genau der richtige.
- Rahmenbedingungen für die teilweise subventionierte Arbeit gilt es zu schaffen (vgl. das Modell der sozialen Betriebe in Niedersachsen).

II. Soziale Rechte durch Nutzung der Einbeziehung und Erweiterung des Sozialprotokolls

Eine EU mit einheitlicher Währung und mit einem freien Binnenmarkt

erhöht den Druck auf Löhne und Arbeitsbeziehungen. Wir brauchen daher europäische Regelungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, z.B.:

- Ermöglichung grenzüberschreitender Tarifverträge
- Ermöglichung grenzüberschreitendem Koalitions- und Streikrecht
- Absicherung von sog. atypischen Arbeitsverhältnissen

III. Ökologische Runderneuerung

Alle Studien zeigen, daß Umweltschutz Beschäftigung schafft. Inzwischen sind allein 2,7% aller Beschäftigten in Deutschland in diesem Bereich tätig. Hier gibt es Wachstumsraten von 5,5 – 8%. Daher muß:

- die Umweltgesetzgebung zur Förderung entsprechender Waren und Dienstleistungen weiter entwickelt werden;
- es ein europäisches Investitionsprogramm für eine zukunftsfähige Entwicklung zur Erneuerung der Infrastruktur geben;
- eine Konzentration der Mittel des Strukturfonds auf den Bereich „Arbeit und Umwelt“ stattfinden.

Das Kräfteparallelogramm in der EU ist nicht für alle Zeit festbetoniert, so daß Veränderungen im Sinne einer fortschrittlichen Politik nicht möglich wären.

**humanismus
heute**

ZEITSCHRIFT FÜR KULTUR
UND WELTANSCHAUUNG

Hg. von der Humanistischen Akademie Berlin

ISSN 1435-514X

Heft 1: Konjunktur für Weltanschauungen?	(9/97)
Heft 2: Vom heiligen Fest zum kommerziellen Event	(3/98)
Heft 3: Humanistische Sozialarbeit	(9/98)
Heft 4: Apokalyptik und Weltuntergang	(3/99)

Einzelpreis: 14,00 DM (+ 3,50 DM Versand Inland)
Abopreis: 11,50 DM (+ 3,50 DM Versand Inland)

Redaktions- und Bestelladresse

Hobrechtstraße 8 • D 12043 Berlin
Tel.: 030-613904-0
Fax: 030-613904-50
eMail: hvdberlin@aol.com

Ich bestelle Heft _____
 Ich abonniere die Zeitschrift
 Ich hätte gern Informationen über die Humanistische Akademie

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Etappe Amsterdam

Die wichtigsten Ergebnisse der EU-Regierungskonferenz 1997 in Amsterdam:

• *positiv:*

- Stärkung der demokratischen Basis der Gesetzgebung
 - 23 neue Gesetzgebungsbereiche der Mitentscheidung des EP (z.B. Beschäftigung, Umweltschutz, Gleichberechtigung, Forschung)
 - Vereinfachung und größere Transparenz durch Reduzierung der Anzahl der Gesetzgebungsverfahren
 - leichte Ausweitung der Mehrheitsabstimmung im Rat
 - Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP
- Beschäftigungskapitel im Vertrag
- Integration des Sozialprotokolls
- Garantie von Menschenrechten mit gerichtlicher Kontrolle durch das EuGH
- Anti-Diskriminierungsartikel
- Verankerung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen
- Erste Überführung in die Gemeinschaftszuständigkeit im Bereich der Justiz- und Innenpolitik (Asyl, Einwanderung, Zusammenarbeit der Justiz, Schengener Abkommen)

• *negativ:*

- Stimmengewichtung im Rat bleibt unverändert
- Struktur der Kommission bleibt unverändert
- Agrarausgaben bleiben unverändert
- Bei Justiz- und Innenpolitik hat EP nur Anhörungsrecht und Einstimmigkeit im Rat ist nötig
- Keine qualitative Verbesserung in der Außen- und Rechtspolitik

IV. Innovationsförderung

Beschäftigung entsteht durch eine Weiterentwicklung der innovativen Potentiale in Europa. Konservative trocken die Innovationsförderung aus. Forschungsgelder werden gestrichen, Bildungsangebote versanden. Dagegen muß es gehen:

- um eine ausgeweitete und erneuerte Forschungsförderung, die in gesellschaftlich notwendigen Bereichen neue Impulse gibt und die technologischen Stärken Europas weiter nach vorne bringt, wie z. B. bei den neuen Werkstoffen, der Umwelttechnologie, der Biotechnologie und den Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnologien;
- um einen breiten Fächer der Aus- und Weiterbildung in Europa durch die Europäische Union und die Mitgliedstaaten.

In diesen vier Bereichen sind mit dem Amsterdamer Vertrag qualitative Verbesserungen verbunden. Insofern sollte der Prozeß der Ratifizierung möglichst rasch geschehen und auch nicht in Frage gestellt werden, wohlwissend, daß die Gesamtschau des Amsterdamer Gipfels nicht so positiv ausfällt. „Zwei Schritte vor, einen zurück“ mag

eine Gewichtung des Ergebnisses andeuten. Klar ist, daß mit dem erzielten Amsterdamer Vertrag keine Erweiterung der EU möglich ist, und klar ist auch, daß in den Bereichen Innen- und Rechtspolitik eine demokratische Basis fehlt. Insofern ist völlig klar, daß Amsterdam in der Tat nur eine Etappe war und die nächste Reformkonferenz bald einzuläuten ist.

6) Bündnis für ein soziales Europa: Der Pakt für Beschäftigung

Die Strategie fortschrittlicher Menschen kann nur auf breite Bündnisse in der Bevölkerung und der Politik setzen. So waren die Konvention für Vollbeschäftigung in Europa im Mai 1997, der Aktionstag der europäischen Gewerkschaften am 28. Mai 1997 oder der übergreifende Aufruf zum Arbeitslosenmarsch im Juni 1997 Ansatzpunkte. Zudem müssen die Gewerkschaften, die sich gegenüber der Schiefelage der Währungsunion zunehmend kritisch zeigen, auf europäischer Ebene gestärkt werden. Die Auseinandersetzungen um die Schließung eines Renault-Werkes in Belgien zeigen die Notwendig-

keit einer starken gewerkschaftlichen Vertretung in Europa und zeigen auch die Möglichkeiten hierfür. Im ökologischen Bereich existieren europaweit verschiedene Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen, die als Bündnispartner in einem Projekt der Zähmung der ungezügelten Marktkräfte gewonnen werden können.

Es gilt, diesen „Pakt für Beschäftigung in Europa“ zu stärken und deutlich ein Gegengewicht zu sogenannten Stabilitätspakten u.ä. in der öffentlichen Darstellung zu formulieren. Die Bewegung in der Diskussion in Europa darf nicht nur beobachtet werden. Fortschritt ist nur zu erzielen, wenn wir uns auf den Weg nach Europa machen. Warum z.B. kann es nicht möglich sein, die auf der ersten Europäischen Konferenz für Vollbeschäftigung in Brüssel verabschiedete Erklärung als Minimalkonsens für gemeinsames Handeln fortschrittlicher Kräfte in Europa zu nutzen, wo doch gerade bei der Entstehung verschiedene gesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten aus der EU mitgewirkt haben?

Kritische Menschen sollten zudem in den fortschrittlichen Parteien und Gewerkschaften die Position: „Zustimmung zur Währungsunion, wenn entsprechende Ausgestaltung und Ergänzung durchgesetzt ist“ verankern. Die Position des DGB-Bundesvorstandes vom 8.4.97 zeigt in die richtige Richtung. Auch im Bereich der Europapolitik muß die Trennlinie zu den Konservativen in der Bundesrepublik deutlich werden. Die ideologische Borniertheit der Bundesregierung ist sowohl für die Bundesrepublik als auch für Europa ein Auslaufmodell. Zwar gibt es schon jetzt 9 von 15 sozialdemokratische Regierungschefs und drei weitere Regierungsbeteiligungen, aber dies allein ist sicherlich kein Garant für eine fortschrittliche Weiterentwicklung des europäischen Projektes (aber sicherlich auch kein sonderlicher Hinderungsgrund). Die politische Realität hat sich verändert. Eine sozialdemokratische geführte Bundesregierung würde sicherlich noch ein weiterer wichtiger Baustein sein. Aber ein sich entwickelndes Europa fällt nicht vom Himmel. Unser Europa ist das, was wir draus machen. spw

Insofern ist völlig klar, daß Amsterdam in der Tat nur eine Etappe war und die nächste Reformkonferenz bald einzuläuten ist.

Nach dem Gipfel von Amsterdam stellt sich die Frage, ob eine Beschäftigungsorientierung der EU in der Lage ist, die europäische Integration wieder zu einem attraktiven Projekt werden zu lassen. Davor stellt sich jedoch die Frage, ob eine politische und soziale Bewegung für mehr Beschäftigung in Europa und für eine europäische Beschäftigungspolitik überhaupt möglich ist. Dies wäre Voraussetzung für die Durchsetzbarkeit einer Politik, die es mit einer Wende auf dem europäischen Arbeitsmarkt ernst meint.

Daß die europäische Dimension der Arbeitslosigkeit in den Blick rückern muß, wurde spätestens mit der angekündigten Schließung des Renaultwerkes in Vilvoorde und den sich daraus entwickelnden grenzüberschreitenden Solidaritätsaktionen sichtbar.¹ Durch das Verhandlungsverhalten der französischen Regierung vor und in Amsterdam einerseits und den überraschend großen Erfolg der Demonstration für ein soziales Europa in Amsterdam andererseits scheint die Frage der Beschäftigung ein zentrales Thema der Auseinandersetzung um die Zukunft der EU werden zu können.

Dies ist für die Linke auch strategisch sinnvoll, da eine Orientierung auf mehr Beschäftigung in der zweiten großen Debatte – der um „den Euro“ – vermittelbare Ansatzpunkte für eine Kritik der einseitigen Ausrichtung der Währungsunion auf die Geldwertstabilität bietet. Es läßt sich einfach schwer „gegen eine stabile Währung“, sehr wohl aber „für mehr Beschäftigung“ in Europa streiten.

In diesem Artikel soll daher über zwei Ansätze berichtet werden, die Verbindungen zwischen den aufkeimenden sozialen Bewegungen und linker Europapolitik herstellen könnten.

Der „Europäische Aufruf für Vollbeschäftigung“

Die erste *European Convention for Full Employment* am 22. und 23. Mai in Brüssel hat es geschafft, insgesamt 868 sehr unterschiedliche Menschen und Organisationen zusammenzuführen.² So saßen in den noblen Räumlichkeiten des Europaparlaments die üblichen Euro-Yuppies im Kostümchen plötzlich neben tätowierten, arbeitslos gewordenen Dockern aus Liverpool und diskutierten europäische Beschäftigungsprogramme. Die Bandbreite der Teilnehmenden reichte von Arbeitslo-

seninitiativen über VertreterInnen von Unis und Kirchen bis zu Parteien aus dem rot-rosa-grünen Spektrum. Erfreulich, daß nicht nur die jeweilige europäische Ebene wie das *European Network of the Unemployed* oder EuropaparlamentarierInnen, sondern auch nationale und kommunale RepräsentantInnen anwesend waren, spricht dies doch dafür, daß die europäische Dimension des Themas Arbeitslosigkeit nicht mehr länger nur von EuropaexpertInnen diskutiert wird.

Inhaltlich konzentrierte sich die Diskussion auf drei Themenbereiche:³ Aktionsprogramme zur Entwicklung eines „Dritten Sektors“ der Sozial- und Solidarwirtschaft, systematische Arbeitszeitverkürzung auf zunächst höchstens 1400 Stunden jährlich „bei Erhalt der Massenkaukraft“, sowie die Nutzung und Erweiterung des Europäischen Investitionsfonds (EIF).

Während die ersten beiden Bereiche mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen in den nationalen Diskussionen bereits länger eine Rolle spielen, wird der Europäischen Investitionsfond als originär europäisches Instrument bislang wenig beachtet. Dieser Fonds wurde 1994 mit einer Höchstsumme von 60 Mrd. Ecu eingerichtet, hauptsächlich um eine Kofinanzierung von europäischen Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation zu ermöglichen.⁴ Gerade in diesen Bereichen ergeben sich natürlich ökologische Probleme und die Gefahr der Finanzierung von Monopolunternehmen. Aber auch die Unterstützung kleinerer Unternehmen außerhalb der genannten Bereiche ist im Rahmen des Fonds möglich. Hier könnten entsprechende Regelungen eingebracht werden, die eine Priorität von arbeitsintensiven ökologischen und sozialen Maßnahmen festschreiben.

Der Bereich des Europäischen Investitionsfonds ist deshalb besonders interessant, weil hier europäische Anleihen ausgegeben werden könnten, die nicht auf die Verschuldung der Mitgliedstaaten angerechnet werden müßten. Dies würde Investitionsprogramme auch unter den „Maastricht-Kriterien“ bzw. den Regelungen des „Stabilitätspakts“ ermöglichen. Bislang scheiterte dies am Widerstand der Regierungen Großbritanniens und Deutschlands. Dennoch sprach sich die *Convention for Full Employment* natürlich für

Make Europe Work

Beschäftigungspolitik als Perspektive für die EU?

Von Thorben Albrecht*

eine Revision der Maastricht-Kriterien aus. Außerdem wurde eine Harmonisierung von Steuern und Sozialstandards eingefordert, um ein Dumping in diesen Bereichen zu verhindern, sowie generell die niedrigere Besteuerung der Arbeit und die höhere Besteuerung des Energie- und Umweltverbrauchs.

Für 1998 ist in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, eine Veranstaltung zur Fortführung des „Europäischen Aufrufs für Vollbeschäftigung“ geplant. Diese kann aber nur den nötigen politischen Erfolg haben, wenn hier die Gewerkschaften und die SPD stärker einsteigen und das Feld nicht allein den Grünen und den Arbeitsloseninitiativen überlassen.

Alternativgipfelbewegung und „Europäische Märsche“

Während des Regierungsgipfels in Amsterdam fand gleichzeitig ein Alternativgipfel unter dem Titel „Eurotop van Onderop – Gipfel von unten statt“. Hier saßen die tätowierten Docker nun neben barfüßigen GrünaktivistInnen und diskutierten über die Verträglichkeit von Umwelt und Beschäftigung.

Auch wenn der Alternativgipfel die Spannungen zwischen EU-Gegnern (vor allem aus Skandinavien) und EU-Reformern nur bedingt überwinden konnte, so wurde doch an Sachthemen wie Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Innenpolitik, Frauen in der EU, Globalisierung und EU sowie immer wieder Arbeit und Soziales relativ konstruktiv diskutiert. Leider waren die Debatten zum Teil von rückwärtsgerichtet bis esoterischer Kapitalismuskritik geprägt, was sich beispielsweise in radikalem Lokalismus und in maßloser Überschätzung der „consumer-power“ ausdrückte. Andererseits ließ die bunte Mischung

Die Gewerkschaften und Linksparteien müssen eine europäische Politik für ökologisch verträgliche und sozial gesicherte Arbeitsplätze fordern und Bündnisstrukturen mit entsprechenden sozialen Initiativen aufbauen.

* Thorben Albrecht, Historiker, ist Internationaler Sekretär beim Jusobundesverband



*Gabriele Cleve/Ina Ruth/
Ernst Schulte-Holthey/
Frank Wichert (Hrsg.)*
Wissenschaft Macht Politik
Interventionen in aktuelle
gesellschaftliche Diskurse
1997 - 419 S. - DM 48,00 - ÖS 350
SFR 44,50 - ISBN 3-89691-406-5



Eun-Jeung Lee Lee
**Konfuzianismus und
Kapitalismus**
(einsprüche Band 6)
1997 - 159 S. - DM 36,00 - ÖS 263
SFR 33,00 - ISBN 3-89691-412-X

**WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax. 6086020
e-mail: dampfboot@login1.com
http://www.login1.com/dampfboot



des Alternativgipfels auch Platz für bislang völlig unterbelichtete Fragestellungen, wie die Auswirkung der Einführung des Euro auf den Süden und besonders auf die afrikanische Franc-Zone.

Auch bei dem geplanten Beschäftigungsgipfel in Luxemburg soll es einen von der Luxemburgischen Ökologiebewegung organisierten Alternativgipfel geben. Die interessierten deutschen Organisationen (Umweltverbände, Parteien und Gewerkschaften) haben für ihre Beteiligung eine Schwerpunktsetzung auf die Bereiche Arbeit, Umwelt und Partizipation vereinbart und sind dabei, eine Netzwerkstruktur aufzubauen, die die deutschen Aktivitäten koordiniert.

Entscheidender als der Alternativgipfel war für die öffentliche Wahrnehmung des Themas Beschäftigung und Europa der Erfolg der am Vorabend des Regierungsgipfel in Amsterdam organisierten Demonstration. Zu dieser hatten vor allem die europaweiten *Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung* aufgerufen und sich selbst die Zielzahl von 30.000 TeilnehmerInnen gesetzt. Schließlich nahmen nach Polizeiangaben über 50.000 Menschen aus allen Ländern der EU teil. Die größte Mobilisierung lief in Frankreich, Belgien, Spanien und Italien und wurde von Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften und zum Teil von den kommunistischen Parteien getragen. Lediglich aus Belgien nahmen, gemeinsam mit den Arbeitern aus Vilvoorde, auch größere Gruppen sozialdemokratischer AktivistInnen teil. Aus den genannten Ländern kamen jeweils mehrere tausend TeilnehmerInnen, so daß die Demonstration keinesfalls niederländisch dominiert war. Allerdings war das Nachbarland Deutschland auch nicht allzu stark vertreten. Mit Schätzungsweise 700 Menschen, vor allem aus dem Spektrum kleinerer trotzkistischer Gruppen, kam aus Deutschland eines der kleineren Kontingente der Demo.

Besonders die Gewerkschaften dürfte der Erfolg der Demo aufhorchen lassen, hatte doch ihr Versuch, am 28. Mai einen eigenen, von anderen politischen Kräften losgelösten europäischen Aktionstag zur Arbeitslosigkeit durchzuführen, nur mäßigen Erfolg. Am Ende waren mehr GewerkschafterInnen gegen die Entscheidung ihrer Vorstände

nach Amsterdam gefahren, als letztere für den 28. Mai mobilisieren konnten. Von den deutschen GewerkschafterInnen wurde in Amsterdam die deutsche Rolle in der EU als Bremser in Fragen von Sozialcharta und Beschäftigung erkannt. Deutsche GewerkschafterInnen verstanden die Demo auch als Chance, in Amsterdam gegen Kohl zu demonstrieren.

Die politische Linke und europäische Beschäftigungspolitik

Und so muß auch der Anknüpfungspunkt der politischen Linken für eine politische Auseinandersetzung um die Beschäftigungspolitik in Europa aussehen. Es muß vermittelt werden, daß die Ausgestaltung der EU für die Frage der Arbeitslosigkeit eine Rolle spielt (ohne in den Fehler zu verfallen, „national sei nichts mehr machbar“). Das Auftreten der französischen Regierung auf dem EU-Gipfel in Amsterdam hat dafür ein Beispiel gegeben, auch wenn es ihr letztendlich nicht gelungen ist, die Prioritäten der Europäischen Währungsunion vom Geldwertstabilitätsfetischismus zur Beschäftigungspolitik zu verschieben.

Die deutschen Gewerkschaften und Linksparteien haben die Chance, die erkennbaren Anfänge einer sozialen Bewegung für mehr Beschäftigung – die erstmals die europäische Dimension sehr klar einbezieht – zu fördern. Sie können dies, indem sie sich der Forderung nach einem Europa, das ökologisch verträgliche und sozial gesicherte Arbeitsplätze schafft, verschreiben und frühzeitig Bündnisstrukturen mit entsprechenden sozialen Initiativen aufbauen.

Das böte die Chance, die eher akademisch (oder stabilitätsideologisch) geführte Debatte über „den Euro“ zu relativieren und in die Forderung nach einer politischen Gestaltung der Währungsunion einzubetten. Dazu bedarf es aber einer Konkretisierung der eigenen Forderungen. Es reicht nicht, die Forderungen des EU-Gipfels von Essen zu wiederholen und das *Weißbuch für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung* von Jaques Delors zu predigen. Auch wenn darin vernünftige Ansätze enthalten sind, fehlt hier beispielsweise der Aspekt der Arbeitszeitverkürzung völlig.

Es müssen vielmehr sehr konkrete Modelle entwickelt werden, wie Arbeitslosigkeit durch die EU bekämpft

werden soll. Der oben genannte Europäische Investitionsfond kann ein Beispiel dafür sein. Auch die Forderungen nach einer koordinierten Wirtschaftspolitik müssen konkretisiert werden, das Schlagwort der europäischen Wirtschaftsregierung muß in die EU-Sprache übersetzt werden. Welche Rolle sollen Ministerrat, Kommission und Europäisches Parlament in einer solchen „Regierung“ spielen, welche Instrumente sollen ihr zur Verfügung stehen?

Am 18.6.1997 fand in Bonn ein außen- und sicherheitspolitischer Kongreß der SPD statt, auf dem Eckpunkte einer den neuen internationalen Bedingungen angepaßte Programmatik diskutiert wurden. Am Rande des Kongresses sprachen Uta Biermann und Joachim Schuster für spw mit Egon Bahr über einige Eckpunkte der Debatte. Egon Bahr war Mitbegründer der Ostpolitik der SPD unter Willy Brandt und ist Mitglied in der Schwerpunktkommission Außen- und Sicherheitspolitik des SPD-Parteivorstands.

NATO-Osterweiterung und KSE

spw: Die NATO-Osterweiterung ist nach dem Abkommen mit Rußland beschlossene Sache. Strittig ist die Frage, welche Staaten aufgenommen werden sollen, ob nur Polen, Ungarn und die Tschechische Republik oder auch Slowenien und Rumänien. Wie beurteilst Du die sicherheitspolitische Lage in Europa nach dieser Grundentscheidung?

Bahr: Die zwischen der NATO und Rußland vereinbarte Grundakte stellt in der Tat eine Grundentscheidung dar. Mich interessiert die Frage, ob drei oder fünf oder mehr Staaten der NATO 1999 beitreten werden, nicht sehr. Entscheidend ist, was bis dahin passiert. Bis 1999 steht auch die Ausarbeitung eines neuen KSE-Vertrages auf der Tagesordnung. Der alte KSE-Vertrag ist ein Produkt des Kalten Krieges, der die konventionelle Rüstung der beiden damaligen Militär-Blöcke begrenzen und reduzieren sollte. Das KSE-Abkommen ist eines der erfolgreichsten Abkommen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Es konnte ein überaus wirkungsvolles und im Lichte der bisherigen Erfahrungen erfolgreiches Kontrollsystem mit vor-Ort-Inspektionen etc. verankert werden. Es kommt nun darauf an, den

Wenn diese Fragen von der Linken beantwortet werden und wenn Bündnisse geschmiedet werden, die gestellten Forderungen 1998 auch in Deutschland durchzusetzen, besteht die Chance, die EU über den Aspekt der Beschäftigung wieder zu einem attraktiven Projekt zu machen.

spw

¹ Zum Problem der Entwicklung einer sozialen Bewegung aus der momentanen Devensivposition in Deutschland vergleiche

den Artikel von Löckener/Pfeifer in spw 3/97.

² Unter dem „Europäischen Aufruf für Vollbeschäftigung – European Appeal for Full Employment“. Vgl. den Artikel des Autors in spw 3/97.

³ Nachzulesen in den Abschlusßerklärungen: „Europäischer Aufruf für Vollbeschäftigung – Europäisches Aktionsprogramm“ und „Brüsseler Erklärung“. Beide Papiere sind erhältlich über: Büro Frieder Otto Wolf, Bundeshaus B487, Friedrich-Ebert-Allee 38, 53113 Bonn, Fax: 0228/1646642.

⁴ Trans European Networks (TENs).

Es müssen sehr konkrete Modelle entwickelt werden, wie Arbeitslosigkeit durch die EU bekämpft werden soll. Der Europäische Investitionsfond kann ein Beispiel dafür sein.

NATO-Osterweiterung, WEU, UN-Reform

Interview mit Egon Bahr

wortet. Dabei wird zumeist an eine Stärkung der WEU als militärischer Arm der Europäischen Union gedacht. Werden durch ein solches Vorgehen nicht überflüssige doppelte militärische Kapazitäten aufgebaut, die auch das Verhältnis zu den USA unnötig belasten könnten?

Bahr: Die Westeuropäische Union kann nur das machen, was ihr die NATO erlaubt bzw. die Amerikaner erlauben. So ist es vereinbart. Dies ist wie eine Vater-Kind-Beziehung. Der Vater – die USA – läßt das Kind – die WEU – spielen, wie es will. Der Vater wird das Kind solange spielen lassen, bis es gefährlich oder unsinnig wird. Dann wird er sich einschalten, und gefährlichen Unsinn – nach seiner Auffassung – unterbinden.

spw: Manchmal gewinnt man den Eindruck, daß die SPD im Bereich der Außenpolitik keine grundlegenden Alternativen zur Regierung anzubieten hat. Dies hat Rudolf Scharping ja auch einmal öffentlich formuliert, als er betonte, daß er einen Konsens über die Grundzüge deutscher Außenpolitik mit der Regierung sieht. Wie stehst Du dazu?

Bahr: Hier muß man zunächst unterscheiden zwischen objektiven Fakten und politischer Gestaltung: Wenn die Bundesregierung sagt, zwei plus zwei ist vier, sollte die SPD

KSE-Vertrag der neuen Lage anzupassen und weitere Abrüstungsschritte zu vereinbaren. Entscheidend ist, nach dem sich der Warschauer Pakt aufgelöst hat, für jeden einzelnen Staat Obergrenzen für die konventionelle Bewaffnung wie für die Mannschaftsstärke auf möglichst niedrigem Niveau – vielleicht sogar bis hinunter zu einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit aller beteiligten Staaten – festzulegen. Damit könnte bis 1999 de facto ein konventionelles Gleichgewicht auf niedrigem Niveau erreicht werden, das gleiche Sicherheit für alle Staaten bietet, ob sie nun Mitglied der NATO sind oder nicht.

spw: In einer solchen Konzeption ist doch die Erweiterung der NATO vollkommen überflüssig.

Bahr: Die Erweiterung der NATO ist überflüssig wie ein Kropf. Aber sie ist beschlossene Sache. Wenn die SPD eventuell Ende 1998 an die Regierung kommen wird, wird dieser bis dahin vielleicht schon ratifizierte Beschluß die Basis für das Regierungshandeln bilden. Darüber brauchen wir heute nicht zu streiten. Ich befürchte aber, daß schon sehr bald eine Debatte um eine Erweiterung der Erweiterung beginnt. Und diese Debatte gilt es zu verhindern und überflüssig zu machen. Sicherheit ist in Europa nur gemeinsam mit Rußland zuorganisieren. Entweder es gelingt, zu kooperativen Vereinbarungen mit Rußland zu kommen oder es drohen neue Spaltungslinien, die durchaus den Zeiten des Kalten Krieges ähneln könnten.

Die WEU und die Rolle der USA

spw: Die SPD befindet sich in einem Prozeß der Neubestimmung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Programmatik. Im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung wird zugleich eine Europäisierung befür-

Entweder es gelingt, zu kooperativen Vereinbarungen mit Rußland zu kommen oder es drohen neue Spaltungslinien, die durchaus den Zeiten des Kalten Krieges ähneln könnten.

nicht behaupten zwei plus zwei ist fünf oder drei. Zu diesen Fakten gehört – von gültigen Verträgen abgesehen – sicherlich, daß sich das Gewicht Deutschlands nach 1989 erheblich erhöht hat und Deutschland auch international mehr Verantwortung übernehmen muß.

Eckpunkte sozialdemokratischer Politik

Unterschiede müssen bei der politischen Gestaltung deutlich gemacht werden. Die Bundesregierung hat sich bis zuletzt dagegen gesträubt, bei dem europäischen Gipfel in Amsterdam europäische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Die Bundesregierung will eine Währungsunion, die ausschließlich dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Für die SPD ist es jedoch unabdingbar, daß neben dem Stabilitätsziel gleichzeitig auch Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung ergriffen werden. Aufgrund des Druckes der Sozialdemokratie, die ja inzwischen die meisten Regierungen in der Europäischen Union stellt, ist es gelungen, in Amsterdam Grundlagen in diese Richtung zu legen. Es kommt darauf an, diese in den kommenden Monaten und Jahren mit Leben zu füllen. Solche konzeptionellen Unterschiede der SPD zur derzeitigen Bundesregierung müssen immer wieder deutlich gemacht werden.

spw: Welches sind nach Deiner Ansicht unverzichtbare Eckpunkte sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik?

Bahr: Die Tradition der Partei, unser Volk nie in einen Krieg geführt zu haben, verbunden mit der Tradition

Willy Brandts: Entspannung und Friedenssicherung mit dem Osten Europas und der darüber hinaus geweitete Blick für die Nord-Süd-Probleme und unsere Verantwortung.

Aus diesem Rahmen sind die Vorstellungen für eine Friedensordnung für Europa zu entwickeln, die an die Stelle der früheren Ost-West-Konfrontation treten sollte. Die gefährliche gegeneinander gerichtete Spaltung des Landes und des Kontinents hat mit der ihr eigenen grausamen Disziplin immerhin erreicht, daß es keine Kriegstoten in den vierzig Jahren gegeben hat, in denen sie herrschte. In den sechs Jahren seither gibt es in Europa mehr als 100.000 Kriegstote. Aufgabe ist es also, dafür zu sorgen, daß es keine Kriegstoten in Europa mehr gibt durch eine friedliche Ordnung. Anders ausgedrückt: Das Recht des Stärkeren muß durch die Stärke des Rechts ersetzt werden.

Reform der Vereinten Nationen

spw: Wie steht es in diesem Kontext mit den Vereinten Nationen? Die Bundesregierung strebt einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für die Bundesrepublik an. Die Juso schlagen dagegen vor, daß Europa als ganzes den Sitz einnimmt. Müßte diese Differenz nicht stärker herausgearbeitet werden, auch um notwendige Reformen der UN vorantreiben zu können.

Bahr: Ich würde sofort akzeptieren, daß Europa einen Sitz im Sicherheitsrat bekommen soll. Bloß wirst Du vergeblich darauf warten, daß Großbritannien und Frankreich bereit sind, ihren Sitz als Atom-mächte dort aufzugeben. Das

heißt, das können wir zwar fordern. Wir können es aber nur fordern, wenn wir wissen, daß es in den nächsten zwanzig Jahren nicht passieren wird.

spw: Wäre es denn dann nicht sinnvoll, wenn die Bundesrepublik zunächst auf einen eigenen Sitz verzichtet und damit ein Zeichen setzt, um den Reformprozeß zu fördern?

Bahr: Ich bin immer der Auffassung gewesen, die auch Willy Brandt ausgedrückt hat, nach so etwas dränge ich mich nicht. Ich warte, bis ich gefragt werde. Dann würde ich allerdings zustimmen.

spw: Zu dem Sitz im Sicherheitsrat?

Bahr: Eines Tages werden die Vereinten Nationen kommen und werden sagen, Deutschland sollte Mitglied des Sicherheitsrates werden, übrigens mit gleichen Rechten und Pflichten, weil das Gewicht Deutschlands es erfordert – genauso wie Indien oder afrikanische oder südamerikanische Staaten Mitglied im Sicherheitsrat werden sollten. Ich würde mich einem solchen Ansinnen nicht entziehen. Ich finde es komisch, daß man sich drängt, bevor man gefragt wird.

spw: Wie kann Deiner Auffassung nach eine Reform der UN vorangetrieben werden?

Bahr: Ich bin der Auffassung, daß wir natürlich als Mitglied des Sicherheitsrates mehr zu sagen hätten, auch in Richtung auf Reform der UN. Zur Reform der UN ist es nach meiner Auffassung notwendig, daß man versucht, das zu verwirklichen, was die Vereinten Nationen sich bei ihrer Gründung vorgenommen haben. Dazu müssen die entsprechenden Instrumente geschaffen werden, die in der Charta vorgesehen sind, aber wegen des Kalten Krieges nicht zustande gekommen sind. Wichtig sind zum Beispiel zusätzliche Vollmachten für den Generalsekretär, ein Instrumentarium zur Früherkennung von Krisen und die Möglichkeit, präventiv tätig werden zu können. Diese Möglichkeiten müßten bis hin zu stand-by-Verbänden reichen, die die einzelnen Nationen den Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen bzw. zu unterstellen hätten. Und dabei würde ich natürlich Amerika nicht ausnehmen.

spw: Vielen Dank für das Interview.

spw



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

Die Bundestagswahl 1998 bestimmt längst die Perspektiven der politischen Debatte in Deutschland. Kein schlechter Grund und Zeitpunkt also, sich in diesem Heft schwerpunktmäßig mit der Frage eines bitter nötigen Politikwechsels zu beschäftigen.

Alternative politische Debatten müssen dreierlei leisten: 1. die ideologischen Grundlagen und zentralen Politikmuster der Gegner analysieren, 2. die konkrete Situation in diesem Land reflektieren und 3. programmatische Konzepte, parteipolitische Konstellationen und Strategien bestimmen, die den Politikwechsel ermöglichen.

Ersteres leisten *Herbert Schui*, der in seinem Text die zentralen ideologischen Grundlagen des Neoliberalismus und dabei insbesondere Thesen des „neoliberalen Klassikers“ Friedrich Hayek darstellt, sowie *Christoph Butterwegge*, der mit dem Zerstörungsversuch der modernen Sozialstaatsfundamente den materiellen Kern der neoliberalen Zurichtung des Wohlfahrtsstaates zu einem „globalisierungstauglichen“ Wettbewerbsstaat beschreibt. Beide legen sie die Widersprüche dieser Politik offen, an denen die Linke wirkungsvoll ansetzen könnte.

Uli Schöler entwickelt Kerngedanken einer sozialdemokratischen Strukturpolitik in Ostdeutschland, ohne die es dort weder sozioökonomisch noch politisch ein „Ende der Talsohle“ geben wird.

Die skizzierten Zusammenhänge wurden schließlich aufgegriffen und parteistrategisch zugespitzt, als spw und die Jusos (Bundesverband, NRW, Bezirke Mittelrhein und Rheinland-Hessen-Nassau, Unterbezirk Bonn) am 12. Juni 1997 in Bad Godesberg eine gemeinsame Veranstaltung durchführten: „Politikwechsel in Deutschland `98: Perspektiven – Parteien – Positionen“. Diese in dieser politischen Konstellation sicher solitäre und mit über 100 TeilnehmerInnen nicht schlecht besuchte Veranstaltung hatte im Vorfeld zu verärgerten Reaktionen einiger

sozialdemokratischen MdB's aus Ostdeutschland geführt, die kritisierten in Briefen an Andrea Nahles die Teilnahme Gysis (man dürfe ihm keine Bühne im Westen liefern) und mißverstanden damit offensichtlich den Sinn der Debatte.

Es ging – ausgehend von der durch die Erfurter Erklärung angestoßenen Diskussion – darum, die zentralen Projekte und inhaltlichen Schwerpunkte für einen Politikwechsel von links und die Strategie für einen Regierungswechsel durch Rot-Grün auszuloten. Dies ist auch gelungen. Die Beiträge des Podiums – nachzulesen auf den folgenden Seiten – zeichneten sich durch klare und übereinstimmende Orientierung auf die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung, innovative Forschungs- und Bildungspolitik, ökologische Steuerreform und öffentliche Arbeitsmarktpolitik aus.

Weit weniger Gemeinsamkeit gab es bei strategischen Fragen. So überraschte etwa Kerstin Müller die anwesenden SozialdemokratInnen, indem sie massiv vor Schuldenaufnahme zur Finanzierung alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik warnte. Umstritten war ebenfalls die Rolle der PDS entlang der doppelten Fragestellung Politik- und Regierungswechsel. Der Widerspruch, daß ihre linken Beiträge in inhaltlichen Bereichen nicht unbedingt auch einer rotgrünen Wahlarithmetik nützen, wurde zwar rege debattiert, aber nicht aufgelöst.

Frank Wilhelmy, spw-Redaktion

Die Erfurter Erklärung

Gesa Rünker: Bei über 4 Millionen arbeitslosen Menschen in diesem Land und einer immer stärker spürbaren sozialen Schieflage vor dem Hintergrund einer völlig verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik wird es immer deutlicher: Wir brauchen einen Politikwechsel in Bonn. Diejenigen, die das begriffen haben, fordert die Erfurter Erklärung auf, sich ihrer Möglichkeiten bewußt zu werden. Bodo Ramelow, Sie sind Erstunterzeichner und Mitautor der Erfurter Erklärung. Wo sehen Sie die Hauptzielsetzung der Initiative?

Bodo Ramelow: Ich frage etwas provokativ: „Was hat die größte Geisterstadt Thüringens mit dem Thema des heutigen Abends zu tun?“ Die Menschen in Erfurt erleben, daß am Flughafen eine Bürostadt von fast 40.000 m² Bürofläche gebaut worden ist, die komplett leer steht. Kein Erfurter, kein Thüringer begreift das, weil er die Hintergründe überhaupt nicht begreifen kann. Sie denken, der Kapitalist muß doch doof sein. Unterm Strich ist er aber nicht doof, weil er noch daran verdient, weil er keine Steuern gezahlt hat, und das Ergebnis sehen wir z.Z. in Bonn in der Steuerdebatte.

Deswegen meine 1. These: Über die Abwicklung der ehemaligen DDR ist die Reichumsverteilung in Gesamtdeutschland neu organisiert worden. Das, was wir von '82 – '90 erlebt haben in Westdeutschland als schleichenden Prozeß des Sozialabbaus, bei dem sich jedes

Politikwechsel in Deutschland: Perspektiven – Parteien – Positionen

Podiumsdiskussion mit Edelgard Bulmahn, Gregor Gysi, Kerstin Müller, Andrea Nahles und Bodo Ramelow, Moderation Gesa Rünker*

Jahr mal irgend jemand aufgeregt oder demonstriert hat, ist nach 1990 vorübergehend ausgesetzt gewesen, weil es einen Produktions- bzw. Nachfrageschub aus Ostdeutschland gab. Seit 1993 erleben wir, daß der Turbo-kapitalismus in der Bundesrepublik Einzug gehalten hat

* Edelgard Bulmahn ist Mitglied im SPD-Parteivorstand, bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und spw-Herausgeberin, Gregor Gysi ist Sprecher der PDS-Gruppe im Bundestag, Kerstin Müller ist Fraktionssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Andrea Nahles ist Bundesvorsitzende der Jusos in der SPD, Bodo Ramelow ist Thüringer Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV und Mitinitiator der „Erfurter Erklärung“, die wir in spw 93 dokumentiert haben. Gesa Rünker ist Journalistin.

Foto: Matthias Jarysek (Bonn)



dukten und Dienstleistungen zu erreichen. Wir brauchen Zukunftsinvestitionen entlang zentraler Leitprojekte, wie z.B. eine umweltfreundliche Mobilität, Kommunikationszüge für alle, eine solare Energieversorgungswirtschaft. Wir wollen eine soziale und ökologische Steuerpolitik.

Eine zweite Schlüsselaufgabe ist es, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung einen höheren Stellenwert zu geben, denn Qualifikation und Motivation sind mitentscheidend für unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Wir haben in der SPD einen Beschluß gefaßt zur Umlagefinanzierung, weil wir es nicht mehr hinnehmen können, wie ein immer größerer Teil der Unternehmen sich aus der Ausbildung zurückzieht, die Ausbildungslasten auf die öffentliche Hand abwälzt und sich einen Dreck darum schert, daß große Teile von Jugendlichen keinen Einstieg in den Beruf finden, und dann für den Rest ihres Lebens mit dieser Last alleine dastehen.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist das dritte Stichwort. Es kommt darauf an, daß man einen gezielten Ausbau auch öffentlich geförderter Beschäftigung in sozialen, kulturellen und ökologischen Bedarfsfeldern durchführt. Es ist eine Illusion zu glauben, daß man das Problem der Massenarbeitslosigkeit alleine über Maßnahmen, mit denen man die privaten Unternehmen anreizen will, lösen kann. Wir brauchen auch ein klares Bekenntnis zu einer öffentlichen Beschäftigungspolitik. Dazu gehört für mich insbesondere eine gezielte Frauenförderung. Spürbare Arbeitszeitverkürzung und Stärkung von Zeitsouveränität der Beschäftigten gehören ebenfalls dazu. Wir brauchen eine Politik, die den solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärkt. Das, was wir z.Z. erleben, ist ein ständiges Auseinanderbringen von Gruppen in der Gesellschaft. Da werden die Jugendlichen gegen die Rentner aufgehetzt und umgekehrt, da werden Arbeitslose gegen Beschäftigte aufgehetzt und umgekehrt. Wir müssen den solidarischen Zusammenhang in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, sonst wird uns weder der Machtwechsel noch der erforderliche Politikwechsel gelingen.

Rot-grüne Reformperspektive?

Kerstin Müller: Es besteht die große Gefahr, daß Rot-Grün nur ein Regierungs- und kein Politikwechsel wird, wenn sich das so weiterentwickelt wie bisher. Rot-Grün muß jedoch vor allem eine echte Reformperspektive werden. Ich möchte als Stichwort die Forderung nach einem neuen ökologisch-sozialen Gesellschaftsvertrag hier in die Runde werfen. Es gibt einen ungeheuren Reformstau. Aber was uns gelingen muß, so haben wir mal diesen ökologisch-sozialen Gesellschaftsvertrag definiert, ist, daß wir die sozialökologisch sensibilisierten Mittelschichten in ein Bündnis bekommen mit dem unteren Drittel der Gesellschaft. Leider geht der Trend von Teilen der SPD in eine völlig andere Richtung, wenn man sich anschaut, was sich in den rot-grünen Ländern z.Z. abspielt. Ich komme selber aus Nordrhein Westfalen und habe den Eindruck, daß Teile der SPD in dem Moment, wo wir uns in einer Krise befinden, also in einer sozialen Krise, in der Krise der Arbeitsmarktpolitik, in einer Haushaltskrise, dazu tendieren, diesen alten Widerspruch von Arbeit und Ökologie wieder aufzubauen, Beispiel Garzweiler.

Für uns ist die ökologische Steuerreform sehr wichtig, und zwar sowohl eine Mineralölsteuererhöhung als auch

in einer Art und Weise, wie wir ihn nach '45 überhaupt nicht kennen. Deswegen meine 2. These: Es gibt nicht nur die DDR nicht mehr, es gibt auch die alte BRD nicht mehr und das Problem ist, daß Deutschland-Ost und Deutschland-West noch nie so weit auseinander waren wie zur Zeit.

Auf Veranstaltungen in Ost- und Westdeutschland fällt zunehmend der Satz „die Mauer muß wieder her und 3 m größer“. Das Problem ist, daß die Menschen Ost und die Menschen West gegeneinander gestellt werden, ohne zu merken, daß damit eigentlich nur das regierende Prinzip wunderbar funktioniert, bei dem alle gesellschaftlichen Kräfte gegeneinander aufgebracht werden. Insoweit wird die deutsche Einheit mißbraucht. Laßt uns anfangen, etwas gründlicher miteinander zu reden, um die Verhältnisse in diesem Land genauer mitzukriegen, weil diese Verhältnisse gegen uns ständig ausgenutzt und gegen uns mißbraucht werden. Deswegen haben wir versucht, im Dezember 1996 in einem Diskussionsprozeß einen Ansatz zu finden: die Erfurter Erklärung.

Politik für Arbeit und Innovation

Gesa Rünker: Edelgard Bulmahn, Innovation und soziale Gerechtigkeit – siehe SPD-Innovationskongreß –, diese beiden Schlagworte scheinen aktuell die Grundbegriffe der sozialdemokratischen Politikalternative zu sein. Sind diese Themen für einen Politikwechsel in Deutschland tragfähig?

Edelgard Bulmahn: Ja, es kommt aber darauf an, daß man Innovation eine Richtung gibt. Und das heißt, sie muß mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft werden. Für mich bedeutet Innovation, daß eine Gesellschaft sich weiterentwickelt in Richtung auf mehr Solidarität und Gerechtigkeit. Wenn eine Gesellschaft ihre Innovationsfähigkeit verliert, dann wird sie Stillstand erleben und das ist z.Z. in der Bundesrepublik der Fall. Ich finde es ermutigend,

daß diese Lähmung im Augenblick aufbricht. Und daß viele Menschen Hoffnung haben, daß man die Lebenswirklichkeit, die Lebenswelt, die Situation in der Bundesrepublik verändern kann.

Wir wollen eine Politik für Arbeit und Innovation, und zwar für eine sozialökologische Innovation. Zu den Eckpunkten einer solchen Politik, die als Dreh- und Angelpunkt hat, Massenarbeitslosigkeit zu verringern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene Arbeitsplätze zu sichern, gehört eine konsequente Innovationspolitik, die darauf setzt, dies mit intelligenten, modernen Pro-

Das Problem ist, daß die Menschen Ost und die Menschen West gegeneinander gestellt werden, ohne zu merken, daß damit eigentlich nur das regierende Prinzip wunderbar funktioniert.

(Bodo Ramelow)

eine Energiesteuer. Das ist für uns ein Schlüsselement, mit dem wir den ökologischen Umbau einleiten wollen, und das darf sich im Falle von Rot-Grün nicht auf reine Symbolik beschränken. Das Steueraufkommen wollen wir zur Senkung der Lohnnebenkosten verwenden, um hier auch die Möglichkeit für neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zweiter Punkt ist für uns eine andere Energiepolitik, d.h. wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie, wollen die Förderung von regenerativen Energien, eine Solaroffensive, eine neue Verkehrspolitik, eine neue Forschungspolitik.

Dritter Punkt: Sofortmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Es wird notwendig sein, öffentlich geförderte Beschäftigungspolitik einzuleiten, also diesen Bereich auszubauen und nicht abzubauen, wie das im Moment seitens der Bundesregierung passiert, z.B. mit dem Kahlschlag bei ABM, der eben sofort zu einer neuen und höheren Arbeitslosigkeit führt. Wir brauchen radikale Arbeitszeitverkürzung, aber eben in vielen Formen, nicht nur die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung. Sondern, und das darf ich auch aus Frauensicht sagen, wir brauchen Teilzeitformen, Teilzeitmöglichkeiten, auf allen verschiedenen Ebenen und Gehaltsstufen, aber mit dem Anspruch auf Rückkehr auf den Vollerwerbsarbeitsplatz. Vierter Punkt: Eine Einkommensteuerreform, die den Namen auch verdient hat. Steuervereinfachung und dadurch auch mehr Steuergerechtigkeit, das Leben mit Kindern fördern, also höheres Kindergeld, Abschaffung des Ehegattensplittings und eine Reform, die strikt aufkommensneutral ist und nicht neue Haushaltslöcher in den Haushalt reißt, so wie die Bundesregierung das vorhat.

Nächster Bereich: den Sozialstaat reformieren, um ihn zu erhalten, so will ich das mal nennen, weil es gibt einen großen Reformbedarf etwa in der Rentenfrage. Und der letzte Punkt, der ob der allgemeinen Debatte um Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Soziales immer untergeht, den ich aber für sehr zentral halte, das ist eine andere Bürgerrechtspolitik. Die Bundesregierung wird auf Angstkampagnen setzen. Angst vor Kriminalität und vor allen Dingen Angst vor Ausländern und da ist für uns wichtig, daß es zu einer radikalen Reform der Staatsbürgerschaft kommt. Einwanderungsgesetz, Entkriminalisierung, das sind hier die Stichworte.

Gesa Rünker: Gregor Gysi, was ist der spezifische Beitrag der PDS zu einem rot-grünen Machtwechsel?

Gregor Gysi: Die Frage ist zunächst, wieviele Menschen es gibt, die wollen, daß es die PDS im Bundestag gibt, daß es die Grünen im Bundestag gibt, daß es die SPD im Bundestag gibt. Und dann erst kommt die Frage, ob und was man miteinander anfangen kann oder ob man miteinander nichts anfangen kann. Dazu haben wir z.B. jetzt ein umfangreiches Schnittstellenpapier erarbeitet, um festzustellen, wo liegen die Gemeinsamkeiten, wo liegen die Unterschiede zur SPD- und Grünen-Politik. Ja, es gibt natürlich z.B. in der Beschäftigungspolitik, auch in der Ökologie, auch in der Sozialpolitik, partiell auch in der Steuerpolitik, Übereinstimmungen. Es gibt dort überall auch Differenzen. Das Entscheidende für mich sind zwei Tendenzen, die wir dabei festgestellt haben. Erstens, im Laufe der Legislaturperiode haben nicht die Gemeinsamkeiten, sondern eher die Unterschiede zugenommen, aber das zweite ist, daß natürlich die Unterschiede zu CDU/CSU und FDP so unvergleichlich viel größer sind, daß es sich dennoch lohnt, trotz aller Unterschiede auch über Gemeinsamkeiten nachzudenken.

Zur Frage des spezifischen Beitrages: Der ist sehr unterschiedlich anzusiedeln. Ein Beispiel: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Grundmandatsklausel eine interessante Passage drin, wonach das Wahlrecht nicht nur die Funktion hat, die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu sichern, sondern zugleich dafür zu sorgen, daß relevante Bevölkerungsgruppen und relevante politische Kräfte vertreten sind, um eine Integrationsaufgabe zu erfüllen. Und ich behaupte, daß es, übrigens weit über das Wählerinnen- und Wählerklientel der PDS hinaus, in den neuen Bundesländern Menschen gibt, für die die Frage, ob die PDS im Bundestag ist oder nicht und ob sie da eine bestimmte integrative Funktion wahrnehmen kann oder nicht, von ganz wesentlicher kultureller und auch psychologischer Bedeutung ist. Das hängt einfach damit zusammen, daß die PDS die einzige Partei ist, die eine bestimmte Tradition verkörpert, und zwar eine, die sehr viele Bürgerinnen und Bürger der DDR mit sich bringen und die deshalb im Sinne einer integrativen Funktion von einer anderen Partei gar nicht wahrgenommen werden kann.

Die zweite Funktion der PDS sehe ich darin, daß sie einen Beitrag leisten muß zur westeuropäischen Normalisierung der Bundesrepublik Deutschland. Und damit meine ich folgendes: Durch die Spaltung, durch den kalten Krieg, durch die spezifische Geschichte von DDR und BRD, gab es links von der Sozialdemokratie, wenn ich mal die Grünen ausnehme, die ja eher eine Sonderstellung hatten und haben, nie eine akzeptierte politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Das war in Frankreich immer anders, das war in Italien anders, das war in den Niederlanden anders, in Skandinavien etc. Die Gründe für dieses Spezifikum sind seit dem 3. Oktober 1990 entfallen.

Dritte Funktion: Ich behaupte, daß es Tendenzen bei den Grünen und bei der SPD gibt, mehr an der Korrektur der neoliberalen Politik zu arbeiten als an Alternativen.

Wenn sie mich fragen, wäre natürlich mein Wunschergebnis eine absolute Mehrheit von SPD und Grünen, dann sollen die ruhig regieren, die FDP könnte sich mal eine Weile außerhalb erholen. Die CDU/CSU wäre dann die rechte und wir die linke Opposition. Aber nicht immer kommt es natürlich so, wie man sich das vorstellt und deshalb haben wir gesagt: An uns scheitert ein Regierungswechsel nicht.

Neoliberaler Zeitgeist und Kapitalismus pur

Noch einen Satz zur Erfurter Erklärung. Ich habe mit großer Sorge festgestellt, daß es eine enorme Veränderung des Zeitgeistes in der Bundesrepublik Deutschland gibt. In der alten Bundesrepublik, wenn ich das richtig beobachtet habe aus der Ferne,

Für mich bedeutet Innovation, daß eine Gesellschaft sich weiterentwickelt in Richtung auf mehr Solidarität und Gerechtigkeit.

(Edelgard Bulmahn)



Foto: Matthias Jarysek (Bonn)

war es so, daß wir hier durchaus Zeiten hatten, wo z.B. die Schriftsteller Grass, Böll u. a. den Zeitgeist mit dominiert haben, ohne daß sie etwa über ökonomische und politische Macht verfügten. Was hier aber in den letzten Jahren, schon vor '90, aber insbesondere seit '90 geschah, ist, daß der neoliberale Zeitgeist fast vollständig dominiert. Die Folge davon: es ist schon eine Katastrophe, wenn die Sozialhilfe gekürzt wird, aber es ist eine noch größere Katastrophe, wenn die Sozialhilfeempfängerin das auch noch akzeptiert, weil sie denkt, daß es nicht anders geht. Dann haben Alternativen keine Chance und meine Hoffnung in die Erfurter Erklärung

Die PDS kann als selbsterklärte Nachfolgepartei der SED nicht in Anspruch nehmen, nur mit dem Blick in ihre heutige Programmatik beurteilt zu werden.

(Edelgard Bulmahn)

(nachdem sich linke und liberale Intellektuelle seit 1990 beleidigt zurückgezogen haben, weil die Geschichte anders verlaufen ist, als sie es vorhergesagt haben) besteht darin, daß der Kampf um einen neuen Zeitgeist, um die Überwindung der Dominanz des neoliberalen Zeitgeistes wieder aufgenommen wird. Das müssen wir leisten, sonst werden wir auch zu Veränderungen in der Politik letztlich nicht kommen.

Gesa Rünker: Frau Nahles, die Shell-Jugend-Studie weist auf, daß der jugendliche Zeitgeist nahelegt, eher für CDU oder Grüne zu votieren. Gibt es trotzdem noch so etwas wie eine rot-grüne Basis unter Jugendlichen?

Andrea Nahles: Die Shell-Studie ist im wesentlichen recht ermutigend. Die Jusos sind die ganze Zeit dafür geprügelt worden, auch in der Partei, wir würden den Zeitgeist nicht mehr treffen, weil wir uns dummerweise mit Lehrstellenmangel, Ausbildungsumlage und Arbeitslosigkeit beschäftigen. Jetzt hat die Shell-Studie auf den Tisch gepackt, daß bereits für 12-jährige erste Sorge ist, daß sie einen Job kriegen und daß das ganz vorne in der Skala steht und insoweit befinden wir uns in dieser Hinsicht geradezu in der Mitte des Zeitgeiststromes und können uns bestätigt auf die politische Umsetzung unserer Vorstellungen orientieren. Was da sonst noch drinsteht, was die Zahlen angeht, Grüne 21% Zustimmung, SPD 19%, CDU 15%, ist eine eher erstaunlich positive Richtung, d.h. wir haben das Terrain noch nicht verloren. Andererseits nenne ich auch mal zwei Punkte, die da kritisch sind und die mich auch auf die allgemeine Politik führen. Was die jungen Leute

anstinkt, ist Sachzwangspolitik und neoliberale Globalisierungsfalle. Das erleben sie als beängstigend vor allem als ein klares Signal, politisches Engagement ist im Prinzip letztlich sinnlos. Politik ist eigentlich nicht mehr der Raum, wo gestaltet werden kann.

Gleichzeitig gilt: Kapitalismus pur, so wie ihn sich Westerwelle hier vorstellt, trifft auf Ablehnung, und was auch interessant ist, junge Leute nehmen Politiker immer mehr als Erfüllungsgehilfen der Industrie wahr. Hier ist mittlerweile nicht nur die Krise bei den jungen Leuten angekommen, sondern auch die Analyse der Krise. Wir haben eine Mehrheit gegen Kohl, aber wir haben die noch nicht politisch umgesetzt. Wir haben aber Anknüpfungspunkte bei den jungen Leuten.

Ein letztes, was ich sagen will: Wenn wir es jetzt nicht schaffen, den Leuten klarzumachen, daß ein Regierungswechsel auch für sie eine Veränderung bringt, dann frage ich mich, was wird das dann auslösen, wenn die Sozis, die Linken, die Grünen, wenn wir es nicht schaffen, das Gegenprojekt zum vorherrschenden Neoliberalismus zu formulieren und daraus dann eine Politik abzuleiten, die sich konkret z.B. dranhaltet, Vollbeschäftigung zu erreichen. Dann wird die Enttäuschung so groß, daß wir uns tatsächlich eine ganz neue Dimension von Problemen aufhalsen, und deswegen brauchen wir mehr Radikalität und deswegen brauchen wir wirklich einen Politikwechsel und nicht nur einen Regierungswechsel.

Nachfragepolitik und Neuverschuldung

Publikum: Ich bin Alex, Juso aus Köln, meine Frage ist, warum schämen sich eigentlich alle da vorne, so etwas wie keynesianisch inspirierte Nachfragepolitik mal wieder in den Mund zu nehmen, wozu natürlich auch eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums nötig ist?

Publikum: Mein Name ist Kurt Neumann, ich war von 1966 – 1996 Mitglied der SPD, bin noch im Bundestag und sehe deswegen das Ganze mittlerweile mit einer gewissen Distanz. Ich sehe nicht nur das Problem der rechten alten Sozialdemokraten, ich sehe auch das Problem der rechten jungen Grünen. Das wird ein Problem sein bei einem Projekt Rot-Grün. Ich denke, daß die politische Diskussion in der Perspektive ausgehen muß von dem, was sich in Europa abspielt. Wir sind in der Situation vergleichbar mit 1981 in Frankreich, als das französische Linksbündnis eine bewußt keynesianische Politik gemacht hat, zurecht, aber gescheitert ist, weil die deutsche Industrie das zu einer Exportoffensive nach Frankreich genutzt hat. Das bedeutet in der jetzigen Phase: ein Projekt Arbeitsplätze schaffen, Massenarbeitslosigkeit bekämpfen in Deutschland kann nur ein europäisches Projekt sein. Wir sind in einer ganz witzigen Situation, daß wir Diskussionen hatten über die Verschiebung des Euro aus zwei Richtungen, auch in der Sozialdemokratie. Die einen, die sagten, die Stabilitätskriterien sind noch nicht erreicht, eine verheerende Position, weil das bedeutet, man muß warten, um noch weitere Sparhaushalte zu machen. Auf der anderen Seite diejenigen, die sagten, Europa ist noch nicht weit genug, um die Währung zu ertragen. Die sind jetzt alle gemeinsam in der Situation zu sagen, bis die Währungsunion 1999 kommt, müssen wir eine Wirtschaftsregierung haben, müssen wir eine Reform der Institutionen, eine Demokratisierung der Institutionen haben. Deswegen denke ich: Arbeitsplätze schaffen einerseits durch Arbeitszeitverkürzung, aber auch durch Stärkung des Binnenmarktes, durch Stärkung der Massenkauftkraft und dies eingebettet in ein europäi-



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

POLITIKWECHSEL!

ches Projekt. Das könnte ein Projekt der Linken in der jetzigen Situation sein.

Kerstin Müller: Ich kann mit der Frage nachfrageorientierter Politik nichts anfangen! Ich finde diese Debatte zunächst ideologisch und glaube, daß es uns überhaupt nichts bringt, wenn wir jetzt sagen „wir wollen eine nachfrageorientierte Politik oder eine angebotsorientierte Politik“. Ich glaube, daß man beides machen muß. Wenn Du z.B. einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt haben willst, dann mußst Du Investitionsprogramme fahren. Das kannst Du heute nur noch über Schulden, aber dann möchte ich bitte hier auch diskutieren, was das für die nachfolgenden Generationen bedeutet, wenn man Schulden aufnimmt für unsere Generation. Und wer denn dabei die Gewinne macht, nämlich die Banken, und wer dann die Zinsen abzahlen muß. Wollen wir wirklich unter Rot-Grün die Nettoneuverschuldung noch weiter erhöhen? Ich möchte umgekehrt aber auch im Sinne einer angebotsorientierten Politik mit kleinen und mittelständischen Unternehmen, wo nämlich der größte Teil der Arbeitsplätze ist und geschaffen werden kann, darüber reden, wie man sie unterstützen kann. Was für Programme (Risikokapitalerweiterung auch für ökologischen Umbau z.B.) dazu führen könnten, daß sie sozusagen vorangehen, daß sie nicht Pleiten ohne Ende zu verzeichnen haben wie im Osten.

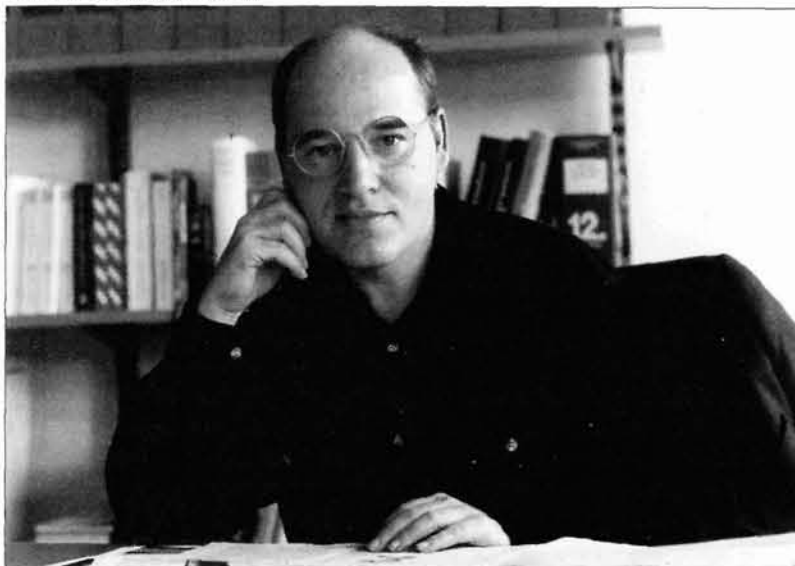
Bodo Ramelow: Ich merke, daß ich mich in diesem Podium sehr unwohl fühle. Unwohl deshalb, weil hier wortreich und sehr klug erläutert wird, wie man über das bessere Programm oder die besseren Programme glaubt, den Regierungswechsel erreichen zu können. Diese Programme, die hier erläutert werden, mögen theoretisch klug durchdacht sein, aber knüpfen nicht an den Köpfen und Herzen der Menschen an, mit denen ich tagtäglich im Osten bzw. in Erfurt zu tun habe.

Ich würde es gut finden, wenn die Lebenswelten beider Seiten dieses formal vereinten Deutschlands mehr Eingang in die Betrachtungen finden würden. Das, was hier gerade geschieht, ist die reine Westdebatte, die ich damit nicht entwerten will, aber mit der läßt sich im Osten keine Wahl gewinnen und keine größere Bevölkerungsgruppe mobilisieren bzw. motivieren, um für einen Politikwechsel zu kämpfen.

Interessant ist, daß ich bei Veranstaltungen der Erfurter Erklärung in der Regel volle Säle habe und viele Menschen fragen, wie es nun weitergehen würde. Wenn also die Wahlarithmetik bei der Betrachtung der Schnittmengen zwischen den Programmen der Bündnis 90/Grüne und der SPD so aussieht, daß man ein rot-grünes Bündnis zum Regierungswechsel in Bonn braucht, sich aber von vornherein gegen die PDS abgrenzen muß, damit die Wählergunst bis in die Mitte hinein im Westen nicht gefährdet wird, dann gefährdet man zumindest für dieselben Parteien die Wählerpotentiale im Osten. Die Antwort auf eine Rote-Socken-Kampagne der CDU bzw. gegen das Schüren von Volksfrontängsten muß eine Blockflötenkampagne und eben eine Braune-Socken-Kampagne sein.

Schon jetzt könnten in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern die Regierungen neu gebildet und die CDU als Wahlverlierer endlich aus der Regierungsverantwortung gejagt werden. Die politischen Verhältnisse von Sachsen-Anhalt sind ein Anfang, um auch parteipolitisch und in Landtagen tatsächlich Regierungsgewalt zu übernehmen. Dies reicht aber alles nicht, wenn es dazu begleitend keine breite Bürgerbewegung und Bürgerbeteili-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



gung gibt. Deshalb ist unser Credo, daß wir alles tun müssen, um in der Bevölkerung das Heraustreten aus der Zuschauerdemokratie einzufordern, anzuregen, anzuleiten und zu erzwingen, damit nicht nur ein Regierungswechsel, sondern auch ein Machtwechsel stattfinden kann.

Edelgard Bulmahn: Wenn die Leute sagen „Kohl muß weg“, dann sagen sie das aus ganz konkreten Gründen, weil sie ganz konkret erleben, daß für die alltäglichen Ausgaben, sei es für die Schule, sei es für das Schwimmbad, sei es für den Sportverein, sei es für das Jugendzentrum kein Geld mehr da ist. An dem Punkt muß man konkret werden. Natürlich bin ich für eine keynesianische Nachfragepolitik. Ich bin als Politikerin aber dafür verantwortlich ist, konkret zu beschreiben, was wir eigentlich anders machen wollen. Wenn uns das nicht gelingt, dann stellen wir keine Alternative dar. „Kohl muß weg“ ist eine Grundhaltung, die hat sich inzwischen bei vielen Leuten verankert. Wir müssen darauf aufbauen und sie zu einer aktiven Entscheidung – sich gegen Kohl zu wehren und uns zu wählen – machen.

Kerstin, ich bin nicht der Meinung, daß eine Neuverschuldung politisch nicht akzeptabel wäre, vielmehr wäre eine Neuverschuldung z.Z. politisch durchaus geboten. Entscheidend ist, daß diese Mittel investiv für aktive Beschäftigungspolitik, Stärkung öffentlicher Investitionen und Bildung und Forschung eingesetzt werden. In welch hohem Maße sich Beschäftigungspolitik wie auch Ausgaben für Forschung und Entwicklung refinanzieren, darüber wird leider nicht geredet. Und worüber auch nicht geredet wird, ist, daß die derzeitige Schuldensituation zu einem nicht geringen Teil das Ergebnis konkreter steuerpolitischer Entscheidungen ist. Seitdem ich im deutschen Bundestag bin, hat es vier sogenannte steuerpolitische Reformen gegeben, alle mit einer massiven Entlastung der hohen Einkommen, alle mit einer Belastung der niedrigen Einkommen und Steuereinbußen für die öffentliche Hand verbunden. Das ist nicht vom Himmel gefallen und das ist auch nicht Ergebnis der deutschen Einheit, das ist Ergebnis konkreter

Man muß sich klar sein, ein Kanzler wird in geheimer Abstimmung gewählt, und ein Kanzler unter Beteiligung der PDS, den wird es in einer geheimen Abstimmung nicht geben.

(Kerstin Müller)

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



steuerpolitischer Entscheidungen. Das müssen wir rückgängig machen, und das müssen wir auch sagen.

Gregor Gysi: Wir brauchen eine andere Reichtumsverteilung. Man kann nicht im Ernst Armut bekämpfen wollen, wenn man nicht bereit ist, Reichtum zu begrenzen. Im letzten Jahr ist das Geldvermögen in Deutschland um 10% gewachsen, bei der obersten Schicht der Bevölkerung sind schon wieder mehr als 300 Milliarden DM dazugekommen. Die sind alle frei geworden durch Steuerpolitik und es entstehen dadurch gar keine Arbeitsplätze, wie man versprochen hat. Das Geld wird spekulativ eingesetzt, aber wir haben so gut wie keine Spekulationssteuern. Man fürchtet immer Kapitaltransfer, aber man ist nicht bereit, über die Einführung einer Kapitaltransfersteuer nachzudenken.

Kandidatennase und Kanzlerwahl

Gesa Rünker: Andrea Nahles, beim Bundeskongreß der Jusos kam beim Nachdenken über '98 die Devise rüber: erst Inhalte, dann die Nasen.

Andrea Nahles: Ja. Wir erleben derzeit eine Kampagne, in der es anscheinend nur noch darum geht, wer denn der bessere Eisverkäufer unter der deutschen Sonne ist. Ich bin enttäuscht, daß mittlerweile auch einige Linke anfangen, sich an solchen Debatten zu beteiligen. Wenn nämlich der Kandidat bei der SPD feststeht, dann sind keine Spielräume mehr da für inhaltliche programmatische Diskussionen. Sobald der Kanzlerkandidat festgezurret ist, steht dann die Partei unter der Fuchtel der Kampagne des

Kanzlerkandidaten und damit geht eine Komplettpersonalisierung einher. Insoweit ist nur jetzt noch die Zeit – genau noch bis Dezember, wo wir den großen Parteitag haben – um das Regierungsprogramm festzuzurren und die programmatische Debatte von der Linken zu bestimmen.

Kerstin Müller: Es gibt sehr gute Chancen im Moment für einen Machtwechsel, es gibt gute Chancen, daß wir das mit Rot-Grün schaffen. Die PDS hat ja selber eben noch mal gesagt, daß sie ja auch eigentlich nicht mitre-

gieren will, und Tolerierung käme für mich überhaupt nicht in Frage, weil da drückt man sich vor der Verantwortung. Ich hätte kein Problem, einen Kanzler zu wählen, der auch von der PDS gestützt wird, aber man muß sich klar sein, ein Kanzler wird in geheimer Abstimmung gewählt, und ein Kanzler unter Beteiligung der PDS, den wird es in einer geheimen Abstimmung nicht geben. Und das wird nicht an den Grünen liegen.

Gregor Gysi: Wenn die SPD in geheimer Wahl lieber Kohl als ihren eigenen Kanzlerkandidaten wählt, bloß weil der eigene evtl. auch Stimmen der PDS benötigen würde, dann sagt das 'ne Menge über die SPD und ganz wenig über die PDS. Das will ich an dieser Stelle festhalten. Ich bin kein Gegner der Tolerierung. Ich finde, das hat ein spannendes demokratisches Element. Die Exekutive ist nämlich das Eine und die Legislative das Andere und es muß ja nicht immer so sein, daß ein Regierungsbeschluß automatisch schon so gut wie ein Parlamentsbeschluß ist und man da bloß noch hingehen muß, um sich die Mehrheit zu holen. Die Chance bestünde nämlich im Falle einer Tolerierung, daß man am Kabinetttisch etwas beschließen kann und dann muß man sich Gedanken machen, wie man sich die Mehrheiten im Parlament holt. Und das ist dann die Stunde des Parlaments, dann finden dort andere Diskussionen statt und entweder bekommen Sie die Mehrheit von der CDU/CSU oder von der PDS oder gar nicht. Und das fände ich durchaus spannend, das würde uns durchaus in spezifische Verantwortung nehmen. Denn wir müßten ja auch rechtfertigen, wieso wir so z.B. einen Gesetzentwurf haben scheitern lassen.

Ein Regierungswechsel ohne Politikwechsel käme sicherlich für uns und für alle, die hier oben sitzen nicht in Frage, also brauche ich darüber jetzt hier nicht zu diskutieren. Mir ist auch klar, wie problematisch die Situation ist, aber das hat auch wieder was damit zu tun, nimmt man nun z.B. 20% der Wählerinnen und Wähler im Osten ernst oder sagt man, das interessiert uns einfach nicht, die haben schlicht und einfach, in welcher Konstellation auch immer, vor der Tür zu bleiben. Das würde nie mit einer Partei passieren, die 20% der Stimmen in den alten Bundesländern hätte, selbst wenn sie 0% in den neuen Bundesländern hätte.

Wir formulieren das alles so vorsichtig wie möglich, um alle denkbaren Konstellationen offen zu halten. Ich lasse mich aber nicht von dem Schreckgespenst große Koalition jagen. Ich finde sie nicht gut, ich möchte auch nicht, daß sie kommt, aber was an ihr so viel schlimmer sein soll, als an der jetzigen Regierung, weiß ich auch nicht genau. Dennoch: Eine Stimme für die PDS kann nie, eine Stimme für die SPD eventuell bei der CDU landen.

Edelgard Bulmahn: Ich bin der Meinung, daß wir sehr gute Chancen haben, eine SPD-Bündnis '90/Grüne-Mehrheit im deutschen Bundestag zu bekommen. Ich kann mir ganz offen gesagt eine große Koalition nicht vorstellen und ich glaube auch nicht, daß man damit überhaupt Menschen mobilisieren kann, zur Wahl zu gehen. Wir haben die Chance, zu mobilisieren, Leute aus dieser Resignation herauszureißen, und dazu muß man eine Alternative anbieten.

Zur PDS: Ich halte jede Diskussion z.Z. über mögliche parlamentarische Kooperationen, sei es Tolerierung oder Beteiligung an der Regierung, für politisch schädlich. Wir brauchen jede Stimme für eine rot-grüne Mehrheit und deshalb kämpfe ich auch um jede Stimme, denn jede

Meine Hoffnung in die Erfurter Erklärung besteht darin, daß der Kampf um die Überwindung der Dominanz des neoliberalen Zeitgeistes wieder aufgenommen wird.

(Gregor Gysi)

POLITIKWECHSEL!

Stimme für die PDS ist verloren für diese rot-grüne Mehrheit. Ich halte, um es ganz klar zu sagen, die SPD für die bessere Alternative gegenüber der PDS. Und das hat nichts damit zu tun, daß ich 20% der Bevölkerung nicht ernst nehmen würde.

Und der zweite Punkt, Gregor Gysi, ich bin schon der Meinung, daß die PDS sich im Prozeß der Vergangenheitsbewältigung und Selbstfindung befindet, aber ich kann bisher nicht erkennen, daß es bereits gelungen ist, die Ursachen des Scheiterns umfassend aufzuarbeiten und auch die Ursachen, warum sich in der DDR ein so autoritäres System entwickeln konnte.

Das betrifft außer der PDS allerdings in nicht minderm Maße die in CDU und FDP aufgegangenen ehemaligen DDR-Blockparteien. Die PDS kann als selbsterklärte Nachfolgepartei der SED nicht in Anspruch nehmen, nur mit dem Blick in ihre heutige Programmatik ohne kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED beurteilt zu werden. Unsere ostdeutschen Landesverbände führen diese Auseinandersetzung mit der PDS und sie entscheiden selbst, ob sie Kooperationen in Kommune oder Land für sinnvoll halten oder nicht.

Gesellschaftlicher Aufbruch oder Ausgrenzungen?

Bodo Ramelow: Der Erfurter Erklärung geht es nicht um Parteipolitik. Es geht darum, die Lethargie zu überwinden und einen gesellschaftlichen Aufbruch zu organisieren, der einen Machtwechsel ermöglicht. Mit der Erfurter Erklärung ist einiges in Bewegung geraten, auch wenn dies noch lange nicht reicht. Im Moment liegen in Erfurt 20.000 Unterschriften, die die Menschen von sich aus an unser Büro geschickt haben.

Natürlich war es nicht das Anliegen der Initiatoren, massenhaft Unterschriften zu sammeln, aber die 20.000 Gespräche, die dazu gehören, damit solche Unterschriften zustande kommen, zeigen viel Energie für einen Politik- und Machtwechsel. Obwohl wir in den Medien zur Zeit nicht so stark vertreten sind, erhalten wir nach wie vor jeden Tag 40 bis 50 Briefe, in denen man uns bittet, Unterschriftenlisten und Material an die Menschen quer Beet in der Republik zu senden.

Im Rahmen der 220 regionalen Aktionsgruppen ist erfreulicherweise festzustellen, daß es schon jetzt ein Klima gibt, in dem weit mehr beredet wird, als die Frage, welche Partei gegebenenfalls mit welcher Partei eine Koalition eingehen könnte. Die rein rechnerischen Koalitionsspielchen reichen eben nicht, um automatisch einen Machtwechsel herbeizuführen und schon gar nicht, wenn diese Rechnungen immer mit Ausgrenzungen begleitet werden. Ich finde es z. B. begrüßenswert, daß Tom Koenigs in Frankfurt gestern den Vorschlag unterbreitet hat, daß SPD und Grüne nicht gegeneinander im Bundestagswahlkampf um die Erststimmen der Direktkandidaten buhlen. Damit die Direktmandate nicht an die CDU gehen, wäre es sinnvoll, den jeweils stärkeren Kandidaten ins Rennen zu schicken. Es ist genau das Gegenteil von dem, was die CDU in Berlin der SPD vorschlägt, nämlich dort eine Absprache zu den Direktkandidaten dahingehend zu treffen, daß jeweils der PDS-Kandidat geschlagen werden kann. Wenn sich die SPD in Berlin auf ein solch' grausiges Spiel einläßt, wird das für die SPD in Ostdeutschland verheerende Folgen haben.

Natürlich sehe ich das anders als Gregor Gysi. Aus meiner Sicht brauchte man die PDS nicht in einer Bundesregierung und natürlich weiß ich, daß der Antikommunismus in Westdeutschland ein Faktor ist, den die SPD bedenken muß.

FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

Vierteljahresschrift mit Informationen und Dokumenten aus der internationalen Friedensdiskussion

- Aktuell (Heft 55/56)
„Die Türkei und Europa“
- Die Aufrüstung einer regionalen Großmacht
- Ist die Türkei eine Demokratie? Von Leyla Onur MdB
- Atatürks Erben von Freimut Duve MdB
- Beiträgen aus dem Europäischen Parlament und dem SPD-Parteivorstand sowie zahlreichen Dokumenten über Waffenlieferungen an die Türkei und die türkische Rüstungsindustrie.
- (Einzelpreis 16,50 DM + 3,00 Versandkosten)

zu beziehen bei I F I A S

Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, Stralsunder Weg 50, 53119 Bonn.

• 0228 - 66 44 42 FAX 66 58 43

(Abo-Jahrespreis 50,00 DM incl. Versandkosten)

nismus in Westdeutschland ein Faktor ist, den die SPD bedenken muß.

Was mir mehr Sorgen macht als die 100.000 Rentner, die Mitglied der PDS im Osten sind, sind die dort fehlenden Mitglieder bei den Grünen und bei der SPD, aber auch die sehr starken Austritte bei den Gewerkschaften und bei den Kirchen. Hier muß man auch den Blick im Westen unter Einbeziehung dieser Entwicklung im Osten schärfen und damit wirkliche Prioritäten setzen.

Strategiedebatten um die Regierungsmehrheit

Andrea Nahles: Wir dürfen auf keinen Fall in den nächsten anderthalb Jahren nur Strategiedebatten und PDS-Debatten führen, weil das nämlich dazu führen wird, daß wir den Regierungswechsel nicht schaffen. Die Jusos haben sich nie im Abmeiern der PDS einen Namen gemacht, im Gegenteil, wir setzen auch auf Zusammenarbeit insbesondere in den Landeszusammenhängen im Osten, alles andere wäre auch schwachsinnig, aber, ich bin nicht naiv: Wenn nämlich

Kapitalismus pur trifft auf Ablehnung und junge Leute nehmen Politiker immer mehr als Erfüllungsgehilfen der Industrie wahr.

(Andrea Nahles)



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

die PDS relevant in den Bundestag kommt, haben wir die Situation, daß, wenn wir dann mit Rot-Grün eine Regierungs- bzw. „Kanzler“-Mehrheit wollen, gleichzeitig die Stimmen der PDS mit kompensiert werden müssen. Also liebe Leute, bei aller Sympathie für einzelne Punkte und bei allem Respekt vor dem, was auch Gregor Gysi leistet, ist es bestenfalls naiv, hier so zu tun, als ob wir alles miteinander sozusagen in einer großen Familie schön ordentlich auf die Reihe bekommen. Es klingt in diesem Zusammenhang leicht paradox, aber wir müssen nichtsdestoweniger versuchen, eine konsequente Bündnispolitik zu betreiben. Laßt uns auf die MultiplikatorInnen setzen, die z.B. jetzt hier sitzen. Und

das sind im wesentlichen diejenigen, die diese Bündnisse organisieren, die die Erfurter Erklärung mit Leben füllen, die letztendlich eine andere Bewegung in dieser Gesellschaft auch organisieren können. Und laßt uns das entlang der Themen tun, die die-

ses neoliberale Projekt beenden werden. Wir werden nämlich als Linke in unseren eigenen Parteien, ob bei den Grünen oder bei der SPD, durchaus noch längerfristig mit neoliberalen Zeitgeist zu kämpfen haben. Da gibt es genug Leute, die wollen es nur ein bißchen besser und ein bißchen schneller machen als die CDU. Wir brauchen dann den Druck, wir brauchen ein Bündnis, ein Zukunftsbündnis aus Gewerkschaften, von der Jugendseite, von den ganzen Bildungspolitikern, von ortlosen Linken an den Hochschulen und auch ganz besonders, indem Ostdeutsche verstärkt ihre Interessen selber

formulieren. D.h. von uns müßten tatsächlich die Möglichkeiten geboten werden, sich an so einer programmatischen Debatte zu beteiligen – sozusagen ein breites Forum, eine Gegenöffentlichkeit wider den Neoliberalismus, das muß stärker forciert werden.

Kerstin Müller: Die Frage ist, was muß man tun, um ein linkes Bündnis hinzubekommen. Als erstes muß man diese Gedankenspiele über eine Minderheitenregierung, die hier aufgestellt worden sind, ad acta legen. Ich finde es wirklich abenteuerlich, wenn man das innerhalb der Linken ernsthaft diskutiert. Dann unterschätzt man völlig, was es bedeutet, wenn wir rot-grüne Mehrheiten in der Bundesrepublik hätten. Wir haben uns riesige Reformprojekte vorgenommen: Ökologischer Umbau, Energiewirtschafts-Monopole zerschlagen, Energiesteuer, Mineralölsteuer, Bildungssystem und Sozialstaat reformieren, Arbeitslosigkeit angehen, vor dem Hintergrund der Haushaltskrise. Wir werden doch erst, wenn wir an der Regierung sind, wissen, wie groß die Löcher wirklich sind. Wir haben schon jetzt – noch nicht einmal von Waigel bestritten – 118 Milliarden DM Defizit, aktuell und in den Folgejahren, für Bund, Länder und Kommunen. Wir werden es zudem innerhalb der Bundesrepublik und in Europa mit einem ziemlich heftigen konservativen Gegenwind zu tun haben. Die werden uns bekämpfen auf allen Ebenen und mit allen Mitteln, die sie haben. Wenn wir Rot-Grün wollen und wenn wir wirklich die genannten großen Reformen angehen wollen, dann muß das ein ganz stabiles Projekt mit einer ganz stabilen Mehrheit sein, wo wir ziemlich klar im Koalitionsvertrag stehen haben, was wir wollen, was wir uns zumuten können und was nicht. Und wenn wir das nicht haben, dann können wir das ganze gleich lassen.

Wer den Politikwechsel will, der muß für eine starke rot-grüne Mehrheit sorgen. Eine Minderheitenregierung mit diesen Reformvorhaben und unter diesen schweren politischen Rahmenbedingungen – das wäre abenteuerlich und nicht zu verantworten.

Edelgard Bulmahn: Was Kerstin zur Minderheitenregierung gesagt hat, unterstreiche ich. Es ist unsere Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß wir eine vernünftige Mehrheit hinbekommen. Dazu gehört zum einen, daß wir eine konsequente Oppositionspolitik machen, damit klar ist, daß es Alternativen gibt zur Politik der Kohlregierung. Wir müssen es zweitens schaffen, daß wir in der Bevölkerung Lust auf einen Regierungswechsel machen. Da ist noch etwas zu tun. Wenn man das erreichen will, dann muß man konkrete Alternativen zu den wichtigen gesellschaftlichen Problemen anbieten und deutlich machen, daß nationale Politik noch handlungsfähig ist, daß es nicht so ist, daß aufgrund der Globalisierung nationale Regierungen überhaupt nichts mehr machen könnten außer einen Anpassungskurs zu fahren.

spw

Sobald der Kanzlerkandidat festgezurret ist, steht die Partei unter der Fuchtel der Kampagne des Kandidaten.

(Andrea Nahles)

Sonnabend dem 20. September 1997
in Chemnitz, Veranstaltungszentrum Forum
Beginn: 9.00 Uhr

PDS

AG Betrieb und Gewerkschaft der PDS
Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag
Partei Vorstand der PDS
PDS Landesverband Sachsen
Vom FDGB zum DGB

Haben die Gewerkschaften
ein Ost-West-Problem?

Experimentierfeld Ost

Alternative Wege aus
der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in der
Gewerkschaft

Mit: Sieghart Bender, Peter
Berkessel, André Brie,
Harry Fuchs, Klaus Grehn,
Gregor Gysi, Hanns-Peter
Hartmann, Heinz Hoffmann,
Regina Höhne, Gerhard
Jüttemann, Frank Kunze,
Christa Luft, Manfred
Müller, Bodo Ramelow,
Edeltraut Rogée, Gisbert
Schlemmer, Horst Schulz,
Udo Staake, Jürgen
Stäbener, Eva-Maria
Stange, Jürgen Weißbach
u.a.

Zwischenbilanz Ost

Wo stehen die Gewerkschaften sieben Jahre nach der Einheit?

5. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

Anmeldungen: PDS-Partei Vorstand, AG Betrieb und Gewerkschaft,
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel.: 030-24009 673, Fax: 030-24009 342

An Ostdeutschland scheiden sich noch immer die Geister. Für die einen haben bis heute die Zahlen Gültigkeit, die der DDR-Wirtschaft Rang 10 oder 11 auf der Liste der erfolgreichen Industrieländer zuweisen. Demnach ist der „kolonialistische Westen“ am Zusammenbruch, am „Plattmachen“ dieser Industriestrukturen Schuld. Der politische Siegeszug des Westens wurde zur ökonomischen Usurpation genutzt. Für die anderen bestand die gesamte DDR aus maroden, überalterten Produktionsanlagen, in denen schlecht motivierte Arbeitskräfte Produkte zweiter Wahl zu überhöhten Kosten produzierten, die auf internationalen Märkten keinerlei Konkurrenz bestehen konnten.

Natürlich sind beide Ansichten hier überzeichnet, aber sie geben argumentative Tendenzen wider, die sich bis heute aufspüren lassen. Sortieren wir also die Lage ein wenig – zugleich mit der Betonung, daß sich manches empirisch nicht quantifizieren läßt, da es sich immer um mehrere Bedingungsfaktoren zugleich handelt. Unbestritten dürfte sein, daß die DDR (wie die RGW-Staaten insgesamt) seit Mitte der siebziger Jahre trotz verzweifelter Anstrengungen den Anschluß an die internationalen Standards von Produktinnovation und mikroelektronisch gesteuerten Produktionsverfahren verloren hatte. Sie beantwortete den Übergang zu einer ressourcenschonenden und energiesparenden Produktionsweise im Westen, der mit einem enormen Rationalisierungsschub verbunden war, mit einem Ausbau ihrer Kombiatsstrukturen und der Erweiterung von deren Fertigungstiefe. Zugleich erhöhte der Einkauf neuer technologischer Systeme die Auslandsverschuldung gegenüber dem Westen. Dies konnte nur solange gutgehen, wie die eigene Produktion von Weltmarktbedingungen abgeschottet und der RGW-Handel eigenen, besonderen Austauschbedingungen unterworfen blieb. Der Fall der Mauer und des „Eisernen Vorhangs“ in Europa beendeten diese Sondersituation.

Der Vereinigungsschock

Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Produktion (in Bezug auf die Kosten) bzw. der DDR-Produkte (in Bezug auf Kosten und Qualität) wurde also nahezu schockartig zum Problem, gegenüber den anderen RGW-Staaten noch dadurch verschärft, daß die ökonomisch nicht gestützte Aufwertung der eigenen Währung schlagartig die Handelsmöglichkeiten gerade in diesen ehemaligen RGW-Bereich hinein nahezu vollständig unterband. Die – im Weltmarktvergleich – qualitativ nicht gerade hochrangig einzustufenden ostdeutschen Produkte wurden schlicht zu teuer. Der festzustellende beschleunigte Zusammenbruch ganzer Industriestrukturen war die notwendige, aber sicher keine unvermeidbare Folge.

Ist also doch alles die Politik schuld, die den – ökonomisch gesehen – abenteuerlichen Umtauschkurs der DDR-Mark gegenüber der DM durchsetzte? Diese Antwort wäre wohl zu einfach. Immerhin war es die Bevölkerung der DDR selbst, die auf eine möglichst rasche Angleichung der Lebensverhältnisse und eine schnelle staatliche Vereinigung drängte (und sich zugleich von politisch Verantwortlichen „von oben“ drängen ließ). Mit dem Gefühl, wenigstens beim Umtauschkurs keine stärkere „Entwertung“ der eigenen Lebensleistung hinnehmen, sich nicht als „Deutsche zweiter Klasse“ fühlen zu müssen, setzten die Ostdeutschen per Wahl auf die, die den schnellen Wohlstand versprochen. Oskar Lafontaines Warnungen waren unbequem und blieben ungehört.

Ende der Talsohle oder drohender Absturz?

Sozialdemokratische Industriepolitik in Ostdeutschland

von Uli Schöler*

Wenn man so will, liegt etwas Paradoxes und Tragisches in dieser Situation: Helmut Kohl begriff 1990 instinktiv richtig die Bedürfnisse und Hoffnungen der Ostdeutschen und schürte schamlos ihre Erwartungen. Oskar Lafontaine hingegen argumentierte tapfer aber aussichtslos an dieser Gefühlslage vorbei. Eine langsamere Anpassung (der staatlichen Vereinigung wie der Währungen) wäre mittel- und langfristig gesehen ökonomisch sinnvoller und verträglicher gewesen, war aber mit Blick auf das verständliche Bedürfnis nach unbeschränkter Freiheit (nach 40 Jahren eng begrenzter Freiheitsräume) politisch nicht durchsetzbar. So wählten (und verantworteten) die Ostdeutschen mehrheitlich den fast vollständigen Zusammenbruch ihrer eigenen (wenigstens in Teilen noch sanierungsfähigen) Industrie.

Die Kohl-Regierung hat diesen Prozeß in der Folge durch einschneidende Maßnahmen nicht nur nicht abgemildert, sondern noch verschärft. Es seien nur die bekannten Stichworte genannt:

- die ideologisch motivierte, absolut bornierte und wirtschaftsfeindliche Durchsetzung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“;
- die ökonomisch gleichermaßen unsinnige und ähnlich verheerende Umkehrung der Reihenfolge von Privatisierung und Sanierung durch die Treuhandanstalt, die reihenweise lebensfähige Kombinatsteile ruiniert hat;
- der Versuch der Sanierung des Bundeshaushalts zu Lasten der Länder und Kommunen, deren Belastung mit den umstrittenen Altschulden, was mehr und mehr zum Ausfall regionaler und kommunaler Investitionsansätze führte.

Gleichwohl soll und darf nicht verkannt werden, daß in erheblichem Umfang öffentliche Mittel wie privatwirtschaftliche Investitionen mobilisiert worden sind, um den industriellen und infrastrukturellen Wiederaufbauprozess

Das Jahr 1997 könnte zu einem Wendepunkt in beide Richtungen werden: Die vorsichtige Erholung könnte im verarbeitenden Gewerbe eine stabilere Stütze finden; geschieht dies aber nicht, droht der Absturz ins Uferlose.

* Dr. Uli Schöler, Bonn, Politikwissenschaftler und Jurist, Leiter des Büros des stellv. Parteivorsitzenden Wolfgang Thierse

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



in den neuen Bundesländern in Gang zu setzen. Soziale Schiefen sind jedoch auch hier unverkennbar. In unerträglicher Weise wurden allgemeine Aufgaben in die Sozialversicherungssysteme abgewälzt, und die konkreten Förderpraktiken begünstigten mit Steuerabschreibungsmodellen eine Umverteilung der Mittel hin zu Gutverdienenden und übernahmebereiten Firmen im Westen. Die Ankurbelung erfolgte durch diese konkrete Förderpraxis im wesentlichen über die Baukonjunktur, die nun, da die Maßnahmen zum Teil auslaufen, ins Stocken gerät.

Bevor wir uns dazu eine Reihe von Daten anschauen, sei noch auf einige weitere problematische Begleiterscheinungen dieses Vorgangs verwiesen. Nur an wenigen Standorten (u.a. Zeiss, Jena; Siemens, Dresden; Bayer, Bitterfeld; Opel, Eisenach) ist es auf der Basis alter bzw. mit der Errichtung neuer, größerer Produktionsanlagen gelungen, sogenannten „Leuchttürme“ zu installieren, die allmählich durch die Entwicklung von Netzwerken und Zulieferbeziehungen Ausstrahlung auf die Region zu entwickeln beginnen. Diese Vorgänge vollzogen sich allerdings eher unkoordiniert und spontan, d.h. von einer

vorausschauenden Struktur- und Regionalpolitik konnte kaum die Rede sein. Die für industrielle Entwicklungen so wichtige Kooperationsbeziehungen, Cluster und Netzwerke, gerade auch hin zum Bereich von Forschung und Entwicklung in den und außerhalb der Hochschulen, konnten sich so bisher kaum entwickeln. Die durchaus noch

vorhandenen endogenen Potentiale an Qualifikation und Know-how wurden so auf unverantwortliche Weise vernachlässigt.

Abbruch des Aufholprozesses

Nachdem Ostdeutschland (ausgehend von einem ausgesprochen niedrigen Niveau) in den Jahren bis 1996 bei den verschiedenen ökonomischen Indikatoren (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, Ausrüstungsinvestitionen, Arbeitsproduktivität, Lohnstückkosten usw.) einen – nicht dramatischen, aber kontinuierlichen – Aufholprozeß gegenüber der alten Bundesrepublik aufwies, bricht diese Entwicklung – so die Prognosen der verschiedenen

Wirtschaftsforschungsinstitute – in 1997 ab. Trotz 20% Bevölkerungsanteil beträgt die Bruttowertschöpfung immer noch erst 7% der gesamtdeutschen, und Ostdeutschland stellt nur 11% der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. Die Produktivität erreicht 1996 gut 46% des westdeutschen Niveaus, die Löhne liegen bei 73,7% der westdeutschen. Der Exportanteil der ostdeutschen Wirtschaft liegt gerade bei 2%. Gegenwärtig stammen nur etwa 5% der Industrieprodukte aus den neuen Ländern. In Ostdeutschland arbeiten rund 16% der Erwerbstätigen in der Industrie, während es im Westen annähernd 27% sind (hier allerdings mit sinkender Tendenz).

Saisonbereinigt ging die Zahl der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern im Dezember 1995 bis zum Dezember 1996 um 189.000 (von 6,438 Mio. auf 6,249 Mio.) oder 2,9% zurück. Noch stärker war der Rückgang mit 3,3% bei den anhängig Beschäftigten (von 5,567 Mio. im November 1995 auf 5,383 Mio. im November 1996). Besonders stark sank die Zahl der abhängig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (minus 112.500 oder minus 5,5%), während bei den Dienstleistungen, im Handel und Verkehr der Rückgang nur 1,8% oder 62.100 betrug. Allein durch die Beschäftigungsrückgänge im Jahr 1996 wurde die Hälfte des Arbeitsplatzgewinns seit dem Tiefpunkt der Beschäftigungsentwicklung 1993 wieder zunichte gemacht. Mit dem erneuten Verlust an Arbeitsplätzen in Höhe von ca. 100.000 im Jahre 1997 wird der Beschäftigungstiefstand des Jahres 1993 unterschritten. Die Zahl der Erwerbstätigen wäre dann von 1989 bis 1997 von 9,7487 Mio. auf 6,163 Mio. zurückgegangen. Ein Rückgang um 3,584 Mio. oder 37%.

Die Investitionen des Bauhaupt- und Baunebenhandels waren 1995 schon um 30% gesunken; sie sinken aufgrund von „Vorzieheffekten“ 1996 zwar nur um 14%, aber die Tendenz wird sich fortsetzen. Impulse werden also von diesem Bereich nicht mehr ausgehen. Es zeichnet sich einerseits eine leichte Erholung im verarbeitenden Gewerbe ab (6% Zuwachs im Jahresdurchschnitt 1996), aber gleichzeitig wachsen die inneren Disproportionalitäten. Während Zweige wie die chemische Industrie, die Mineralölindustrie, die Holz-, die Metall- und die Elektroindustrie expandieren, geraten Sektoren wie der Kohlebergbau, das Leder- und Bekleidungs-gewerbe sowie der Schiff- und Schienenfahrzeugbau erneut in eine Krise. Hier handelt es sich wiederum vielfach um Großbetriebe in ansonsten strukturschwachen Regionen, deren Absturz bei Schließung die unmittelbare Folge wäre.

Auch bei den Dienstleistern sind gewisse Entspannungseffekte zu verzeichnen. Ihre Bruttowertschöpfung ist in den letzten Jahren kontinuierlich angewachsen. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt vor allem in den Bereichen Handel, Kreditinstitute, Versicherungen, sonstige Dienstleistungen, private Haushalte und gemeinnützige Organisationen. Das Dilemma liegt damit auch für diesen Bereich deutlich zutage: Den Schwachpunkt bilden vor allem die produktionsbezogenen Dienstleistungen, die für den vielbeschriebenen „selbsttragenden Aufschwung“ unerlässlich wären. Insgesamt muß also von einer äußerst labilen Situation gesprochen werden. Alle Indikatoren zeigen an, daß das Jahr 1997 zu einem Wendepunkt in beide Richtungen werden kann: Die vorsichtige Erholung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre könnte im verarbeitenden Gewerbe eine stabilere Stütze finden; geschieht dies aber nicht, droht der Absturz ins Uferlose.

Zwei Drittel der Ostdeutschen haben in den sieben Jahren seit der Wende entweder selbst oder vermittelt über ein Familienmitglied persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen müssen.

Zweite Initialzündung Ost

Auch die Bundesregierung hat endlich erkannt, daß hier mehr getan werden muß als über Steuerabschreibungsmodelle Geld in die Bauwirtschaft zu pumpen. Die SPD-Forderungen – schon seit Jahren erhoben –, nach einer Verbesserung der Förderkonditionen für die gewerbliche Wirtschaft, nach einer Konzertierung der Förderinstrumente und einer politischen Öffnung hin zu einer regionalen Strukturpolitik haben mit dem Bundestagsbeschluß kurz vor der Sommerpause endlich Gehör gefunden. Doch keiner wird heute schon sagen können, ob diese Maßnahmen nicht möglicherweise zu spät kommen. Zudem sehen die künftigen Haushaltsplanungen ein kontinuierliches Abschmelzen der Fördersummen vor, was die optimistischen Erwartungen eher dämpfen sollte. Sterben aber die ersten hoffnungsvollen Pflänzchen einer eigenständigen industriellen Entwicklung der Neuen Bundesländer ab, droht eine Dauersubventionslandschaft, die mit dem Begriff „Mezzogiorno“ noch harmlos umschrieben wäre. Es hilft also nichts: Auch die SPD wird sich – West-Länderinteressen hin oder her – in ihrem Wahlprogramm zu einer neuen, finanziell abgesicherten „Zweiten Initialzündung Ost“ durchringen müssen.

Tut sie dies nicht, wird sie die aufkeimenden Hoffnungen auf einen politischen Wechsel (im Bund wie in den CDU-regierten ostdeutschen Bundesländern) gleich wieder beerdigen können. Weit mehr als im Westen sind die Parteibindungen in Ostdeutschland (noch) ausgesprochen locker. Hier ist also viel zu gewinnen wie zu verlieren. Aus den unterschiedlichen Milieustudien lassen sich vorrangig fünf verallgemeinerungsfähige Trends herausfiltern:

1. Es gibt weiterhin eine deutliche Differenz in der Einschätzung der allgemeinen Lage und der persönlichen materiellen Situation. Allerdings hat die Verunsicherung deutlich zugenommen, und zwar weil die Menschen die gesellschaftliche Situation als äußerst labil erleben. Der versprochene Aufschwung greift nicht, zugleich spüren sie, daß es sich bei diesem gewachsenen persönlichen materiellen Wohlstand um einen „geborgten Aufschwung“ handeln könnte, der zusammenzubrechen droht wie das marode DDR-System. Obwohl 56% angeben, daß es ihnen besser geht als vor der Wende, sehen 66% genau diese Lage bedroht, fürchten, daß ihre Lebensgestaltung in Zukunft schwieriger und problembeladener wird. Während 1990 noch die allgemeine Stimmung besser war als die persönliche Lage, ist die Stimmung heute genau umgekehrt.

2. Als schwer erträglich erleben die Ostdeutschen weiterhin die überall anzutreffende Westdominanz. Mit wachsendem Mißmut reagieren sie darauf, daß sie in der Führungselite der Bundesrepublik insgesamt, am sichtbarsten aber im eigenen Landesteil deutlich unterrepräsentiert sind. Das gilt vor allem für die Sektoren Justiz, Verwaltung, Militär und Wirtschaft. Entsprechend fühlen sich heute auch nur 8% voll und ganz als Bürger der Bundesrepublik, gerade mal 4% wünschen sich jedoch die DDR zurück und 87% antworten mit weder – noch. Bei den 4% ist der Anteil der Arbeitslosen besonders hoch.

3. Zwei Drittel der Ostdeutschen haben in den sieben Jahren seit der Wende entweder selbst (das sind 35%) oder vermittelt über ein Familienmitglied (nochmals 30%) persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen müssen. Diese Erfahrungen haben sich tief in

das Alltagsbewußtsein eingegraben und wirken eher lähmend, orientieren allenfalls auf individuelle Lösungssuche denn auf gemeinschaftliches Engagement und Interessenvertretung. Dies geht einher mit wieder beunruhigend wachsender Zustimmung zu autoritären und antidemokratischen Ansichten, vielfach gepaart mit einem Gefühl politischer Ohnmacht. Diese Entwicklung muß uns einfach aufrütteln, wenn wir nicht wollen, daß morgen politische Demagogen und Scharlatane die Ernte einfahren.

4. U.a. diese verbreitete Erfahrung von Arbeitslosigkeit strukturiert zudem den Wertehorizont neu. Hier sind deutliche Verschiebungen zu beobachten. Arbeit, persönliche und soziale Sicherheit sind in der Hierarchie ganz nach oben gerückt. Erst an zweiter Stelle folgt heute – anders noch als kurz nach der Wende – der Bereich von Partnerschaft, Kindern, Freunden und Gesundheit. Stärker als im Wendezeitraum sind auch die Lebensbedingungen wie Entlohnung, Wohnen, Umwelt und Freizeit, also auch Konsum und Reisen in den Hintergrund gerückt. Wir sollten dies sorgsam im Auge haben, wenn es um die Formulierung unserer Hauptbotschaften im Wahlkampf geht.

5. Besonders dramatisch stellt sich schließlich die Bewußtseinslage bei den Jugendlichen dar. Die Sozialwissenschaftler konnten noch 1990/91 eine starke Zunahme des Politikinteresses beobachten, eine hohe Sensibilisierung gerade der ostdeutschen Jugendlichen für politische Themen. Trotz eines überwiegenden Gefühls einer materiellen Lebensverbesserung äußern heute zwei Drittel der Befragten, daß sich ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten seit der Wende nicht verbessert hätten. Für 83% ist parteipolitisches Engagement völlig unwichtig, gerade mal 3% erklären die Mitarbeit in Parteien und politischen Bewegungen für wichtig. Auch wenn die Forscher uns sagen, daß der eigentliche Wertewandel bei ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen bereits Anfang der achtziger Jahre in der DDR stattfand, zeigen uns diese Befunde, daß die Jugendlichen allenfalls materiell, aber noch keinesfalls ideell, wertbezogen in der – sei es auch noch so unvollkommenen – Realität der bundesrepublikanischen Demokratie angekommen sind. Wo aber bleibt die Demokratie, wenn sie ihre Zukunft nicht gewinnt?

Die SPD wird in Ostdeutschland auf diese ökonomisch wie mental labile Situation mit einem Politikkonzept antworten müssen, das den Menschen erneut Zuversicht in ihre Zukunft vermittelt. Sie müssen begreifbar erfahren können, daß nur mit der SPD der wirtschaftliche Absturz verhindert und der Aufbau eigenständiger, regionaler Industriestandorte bewerkstelligt werden kann. Die SPD muß erkennbar werden lassen, daß es ihr ostdeutscher Teil ist, der als eigenständige Kraft in der gesamtdeutschen SPD Anwältin der Interessen der ostdeutschen Bevölkerung ist, der zur Not auch gegen westdeutsche Interessen innerhalb oder außerhalb der eigenen Partei Stellung bezieht. Dies wird ohne einen erkennbaren, konturierten, eigenständigen ostdeutschen Wahlkampfbeitrag nicht zu machen sein.

SPW

Der ostdeutsche Teil der SPD muß als eigenständige Kraft und Anwältin der Interessen der ostdeutschen Bevölkerung erkennbar sein, der zur Not auch gegen westdeutsche Interessen innerhalb oder außerhalb der eigenen Partei Stellung bezieht.

Neoliberalismus: politische und theo- retische Grundlagen

von Herbert Schui*

Seit den 30er Jahren sind sich die Keynesianer, zu mindest aber die von M. Kalecki und J. Robinson vertretene Richtung, darin einig, daß der entwickelte Kapitalismus zur Investitionsschwäche neigt und daß folglich ein Mangel an effektiver Nachfrage zu langanhaltenden Depressionen führen kann, soweit nicht Parlamente und Gewerkschaften die Einkommensverteilung anders regeln, als sich dies durch Markt und Wettbewerb ergeben würde. Zur Debatte steht damit die folgende makroökonomische Frage: Wenn die Technisierung (oder allgemein die Produktivkraftentwicklung) zu einer immer höheren Arbeitsproduktivität führt, der Wettbewerb aber die Löhne, die Sozialabgaben und die Gewinnsteuern der Unternehmen niedrig hält (der Wettbewerb minimiert die Kosten), dann ist zu fragen, ob bei konkurrenzbedingt minimiertem Massenkonsum die Ausgaben der Unternehmer für Investitionsgüter so sehr ansteigen, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage Vollbeschäftigung sicherstellen kann. Tatsächlich ist dies nicht der Fall. Dies zeigt die Erfahrung in den 30er Jahren und seit Mitte der 70er Jahre.

Nachfrageschwäche und neoliberale Wirtschaftspolitik

Wie wenig wahrscheinlich die Kompensation einer Schwäche der Konsumgüternachfrage durch Stärke der Investitionsgüternachfrage ist, läßt sich mit der folgenden Überlegung illustrieren: Unterstellt, es herrscht Vollbeschäftigung, die Arbeitsproduktivität steigt in einem Jahr um drei

Prozent. Dieselbe Anzahl von Beschäftigten ist nun in der Lage, statt 100 jetzt 103 Produktionseinheiten herzustellen. Bleibt der Massenkonsum unverändert bei – unterstellt – 70 (der Konsum aus Gewinn wird zur Vereinfachung vernachlässigt), so hat die Nachfrage nach Investitionsgütern von Steigerung der Arbeitspro-

duktivität 30 betragen; sie muß nun, soll der Vollbeschäftigungsausgang von 103 Einheiten abgesetzt werden, auf 33 ansteigen. Die Investitionsquote muß hierbei ständig ansteigen, soll Vollbeschäftigung erhalten bleiben. Das Volumen der Investitionen muß demnach exakt um denjenigen Betrag (drei Einheiten Produktion) steigen, um den die Produktion wegen der gestiegenen Produktivität angestie-

gen ist. Die unternehmerischen Investitionsentscheidungen – sie sind abhängig von der erwarteten Rentabilität – müssen folglich der Höhe nach gleich sein der Zunahme der Produktivität als Ergebnis vorangegangener Investitionsentscheidungen mit Modernisierungs- (Produktivitäts-) effekten. Dies kann eintreten. Es gibt aber keinen systematischen Grund, daß dies mit hinreichender Wahrscheinlichkeit der Fall ist.

Da dieses Investitionsverhalten von der Unternehmerschaft nicht erwartet werden kann, wird die Kombination aus steigender Arbeitsproduktivität und konstantem Massenkonsum zu Arbeitslosigkeit führen. Die moderne neoliberale Wirtschaftspolitik versucht, das Problem folgendermaßen anzugehen:

- Investitionsforderung durch Förderung des technischen Fortschritts und Deregulierung,
- Steigerung der Konsumausgaben aus höheren Einkommen, vor allem aus Gewinneinkommen (diese Ausgaben können an die Stelle der unterbliebenen Investitionsausgaben treten); gedacht ist besonders an persönliche Dienstleistungen zu niedrigen Löhnen,
- Außenhandelsüberschüsse durch Überlegenheit in der internationalen Konkurrenz (niedrige Kosten, hochwertige Produkte durch Forcierung der technischen Entwicklung).

Sicherlich können Außenhandelsüberschüsse für einige Länder eine Lösung sein. Die Aufgaben des Staates erstrecken sich dann auf Deregulierung und Förderpolitik für Investitionen. Die Deregulierung betrifft besonders den Arbeitsmarkt, da ja bei niedrigen Löhnen erwartet wird, daß ein Großteil der Arbeitslosigkeit durch extrem verbilligte persönliche Dienstleistungen beseitigt wird. Des weiteren muß sich die konkrete Politik des Staates darauf konzentrieren, daß der niedrige Lohn und Lebensstandard und die verbleibende Arbeitslosigkeit allgemein akzeptiert wird. (Mittel hierzu sind restriktive Kriterien zur statistischen Erfassung der Arbeitslosigkeit – gegebenenfalls auch Fälschungen –, Ideologiepflege wie Leistungsgesellschaft, sportlicher Standortwettbewerb, des weiteren die Betonung außerökonomischer „Werte“ wie Familie, Heimat, europäische Zivilisation usw.)

Die keynesianische Gegenposition

Die keynesianische Gegenposition besteht darin, bei vergleichsweise niedrigem Bedarf am Realkapital den Konsum, besonders den kollektiven wohlfahrtsstaatlichen Konsum zu stärken. Grundlage ist die folgende ökonomische Idee: Wenn – um auf das eingangs genannte Beispiel zurückzukommen – die Produktivität um drei Prozent steigt, die Nachfrage und Produktion also von 100 auf 103 Produktionseinheiten steigen müßte, um den Beschäftigungsstand zu halten, wenn aber die Investitionen nicht auf 33 ansteigen, so ist der Konsum von 70 auf 73 Einheiten zu steigern. (Sicherlich sieht auch der Keynesianismus vor, die Investitionen – gegebenenfalls – durch niedrigere Zinsen zu steigern. Dies einleuchtenderweise zu Lasten des Einkommens der Geldvermögensbesitzer.) Dieser Konsum schmälert übrigens nicht den Gewinn. Bezahlt wird er vielmehr aus dem Output. Denn würde bei konstanten Investitionen der Konsum nicht erhöht, so bleibt der Output bei 100 Einheiten konstant, die Lohnkosten (=Konsum) betragen 70, der Gewinn als Residuum 30. Beträgt der Konsum dagegen 73, so beläuft sich der Output auf 103 – der Gewinn aber beträgt unverändert 30 Einheiten.

Es ist klar, daß der Staat hier andere Aufgaben als im neoliberalen Kontext wahrnimmt. Es muß sich hier um eine partizipative Massendemokratie handeln, in der die „Mas-

Der Neoliberalismus richtet sich entschieden gegen das wohlfahrtsstaatliche Projekt des Keynesianismus als Fortsetzung der Aufklärung, gegen rationale und kollektive Gestaltung der sozialen Umwelt.

* Dr. Herbert Schui, Professor für Volkswirtschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Aktuelles Buch zum Thema: Herbert Schui u.a.: *Wollt Ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München 1997, 336 Seiten, DM 16,90.

POLITIKWECHSEL!

se“ ihrem Interesse an kollektivem Konsum zur Geltung verhilft. Damit wird die Verwendung der Produktion (wieviel kollektiver, wieviel individueller Konsum, für welche Klassen und Schichten usw.) wesentlich politisch bestimmt. Da aber die Verwendung der Produktion von der Form des Einkommens abhängt (Lohn und Staatseinnahmen stärken den Konsum) betreibt der Staat Einkommenspolitik. Seine Tätigkeit und damit sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt (Staatsquote) nimmt in dem Ausmaß zu, in dem die Arbeitsproduktivität steigt, der so erzeugte zusätzliche Überschuß über den Lohn hinaus aber nicht mehr für die Bildung von Realkapital verwendet werden kann. Der Sozialstaat muß sich demnach mit der Produktivkraft entwickeln, soll diese wohlfahrtsvermehrend gelenkt werden.

Damit ist die Frage, nach der Verteilung von Macht in der Gesellschaft gestellt. Keynes' Entwurf schränkt die Autonomie der Unternehmer beträchtlich ein. Seiner Vorstellung nach verstetigt eine ziemlich umfassende „Sozialisierung der Investitionen“ die Investitionsausgaben. (In dieselbe Richtung wirkt ein niedriger Zins). Folglich ist es „nicht der Besitz der Erzeugungsgüter, deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Hilfsmittel und die grundlegende Rate der Belohnung an ihre Besitzer bestimmen kann, wird er alles erfüllt haben, was notwendig ist“. Wenn also die Investitionsausgaben durch Politik möglichst schwankungsfrei auf einem hinreichenden Niveau gehalten werden und die Sparpläne durch Einkommenspolitik – der Staat bestimmt „die Rate der Belohnung“ für die Eigentümer des Realkapitals – diesen Investitionsplänen angepaßt sind, dann sind die Reproduktionsprobleme des entwickelten Kapitalismus bereinigt. Sind sie es wirklich? Da ist mit der Frage des Ausweichens vor der staatlichen Gewinnfestsetzung durch Direktinvestitionen im Ausland umzugehen; es kann sein, daß die Unternehmer ihre Mitwirkung bei der Investitionsplanung verweigern, in diesem Fall sind gegebenenfalls ganze Industriezweige zu nationalisieren; es wird einen ständigen Kampf um die politische Festlegung der Gewinne geben. Die Kapitalisten werden anhaltend auf der Lauer liegen, ihre Propaganda verstärken, um von diesen Regulierungen frei zu kommen. Hinzu kommt das Interesse der Rentiers, für die Keynes durch niedrige Zinsen den „sanften Tod“ vorgesehen hatte. Was werden also die Geldvermögensbesitzer tun, um ihrer heimlichen Ausrottung entgegenzuwirken, was werden die Unternehmer tun?

Neoliberalismus als Antikeynesianismus

So kann es kommen, daß die Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates mehr verlangt als nur eine Neuverteilung der Eigentumsrechte an der Stromgröße Output: Das Eigentum an der Bestandsgröße Realkapital kann nun ebenfalls zur Debatte stehen. Will man aber all diese politischen Implikationen durchhalten, dann geht dies nur mit einer Demokratie, die die oben beschriebenen Eigenschaften hat. Dieser politische Prozeß insgesamt, von der Verwirklichung des keynesianischen Entwurfes bis hin zu dessen Implikationen, bedeutet nichts anderes als, so der neoliberale Klassiker Hayek, den Versuch, „die Kräfte der Gesellschaft in derselben Weise zu beherrschen, wie das bei der Beherrschung der Kräfte der Natur gelungen ist. Dieser Weg führt nicht nur zum Totalitarismus, sondern auch zur Vernichtung unserer Kultur und mit Sicherheit zur Verhinderung des Fortschritts in der Zukunft“¹.

Der Neoliberalismus richtet sich also entschieden gegen das wohlfahrtsstaatliche Projekt des Keynesianismus als

Fortsetzung der Aufklärung, bei dem die Vernunft den Anspruch darauf erhebt, sich die soziale Umwelt rational (d. h. wissenschaftlich) anzueignen – nicht nur im Sinne der passiven Kenntnis, sondern der aktiven, kollektiven Gestaltung. Hayek schreibt: „Der springende Punkt ist, daß es unendlich viel schwerer ist, logisch zu erfassen, warum wir uns Kräften, deren Wirkungen wir nicht im einzelnen verfolgen können, unterwerfen müssen, als dies zu tun aus demütiger Ehrfurcht, die die Religion oder auch nur die Achtung vor den Lehren der Nationalökonomie einflößte“. Das „System funktioniert unter der Bedingung, daß der Einzelne bei seiner Teilnahme an sozialen Prozessen bereit und willig sein muß, sich Änderungen anzupassen und Konventionen zu unterwerfen, die nicht das Ergebnis vernünftigen Planens sind“. Er muß die Bereitschaft haben, „sich im allgemeinen den Ergebnissen sozialer Prozesse zu unterwerfen, die niemand geplant hat und deren Ursachen vielleicht niemand versteht“². Für Hayek gibt es einen „Mißbrauch und Verfall der Vernunft“³ Hierbei handelt es sich um eine „rationalistische und konstruktivistische Sicht, die eine bewußte Konstruktion der Gesellschaft auf der Grundlage der Vernunft fordert“⁴.

Auf dieser Grundlage konzentrieren sich die Aussagen des Neoliberalismus auf die folgenden Punkte:

- Aus Gründen der Freiheit darf dem Kapitalismus kein Ziel wie soziale Gerechtigkeit oder Maximierung der Wohlfahrt von Außen vorgegeben werden.
- Die Menschen sind uninformiert und werden es bleiben.
- Die üblichen demokratischen Institutionen werden mißbraucht oder ein Mehrheitswille ist nicht durch Wahlen feststellbar.

Markt und Wettbewerb als vorrangige Organisationsformen

Die Vorzüge des Marktes als Institution und des Wettbewerbs als Organisationsform sieht der Neoliberalismus nicht darin, daß sie eine unerläßliche Voraussetzung für die Maximierung der Produktion wären. Dies sind die Argumente der Klassik und auch der Neoklassik – wengleich diese (eher statisch) die Allokationseffizienz des



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

Marktes sehr betont. Markt und Wettbewerb sind, so der Neoliberalismus; vielmehr deswegen überlegen, weil sie in den Köpfen und Praktiken von Individuen „eingeschlossene“ Wissensfragmente entdecken und vergesellschaften. Der Wettbewerb, so Hayek, muß verstanden werden als ein „Entdeckensprozeß“ individuellen Wissens, nicht als ein Garant für Massenwohlfahrt. Der Markt vermittelt Information nicht nur in Form der Preisbildung, sondern durch den Wettbewerb werden überlegene Verfahren und Verhaltensweisen ausgesiebt. Überlegen ist hierbei, was zu persönlichem Erfolg und Wohlstand verhilft, zumindest aber das Überleben sicherstellt. Überlegenheit wird in dieser Weise als Anreiz und Vorbild erfahrbar und fordert so zur Nachahmung auf.

Dieser Gedanke beruht auf zwei wichtigen Annahmen: Erstens ist gesellschaftliches Wissen im Gegensatz zu naturwissenschaftlichem zum größten Teil „stilles“ Wissen, d.h. es ist „in erster Linie nicht artikuliertes Wissen, sondern ein Wissen, das zwar in Form von Regeln beschreibbar ist, das das Individuum jedoch nicht in Worten ausdrücken kann, sondern nur in der Praxis zu befolgen fähig ist“⁵. Da dieses Wissen zudem auf zahllose Individuen verstreut ist, „jeder deshalb in Unkenntnis der meisten Tatsachen ist, auf denen das Funktionieren der Gesellschaft beruht“⁶, ist es unmöglich, gesellschaftliches Zusammenleben bewußt zu gestalten und planend zu formen. Zweitens vollzieht sich soziales Lernen in der Hauptsache durch unreflektierte Sozialisation: „(...) der Mensch“, so Hayek, „lernt durch die Enttäuschung von Erwartungen“⁷, d.h. durch Versuch und Irrtum beziehungsweise durch allmähliche Dressur. Vernunftgelenktes Lernen auf der Grundlage intellektueller Einsicht in die Zusammenhänge und Funktionsweise der besonders sozialen Umwelt ist, wenn nicht völlig ausgeschlossen, so doch nicht konstitutiv für den Menschen als soziales Tier. Damit ist das Menschen- und Gesellschaftsbild des Neoliberalismus bereits auf den Punkt gebracht: Der Mensch ist verdammt zu ewiger Unkenntnis, Gefangener im Dickicht allgemeiner Unübersichtlichkeit, ein blindes Gewohnheitstier, das im Dunkeln tappt. (Eine Ausnahme bilden die Verfasser neoliberaler Theorien, die wissen, was gut für die Menschen ist.) Er kann sich allein individuelle Überlebens- und Berei-

chungspraktiken aneignen, mehr lassen die von erfolgreichen Personen ausgesandten Signale nicht zu. Ein Weg aus dieser nicht selbstverschuldeten, sondern natürlich gegebenen Unmündigkeit ist nicht bekannt. Der Bestand, die Stabilität der „Großen“, der „Spontanen Ordnung“, oder „Offenen

Gesellschaft“, wie Karl Popper sie nennt, beruht auf Unterwerfung unter sogenannte kulturelle Verhaltensregeln, die den Handlungsspielraum des Einzelnen festlegen: Privateigentum, Vertragsfreiheit, formale Gleichheit vor dem Recht, Ehrlichkeit und Sparsamkeit.

Spontane Ordnung und sozialer Zwang

Warum jedoch ist eine solche sklavische Akzeptanz liberaler Grundwerte ohne jede weitere Diskussion erforderlich? Die Antwort ist einfach und unromantisch: Anders ist Überleben nicht möglich, eben weil der Mensch von Natur aus unwissend ist. Dies beweist sich auch daran, daß die „Große Ordnung“ (und ihre Regeln) nicht etwa von einer besser informierten Elite entdeckt und der Masse aufge-

zwungen worden wäre, sondern daß sie selbst das Ergebnis einer langen kulturellen Evolution und, in diesem Sinn, „spontan“ ist. Hayek und mit ihm andere neoliberale Autoren verstehen Menschheitsgeschichte als einen allmählichen Disziplinierungsprozeß, in dessen Verlauf tribalistische kollektive Instinkte des Menschen schrittweise unterdrückt wurden zugunsten der Entfaltung individueller Eigentätigkeit im Rahmen immer abstrakterer allgemeiner Verhaltensregeln. Was aus neoliberaler Sicht die 'Offene Gesellschaft' jedoch über ihre bloße Überlebensfähigkeit hinaus als Ausdruck zivilisatorischen Fortschritts empfiehlt, ist die individuelle Freiheit, die sie ihren Mitgliedern ermöglicht.

Bei näherem Besehen stellt sich diese Eigenschaft der „Spontanen Ordnung“ allerdings als wenig überzeugend heraus. Nicht nur muß diese Freiheit durch Unterwerfung erkaufte werden. Sie ist zudem allein negative Freiheit, d.h. sie besteht allein in der Abwesenheit von Zwang. Dieser wiederum kann nur bei zwischenmenschlichen Beziehungen ins Spiel kommen. Zwang besteht nur, soweit seine Ausübung persönlich beabsichtigt ist, er kann jedoch nie Eigenschaft eines gesellschaftlichen Systems sein. Was dies bedeutet, wird in folgender Bemerkung Hayeks über die Lage eines Arbeitsuchenden nur zu deutlich: „Auch wenn ihn selbst und vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn 'zwingt', eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der 'Gnade' des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgend jemand anderem in unserem Sinn gezwungen. Solange die Handlung, die seine Schwierigkeiten verursacht hat, nicht bezweckte, ihn zu bestimmte Handlungen oder Unterlassungen zu zwingen, solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalls, der seine Gesundheit schädigt.“⁸

Die "Freiheit zu verhungern" wird ausdrücklich als Wert im Sinne negativer Freiheit gutgeheißen. Eine partizipative Demokratie, gestützt auf informierte und lernbereite Menschen, die selbst ihr Geschick bewußt und planvoll als Kollektiv gestalten wollen, um ihre Lebenslage den entwickelten technischen und ökonomischen Möglichkeiten entsprechend zu verbessern, ist vom Neoliberalismus nicht vorgesehen. Denn – wie gesagt – ein von außen vorgegebenes Ziel mindert die Überlebenswahrscheinlichkeit, beschränkt die Freiheit, kurz, es ist angesichts naturgegebener menschlicher Unzulänglichkeit nicht angemessen. Folglich werden auch demokratische Institutionen nicht halten können, was man sich von ihnen verspricht. Wo der Staat es sich jedoch zur Aufgabe macht, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, wird er unweigerlich zum Spielball von Partikularinteressen. Indem er organisierte kollektive Interessenvertretung auf Massenbasis nicht nur zuläßt, sondern aktiv unterstützt (gemeint ist das Zusammenspiel von Staat und Gewerkschaften), wird der Staat in einem System, das auf der Grundlage von Mehrheitsverfahren funktioniert, zu deren Opfer. Denn solche Organisationen werden ihren Vorteil dazu nutzen, Wettbewerbsbeschränkungen durchzusetzen, demokratische politische Institutionen für ihre spezifischen Interessen zu funktionalisieren und die Gesellschaft durch den Mißbrauch staatlicher Machtmittel auszuplündern. Das Resultat sind politische Korruption und wirtschaftliche Stagnation und Krise.

Im Menschen- und Gesellschaftsbild des Neoliberalismus ist der Mensch verdammt zu ewiger Unkenntnis, Gefangener im Dickicht allgemeiner Unübersichtlichkeit.

Gewerkschafts- und Staatskritik

Besondere Zielscheibe neoliberaler Kritik sind in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften als diejenige gesellschaftliche Gruppe, die sich in besonderem Maß des Staates bemächtigt habe, und den überwiegenden Teil aller Wettbewerbsbeschränkungen verursacht hat. Dies unterscheidet neoliberaler Argumentation zufolge das sogenannte Arbeitsmonopol vom Unternehmensmonopol, das auf Leistung (im Gegensatz zu parasitärem Mißbrauch des Staatsapparates) beruht und das zudem in der Regel nur vorübergehend existiert. Lassen wir Hayek einmal mehr zu Wort kommen: „Während sich die öffentliche Empörung und infolgedessen auch die Gesetzgebung beinahe vollständig gegen die selbstsüchtigen Handlungen einzelner Monopolisten (...) gerichtet hat (...), ist das, was die Marktordnung hauptsächlich zu zerstören droht, gar nicht die selbstsüchtigen Handlungen einzelner Firmen, sondern die Selbstsucht organisierter Gruppen. Diese haben ihre Macht weitgehend durch die Unterstützung gewonnen, die ihnen die Regierung dabei gewährt hat, jene Manifestationen individueller Selbstsucht zu unterdrücken, die ihr Handeln in Schach gehalten hätten. (...) Daß das, was moralisch falsch ist, nicht das Monopol, sondern nur die Verhinderung von Wettbewerb ist (...) sollten sich besonders jene 'Neoliberalen' vor Augen halten, die glauben, sie müßten ihre Unparteilichkeit dadurch beweisen, daß sie gegen alle Unternehmensmonopole genauso wettern wie gegen alle Gewerkschaftsmonopole, wobei sie vergessen, daß Unternehmensmonopole häufig das Resultat besserer Leistung sind, während alle Gewerkschaftsmonopole auf der zwangsweisen Unterdrückung des Wettbewerbs beruhen“. Diese Kritik des modernen Staates als schwache Beute großer parasitärer Interessenverbände wird, neben von Hayek selbst, vor allem von einigen Vertretern der Theorie der kollektiven Entscheidungen (public choice Theorie, hier insbesondere Mancur Olson) und von Mitgliedern der Chicago-Schule vertreten. Sie ist darüber hinaus in abgewandelter Form seit einigen Jahren auch unter dem Stichwort „rent-seeking“ auf den Entwicklungsstaat in der Dritten Welt angewandt worden.

Der allgemeine Pessimismus, der so gegenüber der modernen partizipativen Massendemokratie verbreitet wird, wird schließlich weiter bestärkt durch Beiträge aus dem Bereich der Theorie der kollektiven Entscheidungen, die den modernen Staat als tyrannische Bürokratie sehen. Im Gegensatz zu der weiter oben erwähnten Argumentation erscheint hier der Staat als machtvolle, jedoch egoistische Organisation, bestehend aus selbstsüchtigen Bürokraten, die nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern allein im unmittelbaren Eigeninteresse des Staates oder ihrer jeweiligen Ressorts handeln. Damit wird der moderne Staat zwar aus anderen Gründen, deshalb jedoch nicht weniger nachhaltig, als undemokratisch und korrupt abgestempelt.

Neoliberalismus gegen Demokratie

Die Vorstellung des Staates als Beute ist ebenfalls auf die Stellung der Zentralbank anzuwenden. Ist sie parlamentarisch kontrolliert, so wird sie ebenfalls zur Beute parasitärer Interessenverbände, die dann nicht nur den Staat, sondern als begehrliche Politiker auch das Geldwesen ruinieren. Eine aus der Demokratie ausgegliederte Zentralbank dagegen kann durch hohe Zinsen den Rentier revitalisieren und auch sonst sozialstaatliche Politik radikal behindern. Sie steht dem Ziel, die Politik an das Interesse einer einsichts- und daher handlungsfähigen Masse zu binden, entschie-

den entgegen. Zwei Fragen allerdings bleiben auch in dieser neoliberalen Argumentation offen: Kann die Zentralbank zu einer tyrannischen Bürokratie werden und weiter, wie ist zu erklären, daß das internationale Geldwesen besonders in einer Periode stabil war, in der die Zentralbanken von den Weisungen der Finanz- und Wirtschaftsministerien unmittelbar abhingen.

Die neoliberale Gegenauflärung setzt also alles daran, die Hoffnung auf informierte und politische Menschen zu zerstören, die sich der Institution des demokratischen Staates bedienen, um ihre Lebenslage zu verbessern. Der Staat soll diese Eigenschaften, nämlich ihn für den zivilisatorischen Fortschritt nutzen zu können, nicht mehr haben. Es soll ein „schlanker Staat“ sein, der v.a. das Privateigentum (die gegebenen Eigentumsrechte), die Vertragsfreiheit und Vertragsvollstreckung, den Wettbewerb (besonders auf dem Arbeitsmarkt) und den freien Marktzutritt und -austritt garantiert.

Wird diese Gesellschaft stabil sein können? Gesetz wird auf ein moralisches Korsett, auf eine zivilgesellschaftliche Lösung, nicht aber auf polizeistaatliche Vorkehrungen. Hayek schreibt dazu:

„Doch daß das Verhalten innerhalb des privaten Bereichs nicht Gegenstand staatlicher Zwangsanzwendung sein soll, heißt nicht notwendig, daß in einer freien Gesellschaft ein solches Verhalten auch vom Druck der allgemeinen Meinung oder der Mißbilligung frei sein soll (...). Jedenfalls fördert es die Klarheit, wenn man den Druck, den die öffentliche Zustimmung oder Ablehnung ausübt, um die Befolgung von Moralregeln und Konventionen zu sichern, nicht Zwang nennt (...). Im großen und ganzen stellen Konventionen und Normen des gesellschaftlichen Verkehrs und des persönlichen Verhaltens keine ernstliche Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit dar, sondern sichern ein gewisses Mindestmaß an Gleichheit des Verhaltens, das die persönlichen Bemühungen sicherlich eher unterstützt als behindert“.

Mehr noch fördert es allerdings die Klarheit, wann man sich an das Verhalten von Friedmans Chicago-Schule nach dem Putsch Pinochets in Chile erinnert. Praktisch hat der Neoliberalismus gegen eine vorübergehende Zwangsanzwendung nichts einzuwenden, soweit der Zweck darin besteht, die erforderlichen „Moralregeln und Konventionen“ wieder in die Gesellschaft einzupflanzen. Aber dies soll sicherlich nicht die Regel sein, besonders dann, wenn sich die RTLisierung des öffentlichen Lebens (Talk-Show mit Publikumsteilnahme als Demokratie) erfolgreich vorantreiben läßt.

spw

Die Freiheit des Neoliberalismus muß durch Unterwerfung erkaufte werden. Sie ist zudem allein negative Freiheit, d.h. sie besteht allein in der Abwesenheit von persönlichem Zwang. Sozialer Zwang wird geleugnet.

- 1 F. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft, München 1991, S. 254
- 2 F. Hayek: Wahrer und Falscher Individualismus, in: ORDO-Jahrbuch a.a.O., S.38f.
- 3 F. Hayek: Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment. Frankfurt a. M. 1959
- 4 F. Hayek: Liberalismus, Walter-Eucken-Institut. Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1979, S. 6
- 5 F. Hayek: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd.1: Regeln und Ordnung, München 1980, S. 30 und 34
- 6 ebenda, S. 30
- 7 F. Hayek: Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 40
- 8 F. Hayek: Die Verfassung der Freiheit, a.a.O., S. 166

Globalisierung und die Refeudalisierung der Sozialpolitik

von Christoph Butterwegge*

Am nahenden Ende des 20. Jahrhunderts bahnt sich eine Wende der Wohlfahrtsstaatsentwicklung an, die unterschiedlich gedeutet wird. Da ist entweder von „sozialer Demontage“ und einem radikalen „Ab-“ bzw. „Rückbau“ oder vom nötigen „Umbau“ des Wohlfahrtsstaates die Rede. Tatsächlich geht es bei der Restrukturierung des Sozialen nicht nur um quantitative, sondern auch um qualitative Momente. Hier wird die These vertreten, daß es sich um eine postmoderne Version mittelalterlicher Fürsorglichkeit und Staatsferne handelt, die durch eine Vielzahl von Brüchen und Widersprüchen gekennzeichnet ist, an denen man ansetzen könnte, um alternative Entwicklungsprozesse in Gang zu bringen.

Ökonomisch-technologische, soziokulturelle und politische Gefährdungen des Wohlfahrtsstaates

Mehr als in jedem anderen Wohlfahrtsstaat ruht das soziale Sicherungssystem hierzulande auf zwei Stützpfeilern, die gegenwärtig ins Wanken geraten: einer kontinuierlich, möglichst Vollzeit und bis zur regulären Verrichtung betriebenen Erwerbsarbeit („Normalarbeitsverhältnis“) sowie dem Prinzip der Hausfrauenehe bzw. des männlichen Familienernährers („Normalfamilie“). Diese

beiden für das Funktionieren des sozialen Sicherungssystems konstitutiven Normalitätsannahmen werden zur Zeit brüchig. Durch eine weitere Pluralisierung der Arbeits- und Lebensformen könnten die Fundamente des lohn-, beitrags- und leistungsbezogenen Systems der sozialen Sicherung erodieren.

Daß sich die staatliche Sozialpolitik der Ökonomie bedingungslos unterwirft, ist ein Rückfall in die Frühzeit des Industriekapitalismus.

Zum anderen ist im Zuge der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit – die zudem ungeheure Kosten verursacht – die Kontinuität der Erwerbstätigkeit für immer mehr Menschen nicht mehr gegeben.

Problematisch ist nicht, daß die menschliche Arbeit entwertet wird, wenn Maschinen, Roboter und Mikrochips ihre Funktion übernehmen, sondern daß bisher (noch) kein anderer Mechanismus zur Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf die einzelnen Individuen und zur Begründung ihrer sozialen Sicherheit existiert. Problematisch ist noch weniger der Individualisierungsprozeß, durch den beispielsweise die Frauenemanzipation erleichtert wird, sondern die Art und Weise, wie die

etablierte Politik damit umgeht: Fördert sie die (Re-)Privatisierung sozialer Risiken, oder wirkt sie einer fortschreitenden Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegen?

Im Rückblick scheint es fast so, als sei dem Sozialstaat nach dem Sieg über den Staatssozialismus der Krieg erklärt worden. Offenbar stellte der Wegfall einer gesellschaftlichen Systemalternative die (in Westeuropa bisher eindeutig dominante) wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsvariante des Kapitalismus zur Disposition. Aufgrund der veränderten Weltlage und Kräfteverhältnisse bestand ab 1989/90 die Möglichkeit wie auch – nach allgemeiner Auffassung – die Notwendigkeit, soziale Leistungsgesetze anzutasten. Entscheidend dafür war ein Prozeß, der als „Globalisierung“ bezeichnet wird und zum Bankrott des osteuropäischen Realsozialismus beigetragen hatte.

Globalisierung gilt als Sach- und nicht als Systemzwang. Was als naturwüchsiger Prozeß erscheint, welcher die Bundesrepublik – wie andere Länder auch – zwingt, ihre Reallöhne, Personalzusatzkosten und Sozialleistungen „nach unten“ zu drücken, um auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu bleiben, basiert jedoch auf wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischen Weichenstellungen der mächtigsten Industriestaaten. Diese haben schon während der 80er Jahre unter dem Einfluß des Neoliberalismus begonnen, die Finanzmärkte zu liberalisieren, die Arbeitsmärkte zu deregulieren und das Kapital so von staatlichen Fesseln zu befreien (vgl. dazu vor allem: Hans-Peter Martin/Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek bei Hamburg 1996).

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts (in seiner hergebrachten Form) findet eine Funktionalisierung der Sozialpolitik im Unternehmerinteresse statt. Nicht aufgrund der Globalisierung selbst, sondern im Zusammenhang mit dem neoliberalen Konzept der „Standortsicherung“ verändert sich das Verhältnis von Ökonomie und (Sozial-)Politik, die zur abhängigen Variablen der Volkswirtschaft degradiert wird. Daß sich die staatliche Sozialpolitik der Ökonomie bedingungslos unterwirft, ist ein Rückfall in die Frühzeit des Industriekapitalismus.

Neoliberalismus: mehr Markt und weniger Demokratie wagen?

Scheinbar erfordert die Neuordnung der Weltwirtschaft eine tiefgreifende Umstrukturierung des Sozialstaates: Ein Gemeinwesen, das um die Gunst von Großinvestoren und Finanzmagnaten buhlt, kann kein Sozialstaat im herkömmlichen Sinne mehr sein. Daher wird der nach innen gerichtete Wohlfahrtsstaat von einem nach außen gewandten „Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch) abgelöst. Das Hauptziel der neoliberalen Sozialpolitik ist nicht, die Situation der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen und ihrer Familien, sondern ausschließlich, die Leistungs- bzw. Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft zu verbessern.

Wenn der bürokratische Wohlfahrtsstaat die Marktwirtschaft daran hindert, ihre Dynamik voll zu entfalten, wie die neoliberale Ideologie behauptet, stehen Demokratie und Parlamentarismus letztlich gleichfalls zur Disposition, auch wenn bürgerliche Ökonomen, Politiker und Publizisten vor diesem Schritt – im Unterschied zum modernisierten Rechtsextremismus – bislang zurückscheuen. Die sog. Neue Rechte schlägt die Brücke zum Konservatismus über den Wirtschaftsliberalismus (vgl. dazu: Schui, Herbert u.a., Wollt ihr den totalen Markt? –

* Dr. Christoph Butterwegge, Professor für Sozialpolitik an der FH Potsdam und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen

POLITIKWECHSEL!

Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997). Daß der Standortnationalismus gegenüber dem traditionellen Bezug auf das Volk an Bedeutung gewinnt, liegt an einer strategischen Umorientierung des Rechtsextremismus, der sich paradoxerweise als konsequentester Kritiker und eigentlicher Retter des Sozialstaates zu profilieren sucht (vgl. hierzu Christoph Butterwegge u.a.: Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen 1997).

Durch die Vereinigung beider deutscher Staaten ergaben sich für einen liberalkonservativen „Umbau“ des Wohlfahrtsstaates hierzulande besonders günstige Rahmenbedingungen: Das Ende der DDR und ihr Beitritt zur Bundesrepublik erlaubten es, Einschnitte in Leistungsgesetze mit „finanziellen Lasten der Einheit“ zu rechtfertigen und „Solidarität“, einen historischen Schlüsselbegriff der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, im nationalistischen Sinne umzubiegen. Außerdem lag es offenbar nicht nur für die sog. Neue Rechte, sondern auch für einen Großteil der wirtschaftlichen, politischen und Verwaltungseliten nahe, das vereinte Deutschland als „rekonstruierten Nationalstaat“ und weniger als demokratischen Sozialstaat zu begreifen.

In einer „Winner take all“-Gesellschaft (Robert H. Frank/Philip J. Cook) zählt nur der sich monetär, d.h. „in klingender Münze“, ausdrückende Erfolg. Marktgesetze und Konkurrenzmechanismen halten verstärkt Einzug auch in Gesellschaftsbereiche, die entweder bisher davon frei waren oder – wie das Sozial- und Gesundheitswesen – sogar ein Gegengewicht hierzu bildeten. „Kostendämpfung“ meint im Sozialbereich – entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch – nicht etwa, Defizite der öffentlichen Haushalte zu verringern, sondern den Arbeitgebern durch die Kürzung bisher gesetzlich garantierter Sozialleistungen (z.B. der Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfall) Konkurrenzvorteile gegenüber ausländischen Mitbewerbern zu verschaffen, was wegen damit verbundener Steuerausfälle sogar neue Löcher in die Staatskasse reißen kann. Da alle EU-Staaten in Maastricht denselben Weg eingeschlagen haben wie die Bundesrepublik, gleicht das Verfahren dem Wettrennen zwischen Hase und Igel.

Ausgerechnet zu einer Zeit, wo sich das marktliberale Ordnungs- und Konkurrenzprinzip auf seinem ureigenen Terrain, der Wirtschaft, ausweislich einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit nicht (mehr) bewährt, wird es auf den Bereich der Sozialpolitik übertragen. Wettbewerb wird neuerdings auch im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit großgeschrieben. Seit die einzelnen Arbeitsämter bei der Vergabe von Bildungsmaßnahmen zur Wirtschaftlichkeitsprüfung verpflichtet sind, die Höhe des Bundeszuschusses festgeschrieben ist und die Mittelzuteilung vom jeweiligen Vermittlungserfolg abhängt, zählen quantitative bzw. Kostengesichtspunkte mehr als qualitative.

Behörden und andere staatliche Einrichtungen werden zunehmend wie Privatunternehmen geführt, die betriebswirtschaftlichen Leistungskriterien gehorchen müssen. Wohin die Privatisierung und die Kommerzialisierung öffentlicher Einrichtungen führen, verdeutlicht das Ergebnis der sog. Bahn- und der Postreform. Nutznießer der (Teil-)Privatisierung beider Bundesunternehmen sind die Aktionäre. Hingegen brachte der Privatisierungsprozeß für die Beschäftigten und Kunden der Staatsbetriebe gravierende Nachteile: (Stamm-)Belegschaften und betriebliche Sozialleistungen wurden drastisch reduziert,

Gebühren und Tarife (für den Normalverbraucher, nicht für industrielle Großabnehmer) spürbar erhöht. Briefkästen werden seltener als früher geleert; Portokosten und Beförderungstarife sind gestiegen; viele Postämter und Bahnhöfe wurden geschlossen, aus Sicht des Managements „unrentable“ Bahnstrecken stillgelegt. Briefe werden seit kurzem nicht mehr per Bahn, sondern per Lkw und Flugzeug befördert – ein ökologischer Skandal!

Neoliberaler Marktradikalismus und „neue Mittelalterlichkeit“

Folgt man der historischen Dreistadientheorie, die Thomas H. Marshall (Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main/New York 1992) entwickelt hat, so läßt sich die Durchsetzung der bürgerlichen Rechte dem 18., die Durchsetzung der politischen Rechte dem 19. und die Durchsetzung der sozialen Rechte dem 20.

Jahrhundert zuordnen. Der sozialpolitische Fortschritt gleicht aber nicht nur einer Schnecke, sondern manchmal auch einem Bumerang. Heute scheint es bisweilen so, als drohe im 21. Jahrhundert die Rücknahme der sozialen Errungenschaften früherer Epochen. Die sozialpolitische Postmoderne weist manch antiquierten Zug auf. Daher spricht Anthony Giddens mit Blick auf den liberalen Marktradikalismus von einer „neuen Mittelalterlichkeit“. Tatsächlich handelt es sich um ein merkwürdiges Gemisch aus Manchestertum und technologisch fortgeschrittenem „Turbokapitalismus“, verbrämt durch Parolen, die den Geist einer neuen Gründerzeit beschwören. Typisch dafür war eine Rede, die Bundespräsident Roman Herzog am 26. April 1997 unter dem Titel „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ im Berliner Adlon-Hotel hielt: „Durch Deutschland muß ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von lieb gewordenen Besitzständen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen.“

Dem höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik fehlt historisches Fingerspitzengefühl: Jedesmal, wenn bisher durch Deutschland „ein Ruck ging“, hatte die ganze Welt darunter zu leiden, und die Opfer sind auch diesmal wieder einseitig verteilt. Beispielsweise droht im postmodernen Mittelalter wieder die „sozialpolizeilich“ durchgesetzte Arbeitspflicht. In den USA lassen sich noch stärker als im vereinten Deutschland, wo die Sozialhilfe seit 1. August 1996 um mindestens 25 Prozent gekürzt wird, wenn Antragsteller/innen zumutbare Arbeit ausschlagen, solche Tendenzen zur Zwangsarbeit beobachten. „Refeudalisierung“ der Sozialpolitik bedeutet: Privatwohltätigkeit und Fürsorge ersetzen den Anspruch auf Sozialhilfe; Leistungsgarantien werden in Spenden und Almosen umgewandelt; Bedürftige treten bei karitativen Einrichtungen als Bittsteller/innen auf. Letztlich führt die Streichung von Rechtsansprüchen auf Sozialleistungen erneut zur Vergabe von persönlichen Gratifikationen nach Gutsherrenart. Niedrigere Steuersätze für gewerbliche Einkünfte und die Landwirte erinnern deutlich an Ständeprivilegien. In dieselbe Richtung zeigt der Trend zur „Dienstbotengesellschaft“, durch die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen auch dann gefördert, wenn keine Kinder oder pflegebedürftige An-

Ein Großteil der wirtschaftlichen, politischen und Verwaltungseliten begreift das vereinte Deutschland als „rekonstruierten Nationalstaat“ und weniger als demokratischen Sozialstaat.

gehörige zu versorgen sind. Setzen die Arbeitgeberverbände ihre Pläne zur beruflichen Bildung durch, werden die Auszubildenden bald einen Schultag weniger haben und – statt eine Vergütung zu erhalten – wohl auch wieder Lehrgeld zahlen müssen.

„Amerikanisierung“ des Sozialstaates: Den armen Arbeitslosen treten die arbeitenden Armen zur Seite

Eine jetzt schon über zwei Jahrzehnte lang andauernde Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe führt fast zwangsläufig zur Herausbildung einer Gesellschaftsschicht, die man mit einem Schlüsselbegriff aus der entwickelteren US-

Fachdiskussion als „underclass“ bezeichnen kann. Er impliziert vornehmlich gesellschaftliche Ausgrenzung, Statusverluste und das Fehlen sozialer Anerkennung. Das politische und soziale Klima der Bundesrepublik hat sich nicht zuletzt im Gefolge des DDR-Beitritts und der damit verbundenen Kostenlawine ver-

schlechtert und den Umgang mit Armut negativ beeinflusst: Nie zuvor wurden ethnische Minderheiten, Obdachlose und Bettler/innen so repressiv behandelt, von vielen Stadtverwaltungen bzw. staatlichen Ordnungshütern dermaßen rigoros aus der Öffentlichkeit vertrieben und so stark eingeschüchtert wie heute.

Auch in dieser Hinsicht mit mehrjähriger Verspätung der entsprechenden US-Entwicklung folgend, bildet die Bundesrepublik zur Zeit einen für sie neuen Niedriglohn-

sektor aus, der längst nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze umfaßt. Je mehr (Dauer-)Arbeitslose es gibt, um so leichter lassen sich Menschen finden, die weit unter Tarif bezahlte „McJobs“ annehmen. Schon jetzt reichen viele Vollzeit-Arbeitsverhältnisse nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, so daß ergänzend mehrere Nebenjobs übernommen werden und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (zum Teil schwarz) weitergearbeitet wird. Massenarbeitslosigkeit und Armut verringert das neoliberale Konzept einer angebotsorientierten, auf die Senkung der Lohn- bzw. Lohnnebenkosten fixierten Wirtschaftspolitik nicht, weil es Teufel mit Beelzebub austreibt.

Seit den frühen 80er Jahren, verstärkt seit den 90er Jahren sorgt die Steuerpolitik der Regierung Kohl dafür, daß sich die Verteilung der Einkommen weiter zu Lasten von Arbeitnehmer(inne)n und ihren Familien verschiebt, während privilegiert wird, wer Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erzielt. Zu nennen sind mehrfache Senkungen der Körperschaftssteuer, der Verzicht auf die Gewerbesteuer und die Abschaffung der Vermögensteuer sowie Sonderabschreibungen und andere Vergünstigungen, enthalten in Jahressteuergesetzen, dem sog. Standortsicherungsgesetz und drei Finanzmarktförderungsgesetzen.

Die für 1998/99 geplante „Große Steuerreform“ dürfte die ohnehin vorhandene Schiefelage bei der Einkommens- und Vermögensverteilung zementieren, denn sie läuft – wie zuvor die Vereinigung von DDR und Bundesrepublik – auf eine gigantische Umverteilung „von unten nach oben“ hinaus. Wenn die „oberen Zehntausend“ reicher und reicher werden, kommt von ihrem Wohlstandszuwachs ganz „unten“ bei den

„kleinen Leuten“ kaum etwas an. Spekulationsgewinne sind (unter bestimmten, von Spekulanten beeinflussbaren Voraussetzungen) steuerfrei, Bestechungs- und Schmiergelder in aller Regel weiterhin absetzbar. Die reale Steuerbelastung der Unternehmen war noch nie so gering, die Arbeitslosigkeit hingegen noch nie so hoch wie heute. Daraus den Schluß zu ziehen, man müsse die (Gewinn-)Steuern senken, damit in den Betrieben mehr Stellen entstünden, ist liberalkonservative Propaganda zugunsten der eigenen Klientel.

Durch eine derartige Steuerreform verschärfen sich die sozialen Gegensätze, weil sie Reiche und Superreiche entlastet, wohingegen vor allem mittlere Einkommen und bisher nicht Steuerpflichtige (durch die Kostenkompensation über höhere Verbrauchssteuern) zur Kasse gebeten werden dürften. Die von der Steuerreform vielfach erwartete Katalysatorwirkung im Hinblick auf das Wachstum der Wirtschaft (kon-

„Refeudalisierung“ der Sozialpolitik bedeutet: Privatwohltätigkeit und Fürsorge ersetzen den Anspruch auf Sozialhilfe; Leistungsgarantien werden in Spenden und Almosen umgewandelt.

Solidarisch handeln – Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für cubanische Fabriken und soziale Einrichtungen in den Bereichen:

Mir Eurer Spende ermöglicht Ihr den Kauf dringend benötigter Ersatzteile!

- Landwirtschaft
- Ernährung
- Gesundheit
- Textilindustrie
- Druckindustrie
- Stadtreinigung



Infos bei:

Solidaritätswerkstatt e.V.

Ludwigshöhstraße 42

64285 Darmstadt

Telefon und Fax: (0 61 51) 6 40 66

Spendenkonto: Postbank Frankfurt

BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02-6 03

Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!

POLITIKWECHSEL!

junkturelle Belebung), mehr ausländische Direktinvestitionen und die massenhafte Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders im Dienstleistungssektor dürfte sich als Illusion erweisen. Statt die Steuereinnahmen durch eine weitere Entlastung der Spitzenverdiener und Vermögenden zu senken, was – wie sich in den USA zeigt – leicht zur Verwüstung der öffentlichen Infrastruktur führt, müßten die Wohlhabenden stärker als bisher zur Kasse gebeten werden.

Die von der CDU/CSU/FDP-Koalition betriebene Amerikanisierung des Sozialstaates zieht eine Amerikanisierung der Sozialstruktur (Vertiefung der gesellschaftlichen Kluft zwischen Arm und Reich) nach sich. Längerfristig könnten die Lohn- und Einkommensspreizung zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, wie man sie nur aus Elendsregionen der sog. Dritten Welt kennt. Die soziale Polarisierung, d.h. die Potenzierung von Armut und Reichtum, verändert Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

Ansatzpunkte einer Gegenstrategie der Linken

Die demokratische Linke ist nicht nur wegen des kläglichen Scheiterns der Systemalternative zum Kapitalismus in die Defensive geraten, sondern auch geschwächt, weil sie – wie schon während des Kalten Krieges im Hinblick auf ihre Haltung zum Realsozialismus – in zwei Lager zerfällt, die sich bezüglich ihrer Einschätzung der Politik zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes unterscheiden. Mit der von Unternehmerverbänden und Bundesregierung forcierten, seit Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre geführten „Standortdiskussion“ wurde sie erneut gespalten: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände halten den „sozialen Frieden“ für einen Standortvorteil. Der wiederholte Hinweis auf die Gefährdung des „Standortfaktors sozialer Friede“ durch diverse „Sparprogramme“ der Bundesregierung war ein Ausdruck politischer Hilflosigkeit der Opposition. Umgekehrt begriffen linke Kritiker/innen die Standortdebatte als „Waffe im Verteilungskampf“, obwohl „Globalisierung“ mehr ist als eine Ideologie zur Stärkung der Kapitalmacht und zur Schwächung der Gewerkschaften.

SPD und Gewerkschaften haben sich weitgehend in die Globalisierungsdebatte einbinden lassen und nur immer wieder moniert, daß der – durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen gewährleistete – „soziale Frieden“ von Unternehmer- und Regierungsseite aufgekündigt oder gefährdet werde. Wer aber das Konzept, andere Volkswirtschaften durch eine aggressive Exportstrategie niederzukurrieren, grundsätzlich akzeptiert, muß auch tolerieren, daß die Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten im Rahmen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik absoluten Vorrang gegenüber Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen hat.

Übereinstimmung mit den Regierungsparteien signalisierte die Sozialdemokratie in der Diskussion über eine Steuerreform hinsichtlich der Möglichkeit, gemeinsam die Lohnnebenkosten und hier vor allem die Sozialversicherungsbeiträge zu senken. Die sich immer mehr durchsetzende Forderung nach Finanzierung sog. versicherungsfremder Leistungen aus allgemeinen Haushaltsmitteln erscheint auf den ersten Blick berechtigt, bei genauerem Hinsehen allerdings nur, wenn die erhöhte Steuerlast nicht einseitig den sozial Schwachen und versicherten Arbeitnehmer(inne)n selbst aufgebürdet wird, was aufgrund der Einkommenswirkungen indirekter Steuern zu befürchten ist. Sinnvoller wäre die Erhebung einer Vermögens-, Ergänzungs- bzw. Arbeitsmarktabga-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



be, um Selbständige, Freiberufler und Beamte stärker an den Kosten des sozialpolitischen Interventionismus zu beteiligen.

Statt des allgemeinen Lamentos über die Höhe der Lohn- und Lohnnebenkosten in Deutschland wäre eine Diskussion über den Sinn von Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenzen innerhalb der gesetzlichen Sozialversicherung nötig. Statt über das „Lohnabstandsgebot“ für die Sozialhilfe zu streiten, hätte man die Notwendigkeit von Mindestlöhnen thematisieren müssen. Arbeitslosigkeit und Armut in mehrfacher Millionenhöhe lassen die Forderungen nach einer sozialen Grundsicherung und einer Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) aktueller denn je erscheinen, obwohl sie gerade jetzt nicht mehr erhoben werden.

Seit die liberalkonservativen Regierungen in Großbritannien und Frankreich abgewählt wurden, hat sich die Chance der Linken hierzulande erhöht, die CDU/CSU/FDP-Koalition und Bundeskanzler Helmut Kohl zu stürzen. Die öffentliche Kritik am „Kasinokapitalismus“ (Susan Strange) und am Standortnationalismus wird zunehmen, auch wenn sich noch kein offener Widerstand gegen weitere Wohlstandseinbußen regt. Darauf deuten die politischen Streiks der Arbeiter/innen bei Mercedes-Benz (für den Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Beteiligung am wachsenden Unternehmensgewinn), der Bergleute an Saar, Rhein und Ruhr (um die Kohlesubventionen) oder der Stahlwerker (gegen die „unfreundliche Übernahme“ von Thyssen durch Krupp Hoesch) hin. Offenbar ist die Geduld vieler Opfer der Umverteilung „von unten nach oben“ und des Sozialabbaus erschöpft.

Fast drei Jahrzehnte nach der legendären Studentenrevolte wird es Zeit für ein „neues '68“, für eine zweite Reformoffensive, die Gesellschaftspolitik auch jenseits parlamentarischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse betreibt, das Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes einzulösen sucht und weder vor herrschenden Autoritäten noch bestehenden Machtverhältnissen viel Respekt zeigt. Dabei werden traditionelle Protestformen ebenso wenig im Mittelpunkt stehen wie das Modell eines paternalistischen Wohlfahrtsstaates, sondern erst noch zu erprobende Möglichkeiten demokratischer Partizipation, politischer Willens- bzw. Entscheidungsbildung und einer neuen Kultur der Solidarität.

spw

Staatsflankierung von Arbeitszeitverkürzung

Neue Strategien arbeitszeitorientierter
Beschäftigungspolitik

von Frank Wilhelmy*

Wachstum allein
kann nie und
nimmer das Arbeits-
volumen ausrei-
chend erhöhen, um
auch nur in die
Nähe einer Vollbe-
schäftigungsoption
zu gelangen.

„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des anderen Teils und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee auf einem dem Fortschritt der gesellschaftlichen Akkumulation entsprechenden Maßstab.“ Karl Marx: Das Kapital I, MEW 23, S. 665f.

Arbeitslosigkeit kostet gewaltige Summen. Die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit in Deutschland liegen 1997 bei 180 Milliarden DM. Zum Vergleich: Die gesamte jährliche Staatsverschuldung der Bundesrepublik beträgt demgegenüber 138 Mrd. DM (1996). Ein/e „Durchschnittsarbeitslose/r“ kostete 1996 im Westen ca. 49.000 DM bei Bezug von Arbeitslosengeld, bei Arbeitslosenhilfe sind es 40.000 DM. Im Osten sind es jeweils DM 38.000/33.000.

Während von der Bundesregierung die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft werden,

fehlt es bei der SPD, den Grünen und der PDS, in der Linken insgesamt an einer realistischen, d.h. durchgerechneten und zeitnahen Vollbeschäftigungsprogrammatik, die die Instrumente präzise benennt und auch bereit wäre, für die politische Durchsetzung von Vollbeschäftigungspolitik zu mobilisieren und zu kämpfen. Zwar liegen einige Elemente vor (vgl. den Beitrag von R. Krämer in diesem Heft), es existiert aber kein politisches Programm, daß die vorstellbaren Elemente addiert und dafür mobilisiert. Und – schlimmer noch – die Addition der Programmelemente wäre bei weitem nicht ausreichend. Gleichzeitig fangen führende sozialdemokratische PolitikerInnen damit an, sich gegenseitig mit Verabschiedungen des Vollbeschäftigungszieles zu überbieten: Mosdorf, Schröder, Simonis ...

Beschäftigungspolitik fand in Deutschland in den letzten Jahren nur noch in den Tarifrunden statt, bzw. durch die langwierig und mit Streik durchgesetzte und letztlich mit der Lohntüte bezahlte Gewerkschaftspolitik der Arbeitszeitverkürzung (AZV). Und da sieht die aktuelle Lage deprimierend aus: Die bisherigen tariflich vereinbarten regelmäßigen jährlichen AZV sind mittlerweile fast zum Stillstand gekommen. Während die tarifliche Wochenarbeitszeit West von 1984 bis 1990 im Schnitt um 2 Stunden und 20 Minuten (von 40 auf 37,7) reduziert wurde, ging sie in den folgenden Jahren bis 1995 nur um weitere 20 Minuten auf 37,4 Stunden zurück. Es kommt noch dicker: Die nächste große Tarifrunde im Metallbereich, bei der Arbeitszeitfragen anstehen, findet erst 1999 statt. Vorher läuft also (es sei denn „freiwillig“) nichts. Vielfach hat die linksalternative Öffentlichkeit diesen Umstand noch gar nicht richtig begriffen: Bis 1999 wird die Massenarbeitslosigkeit im glücklichsten Falle stabil hoch sein und nicht weiter eskalieren. Denn: Grundsätzlich gibt es systematisch nur zwei Strategien der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit:

- durch Wachstum der Wirtschaft und damit des Arbeitsvolumens – und
- durch Verteilung des Arbeitsvolumens (durch Steuerung des Erwerbepersonenpotentials und AZV in allen Varianten).

Während die Verteilung des Arbeitsvolumens durch AZV als allgemein potentiell wirkungsvollste

Maßnahme eingeschätzt werden kann, haben alle wachstumsorientierten Strategien (auf die sich z.B. die bisher diskutierten politischen Vorschläge der SPD hauptsächlich reduzieren lassen) drei Nachteile bzw. Grenzen. Zunächst ist die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes in der Industrie und bei hochtechnisierten Dienstleistungen sehr teuer (Kosten von einigen Hunderttausend bis zu Millionen DM). Zweitens ist nicht jedes Wachstum, sondern nur noch „nachhaltiges“ Wachstum wünschenswert. Dies bedeutet, daß eine qualifizierte Wachstumspolitik generell mit niedrigeren Raten rechnen müßte. Drittens schließlich müßte es trotzdem dauerhaft und langfristig zu Wachstumsraten höher als das Produktivitätswachstum kommen, um zur Erhöhung von Beschäftigung und vermittelt zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Für Deutschland wäre ein Mindestwachstum von etwa 2,5% nötig. Aktuell jedoch liegt das Produktivitätswachstum in Deutschland über dem Wirtschaftswachstum!

Nimmt man die erwähnten Restriktionen zur Kenntnis, ist die Schlußfolgerung klar. Wachstum allein kann nie und nimmer das Arbeitsvolumen ausreichend erhöhen, um auch nur in die Nähe einer Vollbeschäftigungsoption zu gelangen. Nur Arbeitszeitverkürzung – und zwar in radikaler Form – könnte die raschen Beschäftigungseffekte zeigen, die für eine Vollbeschäftigungspolitik unabdingbar sind.

Neue IG-Metall-Offensive in der Arbeitszeitfrage

Der aktuelle und heftig auch innergewerkschaftlich umstrittene Vorstoß des IG Metall-Chefs Zwickel auf dem Beschäftigungskongreß des DGB in Berlin, Einführung der 32-Stundenwoche bis 1999 und Verzicht auf vollen Lohnausgleich, hat eine mögliche Offensive in der Arbeitszeitfrage eingeleitet. Zwickel knüpfte an Überlegungen eines Vorschlages vom Januar 1996 für ein spezielles Bündnis für Arbeit Ost an. Damals sollte im Osten die Einführung der 35-Stundenwoche vorgezogen werden (dort gilt immer noch die 38-Stundenwoche bis Ende 1998). Damit sollten bis zu 33000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die Finanzierung sollte drittelparitätlich erfolgen (1 Stunde durch die Arbeitgeber, 1 Stunde durch die

* Dr. Frank Wilhelmy, Bonn, Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion. Der Beitrag ist die Kurzfassung eines 28-seitigen Memorandums, das beim Autor angefordert werden kann (F.WILHELMY@LINK-DO.soli.de).

ArbeitnehmerInnen, 1 Stunde durch die Bundesanstalt für Arbeit). Die IG Metall hatte für Ostdeutschland ausgerechnet, daß die Bundesanstalt für Lohnkostenzuschüsse für 33000 Beschäftigte 500 Millionen DM ausgeben müßte, gleichzeitig aber eine Milliarde DM an Lohnersatzleistungen sparen könnte. Der Gedanke der Drittelparität bei der Finanzierung von AZV ist nunmehr wiedergekehrt und enthält als strategisch neues Element die Einbeziehung des Staates in die Tarifpolitik, insbesondere als Unterstützung für AZV und als Garant für einen Teil des Lohnausgleiches.

Wichtig ist, den strategischen Hintergrund des Vorschlages richtig einzuordnen. Aus Sicht einer hergebrachten Forderung nach „vollem“ Lohnausgleich ist der Ansatz gleichsam ein Tabubruch. Aus Sicht einer realistischen Bewertung der bisherigen Strategien und Ergebnisse gewerkschaftlicher Tarifpolitik jedoch ist der Vorschlag zunächst lediglich eine erzwungene Anpassung an die Realität und damit auch nicht mit dem Mobilisierungsnachteil erhöhter Erwartungen belastet. Er ist ironischerweise noch relativ pfiffig, da ja – weil der „volle Lohnausgleich“ nie allzu präzise definiert war, lediglich eine nie umgesetzte Maximalposition gegen eine Realposition unter dem Titel teilweiser Lohnausgleich getauscht wurde, und nun die Tarifpolitik unter den gleichen Verteilungsgegebenheiten aber mit mehr politischem Druck und ohne reales zusätzliches Opfer fortgesetzt werden könnte.

Um diese Einschätzung nachzuvollziehen, muß man sich vergegenwärtigen, was AZV und Lohnausgleich eigentlich bedeuten. Beim Begriff des (vollen) Lohnausgleiches herrscht ein heilloses Durcheinander. Es wird meist – bewußt oder unbewußt – nicht unterschieden zwischen Nominal-, Real- und Effektivinkommen einerseits und dem zur Verfügung stehenden tariflichen Verteilungs-„Kuchen“ (die Höhe der Inflationsrate, das Produktivitätswachstum – sowie eine in den letzten Jahren in Vergessenheit geratene Umverteilungskomponente) andererseits. Meist ging es der gewerkschaftlichen Tarifpolitik nolens volens um die Absicherung der Nominallöhne. D.h. die Stundenlöhne wurden soweit angehoben, daß mit Ihnen nach der AZV das nominale Lohn Einkommen gesichert wurde.

Faktisch mußten stets AZV mit geringeren Lohnsteigerungen bezahlt werden, was stets „Verzicht“ bedeutete, bzw. „Solidarität in einer Klasse“ war und dennoch als AZV mit vollem Lohnausgleich bezeichnet werden konnte. Worum es nunmehr geht, ist, daß bei rascheren Schritten der AZV das Verteilungsvolumen nicht mehr für den vollen, sprich den Nominallohn ausgleich reicht und eine Umverteilung zuungunsten der Unternehmerseite bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen recht unwahrscheinlich ist. Trotzdem soll AZV mit tarifpolitischen Mitteln weitergeführt werden. Die sind allerdings mehrfach begrenzt:

- durch Überlastung und Überfrachtung, Alleinelassen der Tarifpolitik,
- durch die Interessenlage von Unternehmen (Verlust des Druckmittels bei Abbau der Arbeitslosigkeit) aber auch der Beschäftigten (der Eigennutz einer Lohnsteigerung steht gegen das objektive Interesse an Arbeitsplatzsicherheit),
- durch die Begrenztheit des Verteilungsspielraumes,
- durch die Erfahrung, daß AZV zu Einkommenseinbußen und Arbeitsverdichtung geführt hat (das bedeutet psychologisch eine Motivationsgrenze und ökonomisch eine reale Einkommensgrenze – bei den unteren Gruppen).
- Schließlich hat AZV ohne Einkommensausgleich (wenn die reale Lohnsumme nach der AZV inklusive neuer Beschäftigung gesunken ist) nachfragepolitisch kontraproduktive Wirkung und ruiniert die arbeitsmarktpolitischen Effekte der AZV.

Zuviel Last liegt also auf der Tarifpolitik, eine gesellschaftspolitische Entlastung der Tarifpolitik ist gefordert, nicht nur um die Erfolgsbedingung von tarifpolitischer Beschäftigungspolitik zu verbessern, sondern um den Schritt zu einer *integralen Vollbeschäftigungspolitik* zu vollziehen, die Wachstums- und Verteilungspolitik, Tarif- und staatliche Gesellschaftspolitik miteinander verbindet.

Es geht strategisch um drei nur gleichzeitig funktionierende Aufgaben:

- einen Wiederbeginn und radikale Steigerung von AZV zu erreichen
- AZV mit Lohnausgleich im Sinne einer Vermeidung von Nachfrageausfällen (gleichbleiben der realen Lohnsumme) zu vereinbaren

- den begrenzten Spielraum der Tarifpolitik auszuweiten im Hinblick auf den Verteilungsaspekt und das Kräfteverhältnis der Tarifparteien.

Die Schlußfolgerung kann nur sein: Arbeitszeitpolitik muß weit stärker politisiert werden (Verantwortung des politischen Systems und gesellschaftliche Wirkung) und der Staat muß strategisch intensiv mit einbezogen werden.

Eine Erweiterung des Verteilungsspielraums für radikale AZV ist nur durch das vollständige Ausschöpfen des „Tarifkuchens“ einerseits und durch zusätzliche finanzielle Beteiligung von Gesellschaft und Staat zu erzielen.

Der ehemalige französische Premier Rocard hat 1996 in einem Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung des Europa-Parlamentes als einer der ersten auf europäischer Ebene darauf verwiesen, daß es die bereits existierenden fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit sind, deren umgewidmetes Volumen den verteilungspolitisch neutralen Rahmen eines relevanten Mitteleinsatzes für Beschäftigung definiert.

Die Frage ist allerdings, wie dieses Finanzvolumen mit staatlichen Instrumenten arbeitszeitpolitisch eingesetzt werden könnte.

Für ein neues „Bündnis für Arbeit“ – Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Ralf Krämer (spw 1/97) hat AZV zu Recht als Kernelement eines neuen „Bündnis für Arbeit“ ausgemacht. Seine Vorschläge gingen dahin, bei unteren Lohngruppen die potentiellen Einbußen durch AZV durch Hilfen der BA für Arbeit auszugleichen und Qualifizierungsmaßnahmen auszuweiten. Ähnliche Überlegungen wurden bereits Anfang 1996 auf der crossover-Konferenz der Zeitschriften spw, Utopie kreativ und Andere Zeiten breiter diskutiert und in einer Erklärung verabschiedet – vgl. spw 2/1996.

Eine Reihe von Modellen ist über diese Ansätze hinaus denkbar. Ein Kerngedanke ist dabei wichtig: Mittlerweile hat sich die Überzeugung recht weit verbreitet, daß es besser sei, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Ein wichtiger Schritt wäre weiterzugehen: *Arbeitszeitverkürzung muß statt Arbeitslosigkeit finanziert werden!* Der zentrale Unterschied besteht in der Verteilungswirkung.

Arbeitszeitpolitik muß weit stärker politisiert werden (Verantwortung des politischen Systems und gesellschaftliche Wirkung) und der Staat muß strategisch intensiv mit einbezogen werden.

Mittlerweile hat sich die Überzeugung recht weit verbreitet, daß es besser sei, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Ein wichtiger Schritt wäre weiterzugehen: Arbeitszeitverkürzung muß statt Arbeitslosigkeit finanziert werden!

Wenn AZV finanziert wird, verteilen sich die Arbeitsplätze, d.h. steigt die Beschäftigung bei gleichem Arbeitsvolumen. Das Niveau der Gesamtarbeitszeit bleibt gleich und daher werden gleichzeitig vorhandene Arbeitsplätze gesichert. Eine reine Lohnsubventionierung von Arbeitsplätzen soll demgegenüber das Arbeitsvolumen bzw. die Gesamtarbeitszeit erhöhen und läßt das Niveau der individuellen Arbeitszeit gleich, verspielt also mögliche Verteilungseffekte bzw. bleibt in der Schere der permanenten Produktivitätsfortschritte, die ohne erhebliches Wachstum oder entsprechende AZV stets zum Abbau von Beschäftigung führt.

Beispiele existierender staatlich finanzierter Arbeitszeitverkürzungsmodelle

Ohne daß es als das bezeichnet wird, was es real ist, existiert bereits eine Vielfalt faktischer staatlicher Subventionierungen von Arbeitszeitverkürzungen. Zu nennen wären (mittlerweile gekürzt oder abgeschafft) Altersteilzeit, Frühverrentungen, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld. Auch Arbeitslosengeld und -hilfe, zum Teil Sozialhilfe sind in gewisser Weise zynische Förderung von AZV – nämlich auf Null mit Teillohnausgleich und ohne jede Beschäftigungswirkung.

Robien-Gesetz in Frankreich

Im August 1996 trat in Frankreich das nach seinem Schöpfer, dem liberalkonservativen (!) UDF-Abgeordneten Gilles de Robien benannte „Gesetz de Robien“ in Kraft. In seiner „offensiven“ Variante sieht das Gesetz eine Subventionierung von AZV bei der Schaffung neuer Stellen vor: Einem Unternehmen, das die Arbeitszeit um 10% senkt und für mindestens 2 Jahre 10% mehr Beschäftigte neu einstellt, wird vom Staat im Ausgleich für 7 Jahre ein Anteil der Sozialabgaben für die Beschäftigten erlassen. Im ersten Jahr beträgt die Entlastung 40% des Arbeitgeberanteils, danach 30%. Nach Schätzungen subventioniert der Staat dadurch jeden neuen Arbeitsplatz mit umgerechnet rund 23.700 DM (FAZ 29.10.96; Wirtschaftswoche 12/97), was verglichen mit den hiesigen Kosten allein für die Finanzierung eines einzelnen Arbeitslosen nicht dramatisch erscheint. Viele Beobachter gehen in Frankreich von einer weitgehenden Selbstfinanzierung des Gesetzes aus, da das Aufkommen späterer Beitragszahler die

Ausgaben für das Gesetz ausgleichen könnten.

Bislang haben über 200 Unternehmen in Frankreich das Gesetz angewendet – allerdings auch in einer „defensiven“ Variante, wo über AZV und Subventionierung lediglich Entlassungen verhindert werden konnten. So geschehen z.B. bei dem Großunternehmen Moulinex, wo 750 Arbeitsplätze gerettet werden konnten. Mittlerweile gerät das Gesetz beim Unternehmerlager unter Beschuß, nicht etwa weil es wirkungslos wäre, sondern gerade wegen der Wirksamkeit. Die Unternehmer befürchten neben den langfristigen Kosten insbesondere, daß die Löhne zu sehr steigen könnten. Hony soit qui mal y pense. Erstaunlicherweise wurde dieses Gesetz in der Bundesrepublik bisher von keiner Seite beachtet und diskutiert. Das sollte sich dringend ändern.

Ansätze in der Bundesrepublik

Erstmalig kamen in der Bundesrepublik immerhin ähnliche Überlegungen auf, als das spätere VW-Modell verhandelt wurde. Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit sollten die Umsetzung erleichtern. Natürlich kam es nicht dazu und die Belegschaft mußte die „Solidarität in einer Firma“ selbst bezahlen.

AZV-Subvention statt Lohnsubventionen

Alle beschäftigungspolitisch angelegten Lohnsubventionierungsmodelle – jüngst wurde von der SPD-Bundestagsfraktion die vollständige Entlastung von Sozialabgaben für „einfache“ Arbeitsplätze vorgeschlagen – sind systematisch Finanzierung von Arbeit – ohne daß das Arbeitszeitinstrument genutzt würde. Sie teilen jedoch die erheblichen Mängel der Lohnsubvention (Mitnahmeeffekte, Lohndumping), ohne die Vorteile der AZV zu nutzen. Logisch wäre jedoch immerhin der Schritt von der Finanzierung der Arbeit zur Finanzierung der AZV nicht mehr groß. Die strittige Debatte um die kontroversen und z.T. wenig hilfreichen Vorschläge eines Bürgergeldes, einer Negativsteuer (Fritz Scharpf) oder eines garantierten (zweiten, staatlichen) Grundeinkommens oder eines erwerbsbezogenen „zweiten Schecks“, wie ihn André Gorz vorschlug, könnte einen entscheidenden Schritt weitergebracht bzw. aufgelöst werden, wenn man statt Lohn- oder Sozialsubventionen AZV-Subventionen diskutieren würde. Subventionsleistungen für AZV

stellen gewissermaßen eine Kombination aus den Subventionsvorschlägen des einen Teils der Linken mit der Erwerbsarbeitsorientierung des anderen Teiles dar. Sie könnten weit akzeptabler sein, da sie die Mängel der reinen Subventions- und Ersatzleistungsmodelle nicht aufweisen.

Vorschlag eines Maßnahmenpaketes staatlich flankierter AZV

Nachfolgend sollen einige Modell-elemente skizziert werden, die AZV und Vollbeschäftigungspolitik weiterbringen könnten. Die Einzelmaßnahmen schließen sich nicht aus, sondern ergänzen einander bzw. verstärken die Gesamtwirkung:

1. Ein neues Arbeitszeitgesetz

Zu den Merkwürdigkeiten der deutschen Debatte gehört, daß anders als in Frankreich niemand über die einfachste Variante einer administrativen Flankierung von AZV nachzudenken scheint – ein neues Arbeitszeitgesetz. Das gültige, von der Bundesregierung 1994 novellierte Arbeitszeitgesetz bietet den Rahmen für Arbeitszeitverlängerungen. Erlaubt wurde nicht nur die 48-Stundenwoche mit einer täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden, sondern auch die 60-Stundenwoche mit einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden innerhalb eines halbjährlichen Ausgleichszeitraumes.

Ein neues Arbeitszeitgesetz müßte demgegenüber eine mittelfristige Rahmenbedingung für AZV bieten. Ein neues AZG könnte die 37-Stundenwoche ab sofort festschreiben, die 35-Stundenwoche ab dem Jahr 2000 und die 30-Stundenwoche ab 2005 als Regel-Wochenarbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung. Dies würde durchaus verteilungspolitisch neutral erfolgen können – ganz in Anlehnung an die strukturell ähnlichen Debatten um eine Öko-(be)steuerung der Ökonomie. Die Definitionsgrenzen für Teilzeitarbeit würden angepaßt. Sozialversicherungsfreie Arbeit dürfte es nicht mehr geben (geringfügige Beschäftigung etc.) Die Höchstgrenze für Überstunden könnte z.B. bei 5 Stunden über der Wochenarbeitszeit liegen. Überstunden müßten grundsätzlich durch Freizeit ausgeglichen werden. – Auf eine/n Arbeitnehmerin entfielen 1996 durchschnittlich 62,1 Stunden (Ost: 42,0; 1995: 69 bzw. 48,3 Stunden), was 4,1 % (1995: 4,6; Ost: 2,6/3,0) des Arbeitsvolumens entspricht. 1,8 Milliarden Überstunden haben die deut-

Subventionsleistungen für AZV stellen gewissermaßen eine Kombination aus den Subventionsvorschlägen des einen Teils der Linken mit der Erwerbsarbeitsorientierung des anderen Teiles dar.

schen ArbeitnehmerInnen 1996 geleistet. Das entspricht bei einer Durchschnittsjahresarbeitszeit im Jahr 1996 von 1519 Stunden pro Beschäftigten (Ost: 1593, West: 1502) rein rechnerisch rund 1.185.000 Arbeitsplätzen. Müßte jede Überstunde strikt mit Freizeit abgegolten werden und zieht man Produktivitätseffekte bei einem Überstundenabbau ab, könnten sicher zwischen einem Drittel und der Hälfte des Volumens Beschäftigungseffekte zeigen – also zwischen 400.000 und 600.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Allerdings wäre dies eine Arbeitszeitverkürzung ohne jeden Lohnausgleich, die deswegen innerbetrieblich kompensiert werden oder schrittweise erfolgen müßte.

2. Die Kampfkraft der Gewerkschaften stärken

Die Streikfähigkeit der Gewerkschaften muß verbessert werden, indem die alte Fassung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes wiederhergestellt wird. Der gesetzliche Kündigungsschutz muß ebenfalls massiv verbessert werden.

3. Änderung der Instrumente der Arbeitsförderung

Der Vorschlag der IG Metall nach Einführung der 32-Stundenwoche (Reduzierung um drei Stunden gegenüber der geltenden 35-Stundenwoche in der Metallindustrie und Finanzierung durch die Drittelparität) und entsprechende AZV in anderen Wirtschaftsbereichen wird durch eine entsprechende Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes abgesichert.

4. Ein deutsches „Robien-Gesetz“

5. Arbeitszeitorientierte Steuerpolitik

Michel Rocard hat aktuell in Frankreich ein Modell vorgeschlagen, wonach die Sozialabgaben bei 30 Stunden Arbeit um ein Drittel gesenkt, bei mehr Arbeit um ein Drittel erhöht werden. Auch hier könnte in der Bundesrepublik ähnlich vorgegangen werden: die Lohnnebenkosten unterliegen einer arbeitszeitabhängigen Progression. D.h. jede Stunde über einem bestimmten Arbeitszeitpensum (z.B. orientiert an der Halbtagsarbeit einer 17- oder 15-Stundenwoche) wird stärker und progressiv belastet, darunter gilt das Umgekehrte. Die Berechnung muß je Erwerbstätigen erfolgen, damit mehrere gleichzeitige Teilzeitarbeitsverhältnisse günstiger als ein arbeitszeitreduziertes Vollzeitarbeits-

verhältnis sind. Die Leistungsansprüche sollen sich aber weiterhin nach den Normalsätzen berechnen. Das Verfahren belastet ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gleich und fördert AZV und entlastet gleichzeitig diverse Formen von „Teilzeit“. Insgesamt würde so ein marktwirtschaftliches Interesse an AZV stimuliert. Und verteilungsneutral umsetzbar wäre dieses Vorgehen ebenfalls.

6. Qualifikationsförderung mit AZV verbinden

Staatliche Förderung von Weiterbildung und Qualifikation in bezahltem wie unbezahltem Urlaub/Freistellung oder von „Sabbaticals“, wobei mindestens die Sozialabgaben von der öffentlichen Hand übernommen werden und der Anspruch auf Rückkehr auf den Arbeitsplatz erhalten bleibt.

Die Vorteile der vorgeschlagenen Modelle

- Ein sehr hoher Selbstfinanzierungseffekt der Förderung von AZV über die Einsparungen bei den fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit ist vorhanden. Auf eine Berechnung des notwendigen und möglichen Finanzierungspotentials muß hier jedoch verzichtet werden.
- Ohne massive Arbeitszeitverkürzung wird es nie mehr so etwas wie Vollbeschäftigung geben können. Wer dies verschweigt, täuscht sich oder die Öffentlichkeit. Notwendig ist eine *integrale* Vollbeschäftigungspolitik, die Wachstumsförderung, Strukturwandel, Qualifikation und Bildung, Einrichtung öffentlicher Beschäftigung und AZV kombiniert. Rechnerisch könnten bei einer 10%igen AZV bei einem Arbeitsvolumen (1995) von 44.413 Millionen Arbeitsstunden (West; Ost: 10.714) in der Gesamtwirtschaft und 1561 bzw. 1670 Durchschnittsarbeitsstunden pro Beschäftigten etwa 3,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Je nach Umsetzung der AZV wären das real 1,7 bis etwa 2,5 Millionen Beschäftigte mehr. Die Einführung der 30-Stundenwoche in der Wirtschaft käme grob einer 20%igen AZV gleich und würde real 3,5 bis 5 Millionen Arbeitsplätze neu schaffen.
- AZV-Modelle haben über die Beschäftigungswirksamkeit hinaus noch vier Vorzüge: Sie erleichtern die partnerschaftliche Teilung der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern bzw. Lebenspartnern, sie könnten ein Bei-

trag zur Humanisierung der Arbeit sein, sie schaffen Möglichkeiten zu Muße, Kreativität und politischer Teilhabe und fördern die Entwicklung eines nachhaltigen und humanen Zukunftsmodells von Arbeit. Ohne radikale AZV verblieben gerade die fortgeschrittenen Debatten und Perspektiven einer Feminisierung der Gesellschaft bzw. einer „doppelten Umverteilung“ ohne entscheidenden Hebel.

- Auch unter Bedingungen der „Globalisierung“ ist diese Form der Beschäftigungspolitik machbar und finanzierbar.
- Ein ernstes Problem bei offensiven und defensiven (zur Abwehr von Entlassungen) betriebenen tariflichen AZV war die schwierige organisatorische und rechtliche Sicherstellung tatsächlicher Neubeschäftigung bzw. Beschäftigungssicherung. Diese Probleme werden bei staatlicher Intervention und durch eine Bundesgesetzlichkeit vereinfacht. Die Absicherung von Beschäftigungseffekten steigt.
- Das Tarifvertragssystem würde nicht etwa geschwächt durch staatliche „Einmischung“. Im Gegenteil, die Existenz der Flächentarifverträge würde gestärkt.
- Wenn die Lohnsubvention bereits als wirksames Instrument zur Schaffung von Beschäftigung auch vom Arbeitgeberlager diskutiert, anerkannt, ja gar gefordert wird, läßt sich eine AZV-Subvention schwerer ablehnen. Gleichzeitig teilt das AZV-Subventionsmodell aber nicht die erheblichen Nachteile von Lohnsubventionen. Es kann nicht zu Lohndumping, Mißbrauch, Mißnahmeeffekten und Billigarbeitsförderung kommen.
- Über die Gestaltung der Finanzierung läßt sich der Verteilungsspielraum für AZV mit Lohnausgleich einerseits erweitern im Sinne einer Vergrößerung des „Kuchens“ – Nutzung brachliegender Mittel, bessere Verteilung sowie generell Zusatzmittel – andererseits lassen sich aber auch kurzfristig und perspektivisch auch mittel- und langfristig umverteilungspolitische Effekte erzielen (Belastung hoher Privatvermögen und Einbeziehung der Banken- und Wirtschaftsvermögen und Gewinne). Die gesamtökonomisch nachteiligen Nachfrageausfälle können vermieden werden durch optimierte Finanzierungsmixturen, und mittelfristig durch ein Ansteigen der Löhne. Schon der alte sozialdemo-

Zu den Merkwürdigkeiten der deutschen Debatte gehört, daß anders als in Frankreich niemand über die einfachste Variante einer administrativen Flankierung von AZV nachzudenken scheint – ein neues Arbeitszeitgesetz.

kratische Sozialpolitiker und -theoretiker Eduard Heimann wußte 1929, daß die künstliche Verknappung des Arbeitsmarktes eine wichtige Voraussetzung für Lohnerhöhungen darstellt.

- Die grundsätzliche Erwartung ist, daß die vorgeschlagenen Reformen gesellschaftliche Räume öffnen, die Zivilgesellschaft stärken und insbesondere durch die Unterstützung

und Verbesserung gewerkschaftlicher Macht weitere Reformen ermöglichen, die erreichten Erfolge absichern und die mittelfristig unausweichliche Auseinandersetzung um massive Rückverteilung von „oben“ nach „unten“ vorbereiten können. Mittel- und langfristig wird mit radikaler AZV nämlich der Boden für eine reale Ausweitung des Verteilungsrahmens vorbereitet: Umverteilung

(Rückverteilung) zugunsten der lohnabhängig Beschäftigten.

- Insgesamt könnte ein Stück Handlungsmacht der Politik sowohl dokumentiert als auch zurückgewonnen werden, was in Zeiten von Entstaatlichung, Entpolitisierung und sogenannten „Sachzwängen“ im Rahmen der Standort- und Globalisierungsliturgien nicht wenig wäre.

spw

Der Verfall des „schwedischen Modells“ und die Lage der Frauen

von Susanne Schunter-Kleemann*

1. Kernelemente des schwedischen Modells aus frauenpolitischer Perspektive

Die Blütezeit des schwedischen Politikmodells reichte von den 40er bis Anfang der 80er Jahre und deckte sich mit der beinahe ununterbrochenen Regierungszeit der Sozialdemokraten. Die Frage, warum und wann das schwedische Modell der sozial regulierten Ökonomie in die Krise geraten ist, wird sehr kontrovers debattiert. Hier können nur sehr ausschnitthaft einige der veränderten Rahmenbedingungen, der inneren Widersprüche und Strukturprobleme der schwedischen Ökonomie skizziert und in ihren dramatischen Folgen für die Arbeitsmarkt- und Lebenssituation der Schwedinnen erörtert werden.

1.1. Global orientierte, kapitalkonzentrierte Wirtschaftspolitik

Schweden ist eine kleine offene Volkswirtschaft mit einer der höchsten Exportquoten im OECD-Vergleich. Es ist zugleich Stammland

vieler multinationaler Konzerne, deren Mitarbeiterzahlen und Umsätze im Ausland die des Inlands in den meisten Fällen weit übersteigen (Volvo, SAAB, Ericsson u.a.). Die Vereinten Nationen schätzten 1992, daß es in der Welt insgesamt etwa 35.000 multinationale Unternehmen gibt, von diesen haben etwa 2.700 ihren Sitz in Schweden (Schwedens Wirtschaft 1995, 2). Die Basis der Expansion schwedischer Konzerne auf dem Weltmarkt lag ursprünglich in Grundstoffindustrien, sie hat sich aber auf der Grundlage technischer Erfindungen schwedischer Forscher im Zuge der Handelsliberalisierung nach dem zweiten Weltkrieg immer rascher in hochspezialisierte Bereiche der metallverarbeitenden, holzverarbeitenden, chemischen und elektrotechnischen, v.a. auch der Rüstungsindustrie verlagert. Umfangreiche Fusionen haben dazu beigetragen, daß weite Teile der Industrie unter den Einfluß von wenigen großen „Finanzfamilien“ geraten sind (Hagemann/Trautwein 1990, 249).

Zu dieser enormen Kapitalkonzentration hat die Politik sozialdemokratischer Regierungen seit den 30er Jahren nicht unerheblich beigetragen. Vor allem das System der Unternehmensbesteuerung hat die Entwicklung von Großkonzernen extrem begünstigt, indem es einerseits großzügige Abschreibungs- und Rücklageregelungen gewährte und andererseits mit der Doppelbesteuerung ausgeschütteter Gewinne durch die Körperschaftssteuer und einer stark progressiven Einkommenssteuer drohte (Hagemann/Trautwein 1990, 250). Hier lagen auch die Wurzeln einer langjährigen Interessenkoalition und -verflechtung zwischen „Big Business“, Sozialdemokratie und Industriegewerkschaften. Klassische sozialistische

Forderungen nach der Verstaatlichung von Privatkapital standen seit Ende der 30er Jahre nicht mehr auf dem Programm, seit sich die sozialdemokratische Partei (SAP) dauerhaft an der Macht behaupten konnte. An ihre Stelle waren vielmehr keynesianische Konzepte antizyklischer Steuerung des Wirtschaftsprozesses, pragmatische Strukturprogramme sowie der stetige Ausbau des Wohlfahrtsstaats getreten.

Die Auffassung, daß soziale Ziele durch weltmarktorientierte Privatwirtschaft und sozialdemokratisch geprägte Verteilungspolitik am Besten zu erreichen seien, stand im Kern eines umfassenden sozialpartnerschaftlichen Kooperationsprogrammes. Interessenkonflikte zwischen Arbeit und Kapital sollten grundsätzlich auf dem Verhandlungswege und letztlich auf zentraler Ebene zwischen den Dachverbänden der Arbeitgeber (SAF) und Gewerkschaften (LO) ausgehandelt werden. Im Gleichlauf zur massiven Unternehmens- und Vermögenskonzentration in der schwedischen Wirtschaft kam es infolgedessen in den 60er und 70er Jahren zu einer außergewöhnlichen Machtkonzentration bei den Verbandsspitzen der großen Arbeitsmarktparteien (Hagemann/Trautwein 1990, 252).

1.2. Vollbeschäftigung durch Beschäftigungsausweitung im öffentlichen Sektor

Ein vorrangiges Ziel der sozialdemokratischen Wachstumspolitik der 70er und 80er Jahre war es, die aus der nur schwachen wirtschaftlichen Expansion im industriellen Sektor entstehenden Beschäftigungsprobleme durch eine Vielzahl von Instrumenten der Struktur-, Regional- und Technologiepolitik aufzufangen. Eine Besonderheit aller nordischen Staaten war die starke Ak-

Gleichstellungspolitisches Markenzeichen war, daß Arbeitszeit-ermässigung und -flexibilisierung sehr weitgehend auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern Rücksicht nahmen.

* Dr. Susanne Schunter-Kleemann ist Professorin am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Bremen.

Vorschulkinder in staatlich finanzierter Tagesbetreuung, nach Alter und Betreuungsform, 1989 (in Prozent)						
Alter der Kinder	Dänemark		Norwegen		Schweden	
	0-2	3-6	0-2	3-6	0-2	3-6
Betreuungsform						
in Tagesstätten	19.0	58.0	9.0	54.0	18.0	61.0
in Familien	28.3	8.1	1.0	0.6	11.4	20.1
Gesamt	47.3	66.1	10.0	54.6	29.4	81.1

Quelle: NORD 1991:1, tables 218-19, pp.370-2, Tabelle nach Leira 1993:55 (übersetzt)

zentsetzung auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik im öffentlichen Sektor. Mit der kontinuierlichen Beschäftigungsausweitung im öffentlichen Bereich wurde die Verwirklichung von drei wohlfahrtsstaatlichen Idealen verknüpft:

- Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung;
- Ausweitung und qualitative Verbesserung der Leistungen im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsreich;
- Maximierung der Beschäftigungsteilnahme für Frauen.

Schweden nahm auch in dieser Hinsicht eine Spitzenstellung ein. 80% der in den 70er Jahren neu entstandenen Arbeitsplätze wurden im öffentlichen Sektor geschaffen und 75% dieser Arbeitsplätze, vor allem im kommunalen Dienstleistungsbereich, wurden mit Frauen besetzt, so daß man fast von der Entwicklung eines zweiten Arbeitsmarktes sprechen konnte. 1992 waren fast 40% aller schwedischen ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Sektor beschäftigt. Damit hatte der öffentliche Sektor Schwedens den prozentual höchsten Anteil am Bruttosozialprodukt aller westlichen Länder erreicht. Norwegen und Finnland verfolgten eine ähnliche Politik der Beschäftigungsexpansion im Staatssektor. Gleichwohl wurde von den Skandinavierinnen unterstrichen, daß der Versorgungsgrad im Bereich öffentlicher Kinder- und Altenbetreuung der gewachsenen Nachfrage immer noch nicht gerecht wurde (Björnberg 1995).

1.3. Umfassendes Konzept der Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit

Die nordischen Sozialkulturen hatten einen umfassenden Gleichstellungsansatz entwickelt, der arbeitsmarkt-, arbeitszeit-, steuer- und so-

zialpolitische Ziele und Instrumente zu integrieren versuchte. Eine besondere Qualität der schwedischen Gleichberechtigungspolitik, die sie von den Gleichstellungsstrategien der zentraleuropäischen, aber auch der sozialistischen Länder abhob, ist, daß sie die Geschlechterungleichheit in der Familie nicht aussparte. Ganz ausdrücklich wurde auch in die Familien hinein interveniert, mit der Maßgabe, die gemeinsame Verantwortung von Mann und Frau für die Kinder und die Entwicklung egalitärer Partnerbeziehungen zu fördern. Dem Beharren auf der traditionellen Arbeitsteilung der Geschlechter sollte mit Hilfe eines neuen Konzeptes elterlicher Verantwortung (das mit öffentlicher Kinderbetreuung, einkommensunabhängigem Kindergeld und einem großzügig ausgestalteten Elternurlaub abgestützt wurde), die Legitimation entzogen werden. Frauen wurden durch vielfältige staatliche Anreize angeregt, ins Berufsleben einzutreten.

Tatsächlich nahm Schweden bezogen auf die Frauenerwerbstätigkeit im weltweiten Vergleich immer eine Spitzenstellung ein. Der Frauenanteil an der gesamten Erwerbsbevölkerung lag 1990 bei 48%. Selbst Mütter mit kleinen Kindern waren beinahe ausnahmslos (90%) berufstätig. Vor diesem Hintergrund überraschte es umso mehr, daß Schweden – nach Irland und Island – das OECD-Land mit der höchsten Geburtenhäufigkeit war (1990: Geburtenziffer 2,13). Seit Anfang der 80er Jahre war parallel ein Anstieg der weiblichen Berufstätigkeit, der von Frauen durchschnittlich gearbeiteten Stunden (1980: 31,0; 1990: 33,7) und der Geburtenziffer zu beobachten. Kinderfreundlichkeit einer Kultur und hohes Maß außerhäuslicher weiblicher Erwerbsarbeit schienen also keineswegs in einem unver-

einbaren Gegensatz zu stehen. Gleichzeitig engagierten sich die Schwedinnen auch noch in der Politik. Da die schwedische Verfassung den Kommunen eine große Zahl öffentlicher Arbeitsgebiete und Dienstleistungen überantwortet, fanden an der Politikgestaltung interessierte BürgerInnen dort weite Betätigungsfelder. Aber auch in der nationalen und internationalen Politik machten die schwedischen Politikerinnen bald von sich reden.

1.4. Arbeitszeitflexibilisierung orientiert an den Bedürfnissen von Eltern und Kindern

Markenzeichen des schwedischen Modells in gleichstellungspolitischer Hinsicht war, daß Arbeitszeitermässigung und -flexibilisierung sehr weitgehend auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern Rücksicht nahmen. Seit 1989 wurde ein bezahlter Elternurlaub von 15 Monaten verbürgt, der von Vater und Mutter in Anspruch genommen werden konnte. In den ersten zwölf Monaten erhielt der Elternteil, der ihn in Anspruch nahm, 90% seines vorherigen Einkommens, drei weitere Monate wurde ein Festbetrag von 60 skr pro Tag aus der Elternversicherung gezahlt. Mutter und Vater konnten sich den Elternurlaub teilen, alle nur denkbaren Kombinationen waren möglich. Es gab großzügig bemessene Freistellungen im Falle der Erkrankung des Kindes (60 Tage pro Jahr und Kind), auch für unverheiratete Paare mit Kindern und Adoptiveltern. Tatsächlich nahmen auch etwa 35% der Väter diese Chance wahr, ihre kranken Kinder zu pflegen. Neben einer Weiterbeschäftigungsgarantie nach Inanspruchnahme des Elternurlaubs hatten Eltern auch das Recht, ihre tägliche Arbeitszeit (ohne Lohnausgleich) bis zum 8. Lebensjahr des Kindes auf sechs Stunden zu verkürzen (Die Sozialversicherung 1994). Wenn alle familien- und sozialpolitischen Reformen (Freistellungen, Urlaub, flexible Arbeitszeitformen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) zusammengerechnet wurden, so wurde die 40-Stunden-Woche Ende der 80er Jahre um rund 20% verkürzt (Pettersson 1989, 1).

1.5. Geschlechterparität durch Individualisierung des Steuerrechts

Eine weitere Rahmenbedingung für die bis 1990 kontinuierlich ansteigen-

Die Individualisierung des Steuerrechts wird für wichtiger gehalten als die Gleichstellungsgesetzgebung, weil sie Frauen tatsächlich ökonomisch selbständig gemacht habe.

de Frauenerwerbsarbeit war die 1971 eingeführte Steuerreform, die die Individualbesteuerung, also die getrennte Veranlagung der Ehegatten vorsieht. Hausfrauen ohne eigenes Einkommen werden in Schweden – anders als beim deutschen Ehegattensplitting – nicht steuerlich begünstigt. Umgekehrt: es wird ein starker steuerlicher Anreiz gegeben, zumindestens eine Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen. Der Lebensentwurf „Hausfrau“ war Anfang der 90er Jahre in Schweden praktisch nicht mehr existent. In gleichstellungspolitischer Hinsicht wird die steuerpolitische Reform, die auch in den anderen nordischen Staaten nachvollzogen wurde, von vielen Skandinavierinnen für wichtiger gehalten als die Gleichstellungsgesetzgebung, weil sie Frauen tatsächlich ökonomisch selbständig gemacht habe.

Das 1980 verabschiedete schwedische Gleichstellungsgesetz war – wie auch das norwegische – nichtsdestotrotz in seiner Reichweite besser als die meisten Anti-Diskriminierungsgesetze in den EU-Ländern, weil die neue Gleichstellungsbehörde mit recht weitgehenden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet wurde. Der „Ombudsman für Gleichstellung“ kann Einsicht in die Personalakten zu fordern, Auflagen zur Förderung des bislang unterrepräsentierten Geschlechts machen („Positive Diskriminierung“) und Sanktionen in Form von Bußgeldern verhängen, wenn Auflagen nicht erfüllt werden. Wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, verlieren in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit allerdings alle diese Instrumente des „Gleichstellungs-Ombud“ an Wirksamkeit, sie werden zu stumpfen Waffen.

1.6. Beschäftigungsausweitung durch Teilzeitarbeit

Ein hoher Anteil der weiblichen Erwerbsarbeit – und hier liegt nach Meinung vieler Schwedinnen ein entscheidendes Egalitätsdefizit – wurde allerdings durch Teilzeitbeschäftigungen, vor allem im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor abgedeckt (als Teilzeitarbeit gelten alle Arbeitsverhältnisse unter 35 Stunden) (Meidner 1994, 10). Die ab 1965 explodierende Entwicklung von Teilzeitarbeit, die 1980 mit 46,6% ihren Höhepunkt erreichte, war in den 80ern rückläufig und pendelte sich seit 1990 bei ca. 40% ein. Im Jahr 1990 arbeitete über die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten un-

freiwillig in Teilzeitstellung (OECD 1993). Viele Schwedinnen waren insofern schon unverblümete Kritikerinnen des „schwedischen Modells“ als es nach Auffassung der meisten männlichen Beobachter noch vergleichsweise gut funktionierte. Aus frauenpolitischer Sicht wurde bereits in den frühen 90er Jahren moniert, daß es trotz arbeitsmarktpolitischer Instrumente (Auflagenpolitik und Quoten) und Ressourcenumverteilung zugunsten von Frauen nur ansatzweise gelungen war, den – nach Branchen und Arbeitszeit – extrem segregierten Arbeitsmarkt aufzubrechen. Frauen hätten Plätze in der Wirtschaft eher in Bereichen erobern können, wo sie wenig oder kaum mit Männern um Arbeitsplätze konkurrierten (Stark 1992, Deja-Löhlhofel 1994, Pettersson 1989 u.a.).

2. Bruchstellen und Zielkonflikte der wachstumsorientierten Verteilungsstrategie

2.1. Konflikte zwischen sozialdemokratischer Regierung und Gewerkschaften

Der in Salsjöbaden (1938) besiegelte „historische Kompromiß“ zwischen den Sozialpartnern wurde zum ersten Mal Mitte der siebziger Jahre erschüttert, als der Gewerkschaftsdachverband LO Überlegungen zur „Neutralisierung von Übergewinnen“ in kollektiven Arbeitnehmerfonds entwickelte. Mit solchen Vorschlägen zur Mitbestimmung über Investitionsentscheidungen war – aus Sicht der transnationalen Konzerne – ein Kernelement des korporatistischen schwedischen Modells in Frage gestellt, die einvernehmliche Rollen- und Arbeitsteilung von global orientiertem, konzentrierten Privatkapital und funktionaler Umverteilungspolitik. Das anhaltende Drängen zahlreicher LO-Verbände nach weiterer Demokratisierung der Wirtschaft führte auch zu erheblichen Spannungen zur regierenden Arbeiterpartei, die – bis zu ihrer Abwahl 1976 – jedoch einen eher marktkonformen Kurs hielt (Hagemann/Trautwein 1990, 260; Meidner 1994, 5).

2.2. Der „Dritte Weg“ der 80er Jahre – Weg in eine Spekulationsökonomie

Mit der erneuten Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten im Herbst 1982 wurde eine in Schweden kaum für konsensfähig erachtete wirtschaftspolitische Wende in Richtung einer stärkeren Ange-

botsorientierung, der sogenannte „dritte Weg“ beschritten. Er bedeutete die Kombination einer exportorientierten Modernisierungsstrategie mit einer restriktiven Finanzpolitik, allerdings flankiert vom Einsatz unterschiedlicher arbeitsmarktpolitischer Instrumente, um der leicht ansteigenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Zentrale Komponenten der Haushaltssanierung betrafen die merkliche Abflachung der Beschäftigungsausweitung im kommunalen Bereich und die starke Kürzung der Subventionszahlungen an Firmen, die unrentabel geworden waren. Über die nachdrückliche Exportförderung, Strukturrationalisierung und Haushaltssanierung hinaus kam die Angebotsorientierung der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik nach 1982 auch in mehreren, die Unternehmen begünstigenden Steuerreformen und einer ebenfalls schrittweise vorgenommenen Deregulierung der Finanzmärkte und des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs zum Ausdruck. Viele Verfechter des schwedischen Modells sehen in der „völlig verfehlten Geld- und Finanzpolitik“ dieser Jahre und mit der in der Folge der Deregulierung der Finanzmärkte einsetzenden Spekulationswelle, die zu einem Zusammenbruch des Immobilienmarktes und Anfang 1990 zu einer tiefen Bankenkrise führte, entscheidende Weichenstellungen für die Erosion des schwedischen Modells (Meidner 1995; Schmidt 1995, 9; Hagemann/Trautwein 1990, 270).

2.3. Aktive Arbeitsmarktpolitik untergräbt ihre eigenen Fundamente

Aber auch die Strategie der Beschäftigungsexpansion im öffentlichen Sektor zeigte in mehrfacher Hinsicht unvorhergesehene und unbeabsichtigte Nebenwirkungen. Die kontinuierliche Beschäftigungsausweitung hatte im öffentlichen Dienst in den 70er und 80ern zunächst maßgeblich zum Erhalt der Vollbeschäftigung beigetragen. Insofern gelang es, die Gruppen der durch den forcierten Strukturwandel im industriellen Sektor freigesetzten Arbeitskräfte, aber auch die vielen auf den Arbeitsmarkt drängenden Frauen für den öffentlichen Sektor zu qualifizieren. Dennoch untergrub diese Form der aktiven Arbeitsmarktpolitik gleichzeitig einige der Erfolgsbedingungen und Voraussetzungen des Funktionierens der gleichberechtig-

Trotz allem war nur ansatzweise gelungen, den – nach Branchen und Arbeitszeit – extrem segregierten Arbeitsmarkt aufzubrechen.

ten Kooperation der Tarifpartner. Sie hat – ohne es zu wollen – dazu beigetragen, den ursprünglichen institutionellen Rahmen zentralisierter Tarifpolitik durch rasche Tertiärisierung der Beschäftigungsstruktur und durch organisatorische Zersplitterung der Lohnpolitik im Dienstleistungssektor zu unterminieren (Hagemann/Trautwein 1990, 273).

2.4. Tertiärisierung schwächt Verhandlungsmacht des Gewerkschafts-Dachverbands

Eine in Schweden seit Beginn der 80er Jahre äusserst kontrovers debattierte Frage – auch zwischen den Geschlechtern – ist die der gerechten Einkommensverteilung. Die im internationalen Maßstab vergleichsweise geringen Einkommensdifferenzen zwischen Frauen- und Männerlöhnen im industriellen Bereich waren Resultat der seit Mitte der 50er Jahre praktizierten „solidarischen Lohnpolitik“, einer korporatistischen Lohnstrategie, die ungleich empfundene Lohnunterschiede über alle Branchen und Wirtschaftszweige hinweg auszugleichen und das Einkommen von Niedrigverdienern zu verbessern suchte. Die im Rahmen von zentralen Lohnrahmenverhandlungen zwischen Gewerkschaftsdachverband LO und dem Arbeitgeberverband SAF erzielten Nivellierungserfolge waren zunächst beträchtlich, galten allerdings nicht für das wachsende Heer der Angestellten im stark anwachsenden privaten Dienstleistungsbereich.

Die solidarische Lohnpolitik führte zu einer Egalisierung der schwedischen Lohnstruktur, die in Westeuropa beispiellos war. Gleichzeitig war sie die Grundlage der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht und begründete die Stärke des LO als Tarifpartner und als einflussreiche Bastion in der Gesellschaft. Über 80% der ArbeitnehmerInnen waren (und sind auch noch heute) gewerkschaftlich organisiert (Meidner 1994, 9). Auch für Frauen hatte die solidarische Lohnpolitik durchschlagende positive Effekte. Die Durchschnittslöhne von Industriearbeiterinnen konnten von 70,2% 1959 auf 92,1% im Jahr 1982 angehoben werden, danach öffnete sich die Schere wieder etwas zu Ungunsten der Frauen. 1990 verdienten Frauen in der Industrie nur noch rund 89% der vergleichbaren Männerlöhne. Die Verdienste der Frauen im priva-

ten Dienstleistungsbereich lagen allerdings beträchtlich unter den vergleichbaren Verdiensten der Männer, z.B. im Handel bei 74,3% der männlichen Monatsverdienste (ILO, Hagemann/Trautwein 1990, 257).

Die unübersehbaren Erfolge der auf sozialen Ausgleich hinzielenden Lohnpolitik können allerdings nicht darüberhinweg täuschen, daß es den LO-Gewerkschaften in dieser Zeit nicht gelungen ist, ein für den gesamten Arbeitsmarkt anwendbares Arbeitsbewertungssystem zu finden, das Normen für Leistungs- und Lohndifferenzen über die Branchen hinweg hätte setzen können. Faktisch blieben damit die verteilungspolitisch äusserst delikaten Fragen unbeantwortet, wann und unter welchen Voraussetzungen Industriearbeit und Arbeit im Dienstleistungssektor als gleichwertig angesehen ist. Selbst in den Mitgliedsverbänden der LO konnte in den strittigen Fragen, welche Faktoren im Arbeitsprozeß überhaupt zu Lohndifferenzen berechtigen, kein Konsens erzielt werden. Als es zu nicht mehr überbrückbaren Konflikten zwischen den im Gewerkschaftsdachverband LO zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kam, stellte der LO 1983 die allgemeine Nivellierungslinie der solidarischen Lohnpolitik selbst in Frage (Meidner 1994, 9). Es war von daher nicht überraschend, daß die Arbeitgeber in dieses Vakuum vorgestossen sind und eigene lohnpolitische Strategien entwickelten, die in jeder Hinsicht diametral zu den egalitätspolitischen Zielen der LO-Gewerkschaften standen.

2.5. Erosion der Solidarischen Lohnpolitik – Was ist eine gerechte Einkommensverteilung?

Mit der sektoralen Verschiebung der Beschäftigungsstruktur zum Dienstleistungssektor war bereits in den 80er Jahren die Zahl der Angestellten so weit angestiegen, daß ihre Gehaltssumme nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in der Privatwirtschaft größer war als die Lohnsumme der Arbeiter. Die in der eigentlichen Industrie Beschäftigten machten Anfang der 80er Jahre nur noch wenig über 20% der Gesamtbeschäftigung aus. Diese Entwicklung hat den Gewerkschaftsverband LO gegenüber den Interessenverbänden der Angestellten und Beam-

ten, den TCO Gewerkschaften, entscheidend geschwächt und die zentralisierten Tarifverhandlungen erheblich schwieriger gemacht. Zentral koordinierte Verhandlungen wurden Anfang der 80er Jahre vom Arbeitgeberverband SAF als unzeitgemäß und unflexibel aufgekündigt, befürwortet wurden stattdessen Verhandlungen auf Betriebsebene.

Ein wichtiger Hintergrund dieser Politik dürfte die immer stärkere Internationalisierung der schwedischen Unternehmen gewesen sein. Die Einbindung in den Rahmen spezifisch schwedischer Traditionen und Institutionen spielte für die transnationalen operierenden Konzerne eine immer geringere Rolle. Konflikte über Lohndifferenzierungsbestrebungen der Arbeitgeber – aber auch zwischen und innerhalb der Arbeitnehmerverbände – standen in den 80er Jahren auf der Tagesordnung. Schließlich wurde der Zusammenhalt zwischen den Arbeitnehmerorganisationen durch die geschickte Lohndifferenzierungsstrategie der multinationalen Konzerne mehr und mehr aufgebrochen. Diese setzten alles daran, ihre Belegschaften mit vielfältigen übertariflichen Sozialleistungen, mit Gewinnbeteiligung, zum Teil auch mit kursgünstigen Emissionen von Wandelschuldanleihen besonders zu begünstigen.

Diese Entwicklung hat in Verbindung mit hohen Inflationsraten wiederum zu Unruhe bei den (weiblichen) Beschäftigten im öffentlichen Dienst geführt, so daß es deren Interessenorganisationen waren, die seit Ende der 80er häufig die Konfliktführerschaft bei Tarifauseinandersetzungen übernahmen. Der traditionell friedliche schwedische Arbeitsmarkt wurde immer wieder von Konflikten erschüttert, vor allem die öffentlich Beschäftigten im Gesundheits- und Erziehungswesen gingen auf die Straße. Aufgrund der Geschlechter-Trennung entlang der Naht private/öffentliche Arbeit brach zunehmend ein offener Geschlechter-Sektorenkonflikt in der Einkommenspolitik auf. 1990 driften Schweden in eine erste politische Krise, als die Regierung Carlsson sich immer weniger in der Lage zeigte, dem Lohnauftrieb angesichts der Rivalitäten zwischen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften Herr zu werden. Diese verschärfte sich, als die Regierung angesichts der sich dramatisch verschlechternden Wirt-

Unbeantwortet blieb, wann und unter welchen Voraussetzungen Industriearbeit und Arbeit im Dienstleistungssektor als gleichwertig angesehen ist.

schaftslage den Gewerkschaften die politische Alleinverantwortung für die Rezession zuschob und ein Verbot von Lohnerhöhungen und eine (zweijährige) Suspendierung des Streikrechts ins Auge fasste.

1991 kam die Gegenreaktion der Bevölkerung, es kam zu einer Protestwahl und zu einem Triumph der bürgerlichen und rechten Parteien. Die sozialdemokratische Regierung mußte eine schwere Wahlniederlage hinnehmen, nachdem sie – nach einem für die Bevölkerung völlig überraschendem Beitrittsesuch zur EG – auch noch versucht hatte, den Lohnstopp im öffentlichen Dienst ausgerechnet mit Mitteln des staatlich verordneten Streikverbots durchzusetzen (Meidner 1994, 6-8). Mit den wiederholten Versuchen der Regierung, den Aktionsspielraum und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu beschränken, war damit ein weiteres wichtiges Fundament des schwedischen Modells, die jahrzehntelange, vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Flügel der Arbeiterbewegung brüchig geworden.

2.6. Verschlankung des Staates – „lean welfare“

Die Beschäftigungsexpansion im öffentlichen Dienst, die in den siebziger und achtziger Jahren wesentlich stärker ausfiel als in allen anderen OECD-Ländern, gefährdete das schwedische Modell zudem durch steigende Inflationsraten. Zur Finanzierung mußten neben einer deutlichen Erhöhung der direkten und indirekten Steuern wachsende Haushaltsdefizite in Kauf genommen werden. Wenn auch die Mehrheit der SchwedInnen lange Zeit bereits war, diesen Preis zu zahlen, so lag hier doch auch ein enormes – auch geschlechterpolitisches – Konfliktpotential, als sich mit der durch den Bankenzusammenbruch hervorgerufenen tiefen Rezession zu Beginn der 90er Jahre die Verteilungskonflikte verschärften und vor allem konservative und liberale Parteien zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen und zum Abschmelzen des „zu teuren Staatssektors“ aufriefen.

In der öffentlichen Meinung wurden jetzt die Frauen als die wesentlichen Kostenverursacher gesehen. Auffassungen, daß die Emanzipation der Frauen in Gestalt der vielen Kindergartenplätze rund 5% des BIP jährlich beanspruche, wurden bis in Gewerkschaftskreise hinein

vertreten. Die starke Konzentration von erwerbstätigen Frauen im Bereich kommunaler Dienste – 55% der Frauen arbeiteten 1991 im öffentlichen Sektor, 44% im „Wohlfahrtssegment“ (Bildung, Gesundheit, Erziehung) (Gonäs 1993, 10) –, die einerseits Voraussetzung für die ungewöhnlich hohe Frauenerwerbstätigkeit in Schweden war, drohte spätestens dann zu einer „Falle“ für die Frauen zu werden, als die staatlichen Arbeitgeber – nach dem Beitritt zur EU (1995) – sie besonderen Beschäftigungsrisiken aussetzten, um die hohen Staatsdefizite im Zuge der Vorbereitung der Währungsunion abzubauen. Alle schwedischen Regierungen der 90er Jahre, ob sozialdemokratisch oder bürgerlich, haben den Zielkonflikt zwischen Inflationsbekämpfung und Vollbeschäftigung durch Verschlankung des Staatssektors zu lösen versucht. Wie der schwedische Arbeitsmarktexperte Meidner unterstreicht, hat dieser Weg letzten Endes prozyklisch gewirkt und die Finanzierungskrise des Staates nicht behoben. Weil über hunderttausend vorher im öffentlichen Sektor beschäftigte Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden, sei die Binnennachfrage noch weiter herabgedrückt und die Rezession verlängert worden (Meidner 1995, 9).

Der deutsche Sozialdemokrat Scharpf hat vor einer Dekade die zwiespältigen Resultate der schwedischen Arbeitsmarktsegregation androzentristisch und borniert kommentiert. Er meinte, daß „die erfolgreiche sozialdemokratische Politik den schwedischen Frauen lediglich dazu verholfen habe, das Ghetto der grünen Witwe mit der geschlossenen gesellschaft der Frauenberufe zu vertauschen“ (Scharpf 1987, 136, zit. nach Hagemann/Trautwein 1990, 262.) Es ist kaum anzunehmen, daß die Schwedinnen, die sich jetzt wieder in die Rolle der auf den Ehegatten harrenden Witwe zurückkatapultiert sehen, über diesen „Tausch“ sehr beglückt sind.

2.7. Marktradikale Reformen der Regierung Bildt (1991-1994)

Beraten von einer Expertenkommission unter dem Liberalen Assar Lindbeck sah die 1991 aus vier liberal-konservativen Parteien gebildete Minderheitenregierung unter Carl Bildt (1991-1994) nun die Zeit für gekommen, das schwedische „Volksheim“ nach neoliberalen Re-

zepten umzubauen. Sofort nach Regierungsantritt wurden tiefgreifende „Reformen“ angekündigt, die die von der Sozialdemokratie geprägten Wohlfahrtsstrukturen aufbrechen und das Land den Bedingungen der Europäischen Gemeinschaft anpassen sollten. 35 staatliche Unternehmen wurden für die Privatisierung freigegeben, hiervon erwartete man sich Einnahmen von rund zehn Milliarden Kronen jährlich. Die Systemwende wurde durch umfangreiche Steuererleichterungen für die Privatwirtschaft eingeleitet, diese sollten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie verbessern und Schweden „europakompatibel“ machen.

Die Einkommenssteuer wurde stark abgesenkt, die Erbschaftssteuer um die Hälfte auf 30% ermässigt, die Umsatzsteuer für den Handel mit Aktien entfiel, die Vermögenssteuer wurde abgeschafft, die Mehrwertsteuer für die Dienstleistungsbranche wurde von 25 auf 18% herabgesetzt. Mindereinnahmen bei den direkten Steuern sollten durch Erhöhung indirekter Steuern (Alkohol, Tabak) ausgeglichen werden (FAZ vom 06.01.92). Eine zweite Tranche von Sparmaßnahmen betraf den öffentlichen Sektor. Gemäß einer Fünf-Jahresplanung sollte die Beschäftigung jährlich um 5% zurückzufahren werden, was den Abbau von rund 100 000 Arbeitsplätzen, die Umwandlung von Vollzeit- auf Teilzeitarbeit und die Einführung ungeschützter Beschäftigungen bedeutete (Gonäs 1993, 11). Die Regierungssubventionen für die Kommunen wurden drastisch beschnitten, gleichzeitig verbot die Regierung jegliche Anhebung der Gemeindeabgaben und die Aufnahme von Krediten. Es wurde starker Druck ausgeübt, kommunale Betreuungsmaßnahmen für Kinder und ältere Menschen sowie die kommunale Gesundheitsfürsorge zu privatisieren. Dies hatte zur Folge, daß Abstriche an den Versorgungsmaßnahmen erfolgen oder Einrichtungen der Kinderbetreuung, Tageszentren, Büchereien völlig geschlossen werden mußten (Björnberg 1995, 25). Erheblich verteuert wurden die Leistungen der Gesundheitsfürsorge, insbesondere die Zahlungen beim Arztbesuch, für Medikamente und Zahnbehandlungen. Schließlich wurden Sozialleistungen drastisch zusammengestrichen. Das Arbeitslosengeld wurde

Alle schwedischen Regierungen der 90er Jahre, ob sozialdemokratisch oder bürgerlich, haben den Zielkonflikt zwischen Inflationsbekämpfung und Vollbeschäftigung durch Verschlankung des Staatssektors zu lösen versucht.

von 90 auf 80% abgesenkt, für Jugendliche unter 20 Jahren wurde es ersatzlos gestrichen. Die Kommunen wurden angewiesen, ihnen „geeignete“ Arbeits- oder Ausbildungsplätze nachzuweisen. Der gesetzliche Urlaubsanspruch wurde von 27 auf 25 Tage, die Lohnersatzleistungen zur Pflege erkrankter Kinder in den ersten 14 Tagen von 90% des Einkommens auf 80% abgesenkt. Auch das Rentensystem wurde im Kern verändert, das Leistungsniveau der einkommensbezogenen Zusatzrenten von 72 auf 60% gekürzt.

So schmerzhaft diese Sparoperationen für die Bevölkerung auch waren, es gelang der Regierung Bildt auch nicht ansatzweise, mit dieser angebotsorientierten *Umverteilungspolitik* der Krise Herr zu werden. Zwischen 1991 bis 1994 sank das BIP um 5% – abgesehen von Finnland der stärkste Rückgang innerhalb der OECD. Die erwerbstätige Bevölkerung war im gleichen Zeitraum um 500.000 Personen geschrumpft. Bis zum Wahljahr 1994 waren die Staatsschulden auf 1200 Mrd. schwedische Kronen (ca. 260 Mrd. DM), etwa 90% des BIP, angestiegen (FAZ vom 17.09.94).

2.8. Zweite Regierung Carlsson 1994-1996 – Forcierung des Sparkurses

Das vorrangige Thema der Reichstagswahlen vom 18. September 1994 war die Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise, vor allem der Arbeitslosigkeit, die binnen drei Jahren von 3% (1990) auf für die Schweden unfaßbare 12% angestiegen war. Der Arbeiterpartei (SAP), die versprach, das „volksheim“ zu retten, gelang ein überwältigender Erfolg. Bei der hohen Wahlbeteiligung von 87% stimmten 45,3% der BürgerInnen für die Sozialdemokraten. Die Linkspartei erhielt 6,2% der Stimmen, die Grünen erreichten 5% und erklärten sich bereit, eine erneute sozialdemokratische Minderheitenregierung zu tolerieren.

Zwei Probleme, die der SAP hätten gefährlich werden können, waren im Wahlkampf geschickt entschärft worden: Die Entscheidung über den EU-Beitritt war auf eine separate Volksabstimmung im November 1994 vertagt worden. Dies erlaubte der sozialdemokratischen Führung, das Thema EU in der Wahlkampagne konsequent auszublenken. Zweitens wurden gegen-

über der aufmüpfigen weiblichen Wählerschaft weitgehende Zugeständnisse gemacht. Ende November 1993 hatte das Frauennetzwerk „Stützstrümpfe“ die Aufstellung reiner Frauenlisten für die Wahl angekündigt, weil nach den Wahlen von 1991 erstmals seit 1919 der Anteil der Frauen im Parlament wieder rückläufig und von 38% auf 33% abgesunken war (Björnberg 1995, 29). Die SAP reagierte unverzüglich und quotierte ihre Listenplätze. Auch die kleineren bürgerlichen Parteien zogen in dieser Frage nach – mit dem Ergebnis, daß in den schwedischen Reichstag 1994 41% weibliche Abgeordnete einzogen. Als kluger Schachzug galt, daß Carlsson unmittelbar vor dem EU-Referendum eine ehemalige Kommunistin als Schulministerin und zwei entschiedene sozialdemokratische Gegnerinnen eines EU-Beitritts zur Innenministerin und Landwirtschaftsministerin ernannte (Schmitz 1996, 325). Seine erste Rede nach der Regierungsbildung begann er mit der Feststellung, er freue sich, dem schwedischen Volk zum ersten Mal in der Geschichte eine demokratische politische Vertretung vorstellen zu können – demokratisch deshalb, weil 50% der Ministerien von Frauen geführt würden (Fölster 1996, 102).

2.9. Frauenpolitische Wahlzugeständnisse der bürgerlichen Parteien

Wie stark die schwedischen Frauen im Wahl- und Referendumsjahr 1994 von den Parteien umworben wurden, zeigt sich auch daran, daß die konservativ/liberale Regierung Bildt zum Ende der Legislaturperiode den schwedischen Elternurlaub durch ein spektakuläres Gesetz, den „Papa-Monat“, erweitert hatte. Damit war sie den Forderungen der schwedischen Frauen nach gesetzlichen Vorgaben zur Arbeitsumverteilung in den Familien entgegengekommen. Gleichzeitig konnte man darauf spekulieren, daß durch die Besonderheiten der Ausgestaltung dieses Reformgesetz faktisch als Spargesetz wirken würde. Entsprechend ist seither ein Monat des 12-monatigen Elternurlaubs nicht auf den anderen Elternteil übertragbar. Der Vater muß sich demnach mindestens einen Monat der Kindererziehung widmen, wenn die Familie nicht den Anspruch auf Entschädigung des Verdienstausfalls für den Papa-Monat verlieren will. Zu-

sätzlich wurde ein Hausfrauenlohn eingeführt, um die schwedischen Frauen zu ermuntern, dem Arbeitsmarkt ganz fernzubleiben (Schmitz 1996, 325).

spw

Literatur

Björnberg, Ulla 1995: „Walküren“ im Parlament – Schwedens Frauen auf dem Gipfel der Emanzipation? In: Die Frau in unserer Zeit 2/1995, 23-32.
 Die schwedische Arbeitsmarktpolitik 1994. Tatsachen über Schweden. Das schwedische Institut (Hg.), Stockholm.
 Die Sozialversicherung in Schweden 1994. Tatsachen über Schweden. Das schwedische Institut (Hg.), Stockholm.
 Fölster, Kaj 1996: Vorbild für die Europäische Union? Frauenpolitik in Schweden. In: M. Piepenschneider (Hg.): Frauenpolitik in der Europäischen Union. Baden-Baden 1996, 101-107.
 Gonäs, Lena 1993: Restructuring Public Sector and Women's Employment. Unpublished Paper. Arbetslivcentrum Stockholm 1993.
 Hagemann, Harald / Trautwein, Hans-Michael 1990: Schweden – Modell Paradox? In: Heinz Peter Spahn (Hg.): Wirtschaftspolitische Strategien. Regensburg, 247-281
 Leira, Arnlaug 1993: The „woman-friendly“ welfare state? The case of Norway and Sweden. In: Jane Lewis (Ed.): Women and Social Policies in Europe. Aldershot.
 Meidner, Rudolf 1994: Modell Schweden – Erfolge, Schwächen und Zukunftsperspektiven der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. In: WSI-Mitteilungen 1/1994, 1-11.
 Meidner, Rudolf 1995: Der Weg zur Vollbeschäftigung ist eine politische Entscheidung. In: Steffen Lehndorff (Hg.): Ist Schweden noch ein Modell? Institut für Arbeit und Technik, Wissenschaftszentrum Nord-Rhein Westfalen. IAT-Papier 3/1995, 7 – 12.
 Petterssen, Gisela 1989: Arbeitszeiten in Schweden. In: Aktuelle Informationen aus Schweden. Nr. 368, Juni 1989. Hg. vom Svenska Institutet, Stockholm.
 Reform des Arbeitsrechts nach langem Tauziehen. Schweden – Erbitterter Widerstand der Gewerkschaften. In: Handelsblatt vom 13./ 14. 12. 1996
 Schmidt, Günther: Was können wir von der schwedischen Arbeitsmarktpolitik noch lernen. In: Steffen Lehndorff (Hg.): Ist Schweden noch ein Modell? Referate eines Workshops in Gelsenkirchen. Institut für Arbeit und Technik (IAT) Wissenschaftszentrum NRW. IAT-Papiere 3/1995, 33- 42.
 Schmitz, Claus: Folkheim in Europa – was wird aus dem Modell Schweden? in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1995, 320-330.
 Schwedens Wirtschaft 1995. Tatsachen über Schweden. (Hg.), Das schwedische Institut, Stockholm.
 Stark, Agneta 1992. Schwedische Frauen und EG. Vortrag Universität St. Gallen (Schweiz) am 17.1.1992 (unpubl.).

Die Versuche der Regierung, den Aktionsspielraum und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu beschränken, untergruben ein Fundament des schwedischen Modells.

Die Zukunft des Rentensystems

von Jörg Deml und Roland Wutz*

Spätestens mit der Debatte um die Vorschläge der CDU-Renten-Kommission ist deutlich geworden, daß der Konflikt zwischen den Vertretern einer radikalen Systemveränderung und denjenigen, die durch Leistungskürzungen im System finanziellen Spielraum zurückgewinnen wollen, innerhalb des bürgerlichen Blocks nicht mehr zu kaschieren ist. FDP-Westerwelle, der Jungen Union und ihren intellektuellen Vordenkern geht es um nicht weniger als den Bruch mit dem paritätisch finanzierten Sozialversicherungssystem und die Auflösung aller der darin erhaltenen Komponenten des internen sozialen Ausgleichs. Das katholische Zentrum um Blüm und Geißler kann sich derzeit noch unter Verweis auf den Wahltermin 1998 gegen einen Einstieg in die Auflösung der Sozialversicherungssysteme durchsetzen, gleichfalls sind aber auch diese bereit, den RentnerInnen massive Leistungskürzungen zuzumuten. Erhält die amtierende Koalition 1998 weitere vier Jahre Zeit, so dürfte es mit der schon jetzt gering ausgeprägten Rücksichtnahme gegenüber den RentenbezieherInnen vorbei sein.¹

Demgegenüber hat sich die SPD bislang nicht nur erfolgreich gegen die Blümschen Vereinhaltungsstrategien erwehren können, sondern der Anfang Mai vorgelegte Bericht der Alterssicherungskommission basiert tatsächlich auf den Grundlagen fortschrittlicher Rentenpolitik. An dieser Stelle wollen wir aber noch einmal verdeutlichen, warum kein Anlaß besteht, daß bestehende lohn- und erwerbsarbeitsbezogene Alterssicherungssystem in Frage zu stellen.²

Rentenversicherung – Wie funktioniert sie?

Ausgangspunkt der Angriffe auf das bestehende System der Gesetzlichen Rentenversicherung ist die Behauptung, daß die „Renten nicht mehr sicher sind“; diese These beruht auf der tief im Alltagsbewußtsein verankerten Überzeugung, daß jeder Versicherte mit seinen Beiträgen seine eigene Rente vorfinanziert – insbesondere durch die arbeitsmarktbedingten Vorruhestandsregelungen und die sogenannten ‚versicherungs-fremden Leistungen‘ würden die Rentenkassen nun geplündert, und so der Lebensabend der derzeitigen Erwerbsbevölkerung gefährdet.

Tatsächlich ist diese Annahme so schlicht, wie sie falsch ist: In keinem Zweig der Sozialversicherung ‚sparen‘ die Versicherten eine Geldsumme an, aus der dann bei Eintritt des Versicherungsfalles ihre jeweiligen Leistungen finanziert werden. Vielmehr greift überall das *Umlageverfahren*, in dem die jeweilige Versichertengemeinschaft mit ihren Beiträgen für die Leistungen der aktuell Anspruchsberechtigten aufkommt.

Zentrale Prinzipien der im Umlageverfahren durchgeführten Rentenversicherung sind die *Lebensstandardsicherung* und die *Dynamisierung der Renten*. Die Rentenhöhe soll dem Arbeitslohn so weit angenähert sein, daß der Eintritt ins Rentenalter für die voll erwerbstätigen ArbeitnehmerInnen den Schrecken des krassen Einkommensabsturzes verliert. Hierzu findet eine ‚Dynamisierung‘ der Renten statt, womit die Renteneinkommensentwicklung der nicht mehr erwerbstätigen Generation in ein Verhältnis zur Arbeitseinkommensentwicklung der erwerbsaktiven Generation gesetzt wird.

Diese Konstruktion der GRV ist als Verbindung zwischen konservativer Besitzstandswahrung und sozialdemokratischen Umverteilungszielen zu interpretieren: Mit der Koppelung der späteren Leistungen an die nach der Lohnhöhe gestaffelten Beiträge wird die relative Einkommensposition im Alter konserviert, und durch diese Stärkung des Versicherungsgedankens (Dominanz des Äquivalenz- gegenüber dem Bedarfsprinzip) sichergestellt, daß nur BeitragszahlerInnen Leistungen erhalten. Als Sozialversicherung geht die GRV allerdings über einen ‚engen‘ Leistungsbegriff, der die Höhe

der Ansprüche nur in Proportionalität zum vorherigen Erwerbseinkommen akzeptiert, hinaus, da auch interpersonelle Umverteilungsmaßnahmen stattfinden, die im wesentlichen auf der Zurechnung von ‚Ausfallzeiten‘ ohne Erwerbsarbeit beruhen; neben Zeiten der ‚Unterbrechung‘ oder verhinderten Aufnahme von Erwerbsarbeit (Kriegsfolgelasten, Arbeitslosigkeit und Krankheit, Ausbildung) wird mit dem Hinterbliebenen- und Erziehungszeitengesetz (HEZG) seit 1986 die Erziehung von Kindern als gesellschaftlich erwünschte Tätigkeit anerkannt, und mit dem Pflegeversicherungsgesetz wird von 1995 an die Entrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen für familiäre Pflegepersonen durch die zuständigen Pflegeversicherungen geregelt.

Richtwert und Ausgangspunkt bei der Frage des Sicherungswertes der Rente ist der sogenannte „Standardrentner“: Dieser erreicht nach 45 Versicherungsjahren, in denen er jew. genau das durchschnittliche Arbeitsentgelt erzielt hat, ein Netto-Rentenniveau von ca. 70% des durchschnittlichen Netto-Arbeitseinkommens. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich beim Standardrentner um ein statistisches Konstrukt handelt: Tatsächlich genügen in den alten Bundesländern nur knapp 38% der männlichen Versicherten in der Angestelltenversicherung (AnV) und sogar nur 23% in der Arbeiterrentenversicherung (ArV) diesen Ansprüchen (Bestand zum 31.12.95), und erzielen ein entsprechendes Einkommen. Deutlich wird auch die geschlechtsspezifische Wirkung des Rentenrechts, dessen zentrale Prämisse – lebenslange Erwerbstätigkeit – am Leitbild des männlichen Familienverdieners orientiert ist, und nicht der Realität der Erwerbskarrieren von Frauen entspricht: In der AnV erfüllen nur 1,91% der Frauen die Anforderungen einer Standard-Rente, und in der ArV sogar nur 0,02%, so daß deutlich wird, daß die eigenständige Sicherung der Frauen über ihre versicherungspflichtige Erwerbstätigkeit nicht gegeben ist.

Resümierend läßt sich feststellen, daß das Risiko der Altersarmut v.a. in den Personengruppen

- der Arbeiterehepaare, die nur über die gesetzliche Rente des Mannes verfügen,
- der Witwen, deren verstorbener Mann Arbeiter war, und
- der ledigen und geschiedenen

* Jörg Deml, Bremen, war Mitglied in der Kommission „Zukunft der Alterssicherungssysteme“ beim SPD-Parteivorstand; Roland Wutz, München, ist Mitglied im Landesvorstand der BayernSPD.

Frauen überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist.

Die demographische Entwicklung begründet keine Leistungskürzungen

Insbesondere der demographische Wandel – steigende durchschnittliche Lebenserwartung einerseits und ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung durch niedrige bzw. sinkende Geburtenrate andererseits – erregt Besorgnis über die zukünftig zu finanzierenden Renten; entsprechend wird vielfach mit der Verdoppelung des ‚Alterslastquotienten‘ (Verhältnis der über 60jährigen zu den Personen zwischen 20 und 60 Jahren) bis zum Jahr 2030 argumentiert.³

Nur: Entscheidend für das zwischen den Generationen zur Verteilung anstehende Wertprodukt ist nicht der Altersaufbau einer Gesellschaft, sondern deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.⁴ Kapitalakkumulation, Ausbildung, Forschung, Wissenschaft und technischer Fortschritt sind heute als ‚Zukunftsvorsorge‘ für das künftige Sozialprodukt und somit für die künftige Versorgung der Alten mit Geld- und Dienstleistungen viel wichtiger als die rein generative Komponente. Dem Anstieg des realen Bruttosozialprodukts in Westdeutschland in der Zeit von 1950 bis 1990 um 473% steht ein Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 42% gegenüber, wobei letzteres weniger auf ‚natürliches‘ Bevölkerungswachstum zurückzuführen ist, sondern auf die Zuwanderung und den Anstieg der Frauenerwerbsquote. Der Anstieg der Produktion ist somit nur zu 9% auf den demographischen Faktor und zu 91% auf Realkapitalbildung und die Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückzuführen.⁵ Die eigentliche Relevanz des demographischen Wandels für die Finanzierung der GRV liegt also in dessen Auswirkungen auf die Arbeits- und Kapitalmärkte, und damit den Pfad der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung, um so zu bestimmen, welchen Umfang das Umverteilungspotential, das zur Transferleistung an die Rentenbevölkerung benötigt wird, einnimmt.

Entscheidend für die finanzielle Belastung durch die Rentenfinanzierung sind folgende Punkte, die das Umverteilungspotential bestimmen:

a) Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials

Diese ist nicht nur Resultat demographischer Entwicklungen, sondern in erster Linie abhängig von der Arbeitsmarktsituation. Angesichts einer faktischen Arbeitslosenzahl von ca. 7 Mio. Menschen (inkl. stiller Reserve) entgeht der GRV ein gewaltiges Potential an BeitragszahlerInnen mit den entsprechenden Auswirkungen auf das Beitragsniveau, während gleichzeitig ein Mehrbedarf an Mitteln für die Arbeitslosenversicherung entsteht. Je 100.000 abhängig Beschäftigte bedeuten für die Rentenversicherungsträger jährliche Beitragseinnahmen von 0,9 Mrd. DM (West) bzw. 0,7 Mrd. DM (Ost). Dagegen bringen 100.000 LeistungsempfängerInnen der Bundesanstalt für Arbeit nur 0,6 Mrd. DM (West) bzw. 0,6 Mrd. DM (Ost) an Rentenversicherungsbeiträgen. Nach den Arbeitsmarktdaten der Bundesanstalt für Arbeit vom Juni 1996 ergeben sich allein durch die abgesenkten Beitragszahlungen für die LeistungsempfängerInnen der Bundesanstalt Mindereinnahmen pro Jahr in Höhe von 7,2 Mrd. DM.⁶

Mit einer auf Vollbeschäftigung abzielenden Beschäftigungspolitik könnten zudem die brachliegenden Arbeitsmarktreourcen genutzt werden:

- die entscheidende Rolle kommt dabei der Erhöhung der frauenspezifischen Erwerbsquote, die bislang nur im Schnitt der EU-Staaten liegt, zu;
- die arbeitsmarktbedingte vorzeitige Verrentung älterer ArbeitnehmerInnen wäre beendet, so daß die beitragspflichtige Erwerbsphase ohne Verlängerung der Lebensarbeitszeit vergrößert würde;
- der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials könnte tendenziell durch eine – über das bereits prognostizierte Ausmaß der Zuwanderung hinausgehende – gezielte Förderung der Einwanderung kompensiert werden

Entsprechend wird das nach verschiedenen wissenschaftlichen Prognosen ab dem Jahr 2010 zu beobachtende Absinken des Erwerbspersonenpotentials in seinen Konsequenzen für die Finanzierungsbasis der Sozialversicherung deutlich weniger dramatisch ausfallen, als von interessierter Seite suggeriert.

Neben dem rein quantitativen Aspekt, wieviele Menschen als Erwerbstätige Beiträge in die GRV entrichten, muß auch das Niveau dieser

Entlohnung im Sinne der Verteilungsrelation zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen als wichtiger Faktor eingeschätzt werden, da die Beiträge an die Sozialversicherung der Höhe der Löhne folgen. So entsprachen 1% Lohnzuwachs im Jahre 1996 einem Anstieg der jährlichen Beitragseinnahmen um 2,3 Mrd. DM. Das Ausmaß der Umverteilung zu Lasten der Löhne läßt sich an der Entwicklung der Lohnquote ablesen: Die tatsächliche Brutto Lohnquote (also der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen) liegt 1996 in Westdeutschland mit 69,2% um 7,7 Prozentpunkte unterhalb des Wertes von 1982; die bereinigte Lohnquote, die den Einfluß der Veränderung des Anteils der ArbeitnehmerInnen an allen Erwerbstätigen ausschaltet, weist sogar nur einen Wert von 64,8% auf – der niedrigste Wert seit 1950.⁷ Entgegen aller angebotsorientierter Wirtschaftslogik verschenkt gerade eine Lohnzurückhaltung Finanzierungsspielräume, und trägt so ursächlich zur Krise der sozialen Sicherungssysteme bei.

b) Das Ausmaß der gesellschaftlichen Wertschöpfung

Die gesellschaftliche Wertschöpfung hängt eng zusammen mit der Erwerbsbeteiligung, besitzt darüber hinaus aber noch eine technische Dimension: mit fortschreitender Produktivkraftentwicklung steigt das Produktionswachstum schneller als das notwendige Arbeitsvolumen, so daß – vorausgesetzt, es wird keine entsprechende Arbeitszeitverkürzung durchgeführt – die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen pro Beschäftigten wächst. Da gerade aufgrund der demographischen Entwicklung (Schrumpfung des Erwerbspersonenpotentials) von einer zunehmenden Kapitalintensität der Produktion mit einer Steigerung der Arbeitsproduktivität auszugehen ist, wächst das pro Beschäftigten zur Umverteilung zur Verfügung stehende Arbeitsprodukt an, so daß sich im Gegenzug die reale Beitragsbelastung verringert. Selbst bei Einkommenszuwachsen unterhalb der Produktivitätsentwicklung würden die real verfügbaren Einkommen der Beitragszahler nicht sinken. Bei der Frage der Finanzierung der Renten handelt es sich also nicht um ein biologisches, sondern um ein Verteilungsproblem – und

Bei der Frage der Finanzierung der Renten handelt es sich nicht um ein biologisches, sondern um ein Verteilungsproblem.

Relative Verteilung der Zahlbetragsklassen der Renten wegen Alters im Zugang der GRV im Jahr 1995 (in Prozent)				
Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... DM	West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Insgesamt bis 600.-	15,73	47,20	0,18	6,29
600.- bis 1.200.-	12,25	28,28	4,91	64,64
Insgesamt bis 1.200.-	27,98	75,48	5,09	70,93
1.200.- bis 1.600.-	11,69	15,85	36,88	21,78
Insgesamt bis 1.600.-	39,67	91,33	41,97	92,71
1.600 bis 2.000.-	15,34	5,25	40,48	5,74
Insgesamt bis 2.000.-	55,01	96,58	82,45	98,45
2.000.- bis 2.400.-	21,09	2,15	14,88	1,50
Insgesamt bis 2.400.-	76,10	98,73	97,33	99,95
2.400.- bis 2.800.-	14,01	0,98	2,22	0,05
Insgesamt bis 2.800.-	90,11	99,71	99,55	100,00
2.800.- bis 3.200.-	7,80	0,25	0,31	0,01
Insgesamt bis 3.200.-	97,91	99,96	99,86	100,01
3.200 und höher	2,08	0,03	0,14	0,00
Insgesamt	99,99	99,99	100,00	100,01

Abweichungen von 100,00 sind Rundungsbeding.

Berechnet nach: VDR-Statistik, Band 117, Rentenzugang 1995, Tabellen 302.10 Z RV und 302.20 Z RV

zwar nicht in erster Linie um eines zwischen Berufstätigen und VersorgungsempfängerInnen, sondern um den Interessengegensatz zwischen Kapital und Lohnabhängigen bei der Aneignung des Arbeitsproduktes.

c) Der Zusammenhang mit den übrigen zu finanzierenden Sozialleistungen

Bei den sich abzeichnenden Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft ist v.a. in der öffentlichen Diskussion eine Fixierung auf die Relation Erwerbstätige – AltersruhegeldempfängerInnen zu beobachten, woraus dann die bekannte These von der ‚Störung des Generationenverhältnisses‘ mit den entsprechenden Finanzierungsproblemen abgeleitet wird. Unberücksichtigt bleibt, daß die demographische Entwicklung aber auch zu Entlastungen in anderen sozialstaatlichen Tätigkeitsfeldern führt. Zwar wird der deutliche Rückgang in der Arbeitslosenversicherung möglicherweise kompensiert durch den Anstieg des Finanzierungsbedarfes in der gesetzlichen Krankenversicherung, doch verringert sich in der gesamten Abgabenquote das Gewicht der steuerfinanzierten sozialen Leistungen: So senkt die erhöhte Erwerbsbeteiligung nicht nur den Aufwand für die Sozialhilfe, sondern auch für die Transferleistung des Wohngeldes.

An der grundlegenden Tatsache, daß Sozialleistungen aus dem laufenden Sozialprodukt zu finanzieren sind, kommt auch ein Kapitaldeckungsverfahren nicht vorbei.

Der entscheidende Entlastungseffekt kommt aber der Alterung der Gesellschaft zu, da die Aufwendungen für die Kinderlast abnehmen: Neben den direkten staatlichen Zuwendungen für Kindergeld und Ausbildungsbeihilfen betrifft dies auch die Kosten für die dazugehörige Infrastruktur wie Kinderversorgungseinrichtungen und Schulen.

Fazit: Selbst für das demographisch „ungünstige“ Jahr 2040 hat das „Prognos-Institut“ nur einen Anstieg des Beitragssatzes von derzeit 19,7% auf 26,3% bis 28,7% (je nach wirtschaftlicher Entwicklung) errechnet; unter Berücksichtigung obiger Fakten wird sich in der gesamten Abgabenbelastung möglicherweise ein Nullsummenspiel ergeben. Für Panikmache und Renten Kürzungen besteht somit vor dem Hintergrund empirischer Fakten kein Grund.

Ersatz der Umlagefinanzierung durch ein Kapitaldeckungsverfahren?

Auch die Ablösung des Umlageverfahrens durch das Kapitaldeckungsverfahren ist wiedererdeckt worden: Hiernach sollen die angesparten Prämien dem Kapitalmarkt als zusätzliche Mittel zu Verfügung stehen; die dadurch initiierte Zinssenkung rege die Investitionstätigkeit der Unternehmen an und stärke damit die Wachstumseffekte, so die Befürworter der Umstellung. Diese ‚Vorfinanzierung‘ der zukünftigen Wertschöpfung ermögliche es, die Altersabsicherung der jetzigen Aktiven-Generation unabhängig von ihrer Nachkommenschaft zu organisieren, so daß scheinbar bei den Versicherten eine intertemporale Umverteilung zugunsten ihrer Alterseinkommen vorgenommen und auf diesem Wege das Problem einer Verschlechterung der Rentenzahler-Empfänger-Relation umgangen werde. So lautet kurzgefaßt die Hoffnung, die mit den Vorteilen eines Kapitaldeckungsverfahrens verbunden werden, und die insbesondere angesichts der demographischen Entwicklung an Popularität gewinnt. Dennoch bleiben wichtige Fragen im Zusammenhang mit dem Kapitaldeckungsverfahren ungeklärt:

An der grundlegenden Tatsache, daß Sozialleistungen aus dem laufenden Sozialprodukt zu finanzieren sind, kommt auch ein Kapitaldeckungsverfahren nicht vorbei, wobei hier im eigentlichen Sinne die Übertragung von Geld- und Sachvermögen an die nachfolgende Generation

gemeint ist. Dieser Prozeß funktioniert allerdings nur bei einer gleichförmigen Auflösung von Kapitalreserven (für konsumtive Zwecke) mit einer Neuanlage (für Vorsorgezwecke), da ansonsten eine inflatorische Entwicklung einsetzt, die zu Preissteigerungen und dem Wertverlust der Anlagen führt; gerade die demographische Entwicklung eines erhöhten Altenanteils mit entsprechender Nachfrageausweitung besitzt als Kern die tendenzielle Entwertung der privaten Altersabsicherung.

Entgegen den Appellen der Versicherungswirtschaft, mittels einer Police einen Beitrag zur Vorsorge zu leisten, wird selbstverständlich auch beim privatrechtlichen Kapitaldeckungsverfahren kein individueller Kapitalstock gebildet, aus dem im Alter die Versorgung stattfindet. Das Entwicklungsniveau der Ökonomie im Jahre 2040, die Menge an produzierten Gütern und Dienstleistungen, bildet im Jahr 2040 die Grundlage für die Alimentierung derjenigen Bevölkerungsgruppen, die über kein ausreichendes Erwerbseinkommen verfügen, seien es nun Kinder und Jugendliche, Arbeitslose, Erwerbsunfähige oder Rentner, und bestimmt somit den Wert des Kapitalstocks. Heute angespartes Kapital kann nur angemessen bedient werden, wenn auch später ein ausreichend großer wettbewerbsfähiger Kapitalstock zur Verfügung steht. Ist das nicht der Fall, weil die erwerbstätige Bevölkerung stark schrumpft, müssen auch die Ansprüche aus dem angesparten Kapital reduziert werden.

Ein Aufbau eines Kapitalstocks in Form von Investitionen oder langlebigen Wirtschaftsgütern (z.B. Wohnraum) kann also das angebliche Problem der demographischen Entwicklung nicht lösen. Er ist darüber hinaus gleichbedeutend mit einer aktuellen Beitragserhöhung, da neben den bereits erworbenen und nun abzugeltenden Ansprüchen der RentenbezieherInnen auch diese Investitionen aus der laufenden Produktion finanziert werden müssen.

Die Anfälligkeit eines Kapitaldeckungsverfahrens gegenüber demographischen Schwankungen mag bei offenen Kapitalmärkten dadurch etwas gemildert werden, daß Ersparnisse in bevölkerungsreichen Ländern angelegt werden können. Dieser Möglichkeit sind aber enge Grenzen gesetzt.

Die kapitalexportierenden Länder müßten als Korrelat des Kapitalex-

ports Leistungsbilanzüberschüsse realisieren, deren Arbeitsmarkt- und Kapitalmarktwirkungen von den kapitalimportierenden Ländern auf Dauer hingenommen werden müssen. Das wiederum bedeutet, wie die Entwicklung in Japan und Deutschland in den achtziger Jahren gezeigt hat, daß die Überschußländer in hohem Maße Aufwertungsrisiken zu tragen haben, die zum einen die Auslandsanlagen rasch und massiv entwerten können und zum anderen die eigene Wirtschaft schwer schädigen. Eine Immunisierung des Kapitaldeckungsverfahrens gegen Veränderungen in der Altersstruktur gibt es daher nicht.

Die Auseinandersetzung um das Rentenreformgesetz 1999

Mit dem gegenwärtigen Gesetzgebungsverfahren ist ein Novum in der bundesrepublikanischen Sozialpolitik erreicht: Während seit der Einführung des bestehenden Rentensystems im Jahr 1957 sämtliche großen Reformgesetze im Einklang von SPD und CDU/CSU beschlossen worden sind, ist dieser Konsens von der Regierungskoalition im Frühjahr '96 mit der Ankündigung der Heraufsetzung der Altersgrenzen und der drastischen Einschränkung der Vorruhestandsregelungen aufgekündigt worden.

Dieser Paradigmenwechsel läßt sich auch am Tempo der parlamentarischen Beratung ablesen: Nachdem die von der Bundesregierung eingerichtete Rentenkommission Ende Januar ihren Bericht veröffentlichte, die CDU im März ihre Position auf einer Bundesausschußsitzung darlegte, und die Alterssicherungskommission der SPD Anfang Mai ihre Vorschläge unterbreitete, wäre üblicherweise davon auszugehen gewesen, daß die Zeit bis zum Herbst genutzt worden wäre, um doch noch einen Kompromiß zu erreichen. Das stattdessen von der Bundesregierung eingeschlagene Tempo belegt eindrucksvoll, daß die sozio-ökonomischen Probleme dieser Gesellschaft sich auf alles Mögliche zurückführen lassen, aber sicherlich nicht auf einen politisch induzierten 'Reformstau': Bereits Ende Mai lag der Referentenentwurf zum RRG '99 vor, Mitte Juni ist dieser Entwurf vom Kabinett beschlossen worden, Ende Juni fand die 1. Lesung im Bundestag statt, und Mitte Juli ist im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung die Expertenanhörung zu den rentenpoliti-

schen Vorstellungen der Parteien durchgeführt worden. Nach der Sommerpause finden im September eine Reihe von Ausschußsitzungen statt, die abschließende 2. und 3. Lesung im Bundestag ist für den 10. Oktober vorgesehen, und der wahrscheinliche Einspruch des Bundesrates soll am 11. Dezember im Bundestag zurückgewiesen werden!

Bei diesem Tempo, das erkennbar darauf abzielt, bis zu den niedersächsischen Landtagswahlen sämtliche Gesetzesvorhaben abgearbeitet zu haben, läßt die Regierungskoalition sich auch nicht davon beirren, daß z.B. der der Union durchaus gewogene Bremer Ökonom W. Schmähl (Vorsitzender des Sozialbeirates der Bundesregierung und Mitglied der Rentenkommission) das Herzstück der Reform, nämlich das mittels eines neuen 'Demographiefaktors' in der Rentenformel langfristig auf 64% abzusenkende Netto-Standardrentenniveau, als falschen Schritt kritisiert, da durch die Annäherung großer Teile der Versicherten an das Sozialhilfeniveau die Legitimation der Rentenversicherung untergraben wird. Einzig bei den drastischen Einschnitten in das Sicherungsniveau der neuen Erwerbsminderungsrente scheint man Verhandlungsbereitschaft signalisieren zu wollen: Geplant war bei einem Rentenzugang von Erwerbsgeminderten vor dem 60. Lebensjahr ein Abschlag von 18% – der *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger* forderte nun in seiner – wie bestellt wirkenden – Stellungnahme, daß dieser Abschlag auf 10,8% begrenzt wird, um so zu einer Harmonisierung mit dem Niveau der Altersrente für Schwerbehinderte zu gelangen.


Die SPD täte angesichts dieses konsequenten neo-konservativen Systemumbaus gut daran, ihre Vorstellungen offensiv in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit den Vorschlägen ihrer Alterssicherungskommission besitzt sie die inhaltliche Grundlage, um wieder ihr Profil als linke Reformpartei zu schärfen, und um den Macht- und Gestaltungsanspruch im Hinblick auf die Bundestagswahl herauszustreichen. spw

¹ Zur Kritik vgl. J. Deml: Zwischen Kürzung und Privatisierung – Die CDU-Rentenpolitik, in: Sozialismus 4/97
² Wer an einer zusammenfassenden Darstellung des bundesrepublikanischen Rentensystems, seiner Problematiken, und möglicher Handlungsoptionen interessiert ist, sei verwiesen auf J. Deml et al.:

Sichere Renten für die Zukunft, Berlin 1997, Verlag am Turm (im Auftrag der Volkssolidarität vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut Berlin-Brandenburg erarbeitete Studie)

- ³ So auch im Februar eine Titel-Story des SPIEGEL: „Die Alten plündern die Jungen aus“.
- ⁴ Wäre der Altersaufbau einer Gesellschaft tatsächlich so entscheidend wie so oft behauptet, dann müßte die aktuelle RentnerInnen-Generation eigentlich voller Neid auf die Alten in Indien oder Bangladesch blicken. Es scheint also doch andere Faktoren zu geben, die über die Finanzierung der Alterssicherung entscheiden.
- ⁵ Vgl. Thomas Ebert: Familienfundamentalismus und Alterssicherung; in: WSI-Mitteilungen 6/95
- ⁶ Verband deutscher Rentenversicherungsträger: Rentenversicherung in Zahlen 1996; Frankfurt/M. 1996, S. 4.
- ⁷ DGB-Bundesvorstand: Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrendite und Lohnstückkosten in Deutschland, Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, Nr. 4/97, S. 6

Die SPD täte angesichts dieses konsequenten neo-konservativen Systemumbaus gut daran, ihre Vorstellungen offensiv in der Öffentlichkeit zu vertreten.



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

**8. Jahrgang, Nr. 30,
Juni 1997, 240 Seiten**

Höhme - Konjunkturanalyse

**Marxismus -
Bilanz und Perspektive**

Engelberg - Im 80. Jahr der Oktoberrevolution / Deppe - Marx, Marxismus, sozialistische Bewegung / Negt - Neuzugänge zum Marx'schen Denken

Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert - Tagungsberichte: Reusch - Eröffnung / Michelsen - Kapitalismusanalyse / Strutynski - Klassengesellschaft / Schirmer - Demokratie / Pickshaus - Hat Klassenbewegung eine Zukunft?

Aus den Workshops: Markard - Kritische Psychologie / Mohl - Noten zur MEGA / Götz - Globalisierung, Nationalstaat, EU / Holst - Gramsci und die Folgen / Heuer - Marxismus und Demokratie / Lieberam - Parlamentarismus

Der rechte Rechtsstaat II:
Benjamin - Rechtsstaatlichkeit und Demokratie / Richter - Menschenrechtsverletzungen in D / Stuby - Rechtsstaat, Eigentum, BVerfG

Und:
Stiehler - Wertverhältnisse / Braun - Reproduktionsarbeit, Patriarchat, Warenverhältnisse / Steinitz - Gesellschaftliche Regulierung und sozialistisches Reformkonzept

Berichte: Zu Ingrao/Rossanda, Gramsci und Neoliberalismus, Wirtschaft von unten, Zukunft der Arbeit & DGB; und **Rezensionen**

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Älteres Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

Gleichheit und Klassenkampf

Clara Zetkin zum 140. Geburtstag

von Antje Trosien*

„Die bürgerliche Frauenbewegung ist folglich nicht Vorkämpferin, Interessenvertreterin aller befreiungssehnsüchtigen Frauen. Sie ist und bleibt bürgerliche Klassenbewegung.“

Die führende Rolle [...] beim Aufbau der proletarischen Frauenbewegung der späten neunziger Jahre überhaupt wurde zweifellos von Clara Zetkin gespielt“, heißt es bei Richard E. Evans (S. 96). „Das Leben von Clara Zetkin spannt sich wie eine Brücke von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus – mit Friedrich Engels hat sie noch mehrere Jahre zusammengearbeitet – bis zu den Erbauern des ersten sozialistischen Staates unter Führung W. I. Lenins, mit dem sie eine herzliche Freundschaft verband“, ist 1960 in einem Nachwort zu einem Buch aus dem VEB „Volk und Wissen“ zu lesen, und an wieder anderer Stelle wird sie die „weibliche Symbolfigur der Kommunisten“ genannt (Schneider, Sie waren die ersten).

Welchen Blick Frau auch immer auf Vita und Wirken von Clara Zetkin wirft, nicht nur ihr frauenpolitisches Engagement bedarf der Würdigung, auch ihre antimilitaristische Haltung muß erwähnt werden, umso mehr, als in der Sozialdemokratie (wieder mal) Militarisierung der Außenpolitik auf der Tagesordnung steht.

Biographisches

Clara Eissner kam am 5. Juli 1857 im sächsischen Wiederau als Tochter eines Dorfschullehrers zur Welt; über ihre Kindheit ist wenig bekannt, außer daß die Familie 1872 nach Leipzig übersiedelte. Nicht nur weil sich in ihrer Familie mehrere Lehrer fanden (ihr Großvater Vitale hatte die napoleonische Armee verlassen, um Lehrer zu werden), sondern auch, weil dies einer der wenigen Frauenberufe war, der ein wenigstens halbwegs erträgliches Auskommen er-

möglichte und dennoch über eine gewisse soziale Akzeptanz verfügte, besuchte Clara das Lehrerinnenseminar von Auguste Schmidt.

Zur selben Zeit lernte sie in Leipzig in einem Kreis russischer EmigrantInnen den aus Odessa stammenden Schriftsetzer Ossip Zetkin kennen, der bereits intensiv politisch aktiv war.

Ihm folgte sie 1883 auch nach Paris, wo die beiden angeblich heirateten (Schneider, S. 94) – andere Quellen wissen nichts davon. Richtig ist, daß Clara sich von da an Zetkin nannte, und daß 1883 und 1885 in Paris die Söhne Maxim und Kostja geboren wurden. Als Ossip Zetkin schwer erkrankte und 1889 starb, stand die junge Frau als alleinerziehende Mutter mit Kleinkindern da. Ihre Familie hatte sich wegen ihrer Sympathie zur Sozialdemokratie von ihr gelöst. Angewiesen darauf, den Lebensunterhalt ihrer Familie verdienen zu können, übernahm Clara Zetkin 1891, gefördert auch von dem Verleger J.H.W. Dietz, die Redaktion der in Stuttgart erscheinenden Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“, was eine weitere Übersiedelung erforderlich machte.

In Stuttgart lernte Zetkin den achtzehn Jahre jüngeren Maler Friedrich Zundel kennen. Diese Liebesbeziehung galt schon wegen des Altersunterschieds als Skandal, vielleicht ein Grund dafür, daß Clara Zetkin diesmal tatsächlich heiratete – allerdings ohne sich fortan Zundel zu nennen.

Bis 1917 war Clara Zetkin Chefredakteurin der „Gleichheit“, und immer wieder unterwegs als Parteiagitorin. Doch ab 1913 zeichneten sich zunehmend Konflikte ab. Gegen Lily Braun hatte sie sich um die Jahrhundertwende durchsetzen können, doch innerhalb der SPD fanden sich schnell neue Konkurrentinnen, Frauen, die bequemer und angepaßter waren – oder erschienen. Eine von ihnen, Luise Zietz, mit einem sehr pragmatischen frauenpolitischen Ansatz, machte Zetkin zuerst Schwierigkeiten und übernahm ihre Funktionen – und folgte ihr später auf dem Weg in die USPD, was niemand so vermutet hätte.

All diese Auseinandersetzungen hatten aber immerhin zur Folge, daß Clara Zetkin ständig unter Druck stand, ständig überarbeitet war und schlußendlich massive gesundheitliche Beeinträchtigungen in Kauf nehmen mußte.

Clara Zetkin, Lily Braun und die bürgerliche Frauenbewegung

Als einer der spannendsten Aspekte an Zetkins frauenpolitischem Ansatz erscheint vielen AutorInnen ihr konfliktbeladenes Verhältnis zu Lily Braun. Diese wurde von Zetkin auch wegen ihrer revisionistischen Haltung entschieden bekämpft. Und wenn auch Lily Braun in ihrer Autobiographie „Memoiren einer Sozialistin“ die Personen anders benennt, so ist doch reichlich offenkundig, daß sich hinter der von ihr vielfach kritisierten Wanda Orbin niemand anders als Clara Zetkin verbergen kann.

Zetkins Ansichten über die bürgerliche Frauenbewegung waren eindeutig. So schreibt sie: „Sie [die bürgerliche Frauenbewegung] strebt lediglich danach, die bürgerliche Gesellschaft durch Lösung der rechtlichen und sozialen Bindungen zu reformieren, die das weibliche Geschlecht zum Vorteil des Mannes fesseln. Dem Kampf für die frauenbefreiende Revolution der Gesellschaft mittels der Machteroberung des Proletariats und der Aufrichtung des Sozialismus steht die übergroße Mehrheit der Frauenrechtlerinnen heute nicht mehr mit dem Schein einer gewissen Neutralität gegenüber wie zum Teil in den Anfängen der Bewegung, sondern vielmehr in unverhüllter bitterer Feindschaft. Die bürgerliche Frauenbewegung ist folglich nicht Vorkämpferin, Interessenvertreterin aller befreiungssehnsüchtigen Frauen. Sie ist und bleibt bürgerliche Klassenbewegung.“ (Zetkin, Proletarische Frauenbewegung, S. 149)

Während Lily Braun eine wesentlich tolerantere Haltung zur Zusammenarbeit hatte, weil sie in dieser Frage davon beeinflusst wurde, daß sie über bürgerliche Diskussionszirkel zur Sozialdemokratie gefunden hatte, betonte Clara Zetkin immer wieder die Notwendigkeit der „reinen Scheidung“ der proletarischen von der bürgerlichen Frauenbewegung. Sie begründete dies folgendermaßen: „Ihr (das der proletarischen Frauenbewegung, A.T.) Handeln wurde von der Auffassung geleitet, daß nur der revolutionäre Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwirklichung des Sozialismus als Tat des sich kämpfend befreienden Proletariats der Gesundheit der Frauen voll erblühendes und sich auswirkendes Menschentum bringen werde und nicht

* Antje Trosien, Bayreuth, stv. Landesvorsitzende der Jusos Bayern, Juso-Bundesausschuß

THEORETIKER/INNEN

die formale Gleichstellung der Geschlechter im Gesetz.“ (Richebächer, S. 142)

Auf den Punkt gebracht, war Zetkin der Auffassung, daß jedenfalls die Geschlechtszugehörigkeit nicht über die Zugehörigkeit zur Klasse zu stellen sei und es dies auch in die politische Praxis umzusetzen gelte.

Wirken in der Partei

Nachdem die SPD bereits 1891 mit dem Erfurter Programm nicht nur das aktive und passive Wahlrecht für alle „ohne Unterschied des Geschlechts“ sowie „die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen“, zu Forderungen erhoben hatte, blieb dennoch einiges zu tun.

1894 gelang es Zetkin, auf dem SPD-Parteitag durchzusetzen, daß die 1892 von Ottilie Baader abgeschaffte Schutzklausel wieder eingesetzt wurde, wonach die Frauen der örtlichen SPD das Recht hatten, eine Delegierte zu nationalen Parteikongressen aus ihren Reihen zu wählen. „Theoretisch“, so auch Ignaz Auer, „hörte sich's sehr schön an, als die Berlinerinnen die Streichung der früheren Bestimmung beantragten. Praktisch ist die Geschichte anders gekommen. Wir müssen der sozialdemokratischen Frauenbewegung Gelegenheit zur Vertretung auf den Parteitagen geben, ohne daß sie dabei von der Gnade der Männer abhängig sind.“ (Evans, S. 87) Clara Zetkin forderte den Parteitag auf, die Statuten erneut zu verändern, und der Kongreß stimmte ohne weiteres für ihren Antrag.

1896 konnte Clara Zetkin auf dem SPD-Parteitag weitergehende Forderungen zur „Frauenagitation“ durchsetzen. Nach einem einleitenden Referat von ihr nahmen die Delegierten eine Resolution an, die eine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Frauenbewegung ablehnte und empfahl, unter den Frauen für folgende Ziele zu agitieren: Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes und Achtstundentag; gleicher Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechts, gleiche Bildung und freie Berufstätigkeit für beide Geschlechter, privatrechtliche Gleichstellung, um nur einige Punkte zu nennen (nach: Miller, S. 543). Zudem wurde Clara Zetkin auf diesem Parteitag in die Kon-

trollkommission gewählt.

Im Rahmen ihrer Parteitätigkeit ging Zetkin nicht nur immer wieder auf Vortragsreisen, bei denen sie vielfach 500 bis 700 ZuhörerInnen anzog und Säle füllte, wenn sie zu Fragen wie „Der Zolltarif und die Frauen“ (Evans, S.166) sprach, sondern sie referierte auch häufig auf SPD-Parteitagungen oder nahm dort Stellung zu „allgemeinen“ Tagesordnungspunkten. Aus-

gangspunkt und Machtbasis war für Zetkin besonders die Berliner Frauenagitationskommission, in der sie den Vorsitz führte und in der sie mit Tagesordnung und Zeitbudget genauso umging, wie es ihren Zwecken diene. „Nun aber schnell zur Abstimmung – wir versäumen ja noch die Pferdebahn. – Ich denke, wir bleiben bei unserern Vorschlägen!“ (Evans, S. 117, nach Lily Braun, Memoiren) – diese Situation beschreibt die „Bestimmung“ von Delegierten zu einer überregionalen Konferenz.

Als Clara Zetkin 1919 zur KPD übertrat, setzte sie dort ihren innerparteilichen Kampf für die Emanzipation der Frau fort. 1921 legte sie auf einer Konferenz Richtlinien vor, die die Qualität und Ausrichtung der Frauenpolitik strukturieren sollten. „Die Richtlinien gehen von der Feststellung aus, daß das Privateigentum die letzte Ursache der Geschlechtsklaverei und der Klassensklaverei ist und daß einzig und allein die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, ihre Umwandlung in Gesellschaftsbesitz, volle Frauenbefreiung sichert.“ (Zetkin, Proletarische Frauenbewegung, S. 164)

Frauenberufstätigkeit und Mutterrolle

Das in der Mehrheitssozialdemokratie verbreitete Frauen- und Familienbild ging weitgehend davon aus, daß innerhalb der Familie die Mutter, auch wenn sie lohnabhängig be-



Clara Zetkin auf einer Demonstration der KPD 1921

schäftigt war, die wesentliche Verantwortung für die Erziehung der Kinder und die Hausarbeit zu übernehmen hatte. Faktisch kam es also zu einer Doppel- und Dreifachbelastung der Proletarierinnen (vgl. Richebächer, Miller, Evans, u.a.). Allerdings, so argumentierte Engels, ohne näher auf die Vervielfachung der Anforderungen an die Frauen einzugehen, böte die Erwerbstätigkeit den Frauen die Chance, „dem letzten Rest der Männerherrschaft in der Proletarierwohnung“ den Boden zu entziehen (Engels, S. 211). Von vollständiger Gleichberechtigung könne aber erst gesprochen werden, wenn auch die juristische Gleichstellung der Frauen erreicht sei.

Clara Zetkin schloß sich dieser Argumentation weitgehend an, obwohl ihr bisweilen vorgeworfen wurde, aus der Mutterschaft eine mystische Angelegenheit gemacht zu haben, dies wird vor allem in einigen in der „Gleichheit“ erschienenen Artikeln deutlich. Sie betonte aber auch immer wieder, daß die Mutterrolle keine angeborene natürliche Eigenschaft der Frau sei. „Den Beruf der Mutter feiert man als den höchsten und schwierigsten aller Berufe. Aber reif und würdig für die Erfüllung dieses Berufs soll jedes Gänchen sein...“ (Badia, S. 77)

Und für die Erziehung der Kinder sah sie eine Mischung aus privater und öffentlicher Verantwortung vor: „So hoch wir das mütterliche Wirken einschätzen, so unentbehrlich, ja so vertiefungsbedürftig uns der erzie-

Die Frauenerwerbstätigkeit wurde von den meisten männlichen Sozialdemokraten eher als notwendiges Übel gesehen, um Familieneinkommen zu sichern, selten aber als Recht der Frauen auf Erwerb akzeptiert.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Mit den Collagen: Die ersten Mütter und Ausruhen und Die ersten Kinder

In letzter Stunde!

Die Arbeiterinnen sind in der Tat die stärksten und wertvollsten Mitglieder der Gesellschaft...
Die Arbeiterinnen sind die Basis der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Kraft der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Seele der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Hand der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Stimme der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Seele der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Hand der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Stimme der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Seele der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Hand der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Stimme der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Seele der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Hand der Nation...
Die Arbeiterinnen sind die Stimme der Nation...

herische Einfluß des Heimes dünkt: wir sagen nein! Die Erziehung des Kindes muß das harmonisch zusammengestellte Werk von Heim und gesellschaftlichen Einrichtungen, von Mutter und Vater sein." (Zetkin, Duncker, Borchart, Die Erziehung, S. 19)

Die Frauenerwerbstätigkeit wurde von den meisten männlichen Sozialdemokraten eher als notwendiges Übel gesehen, um Familieneinkommen zu sichern, selten aber als Recht der Frauen auf Erwerb akzeptiert. Im Gegenteil, und dies ist auch durch Zitate belegbar, wurden Frauen verschiedentlich als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt begriffen und galt es als „Errungenschaft“, wenn man es sich leisten konnte, die Familie zu ernähren, ohne auf zusätzlichen Verdienst von Frau (und Kindern) angewiesen zu sein (vgl. Miller).

Clara Zetkin hat sich jedoch zu diesen Fragen mehr als eindeutig verhalten. Ihr zentralstes Anliegen war die Auseinandersetzung mit der Frauenerwerbstätigkeit, die sie nicht nur theoretisch einforderte, sondern auch selbst praktisch lebte.

Dabei kam auch sie zunächst zu dem Schluß, daß die Frauenerwerbstätigkeit aus einer gewissen Notsituation heraus entstanden war, denn „der Lohn des Mannes reichte nicht mehr aus, den Unterhalt für die Familie zu sichern, er deckte oft kaum den notwendigen Bedarf des ledigen Mannes. Der Unterhalt der Familie forderte sehr bald, daß der Erwerb der Frau zum Verdienst des Mannes hinzutrat.“ (Zetkin, Frauenfrage, in: Brinkler-Gabler, S. 140) Doch zeigten sich dadurch für die Arbeiterinnen auch neue Möglichkeiten auf: „Die Tätigkeit der Frau ward von einer ersparenden zu einer erwerbenden, die Frau selbst erhielt damit aber die Fähigkeit, auch ohne den Mann zu leben, sie gab der Frau zum ersten Male die Fähigkeit eines vollständig selbständigen Lebens“ (ebenda, S. 14).

Vorurteile, daß Frauen die Männerlöhne drückten, ihnen Konkurrenz machten, was zur Arbeitslosigkeit führen könnte und zu Hause die Familie vernachlässigten, ent-

kräftigte Zetkin mit den Worten: „Aus diesem Grunde sich der industriellen Frauenarbeit widersetzen, die Frau ans Haus zurückfesseln wollen, das heißt geradeso thöricht und vergeblich handeln, wie jene englischen Arbeiter, welche die Konkurrenz der Maschine durch Zerstörung von Maschinerie und Fabriken für immer zu beseitigen gedachten.“ (ebenda, S. 142)

Und die Erwerbstätigkeit der Frauen war schließlich auch der Ausgangspunkt für ihre Forderungen nach Gleichstellung im öffentlichen und rechtlichen Bereich. Anders als die bürgerliche Frauenbewegung, die die Emanzipation aus liberal-individualistischen Vorstellungen ableitete, argumentierte Zetkin: „Die Frau, die sich gesellschaftlich-produktiv dem Manne ebenbürtig erweist, die sich ökonomisch ganz auf eigene Füße stellen kann, muß auch politisch und rechtlich demselben gleichgestellt werden“ (ebenda, S. 143).

„Die Gleichheit“ – Publikation im Auf und Ab

Zielsetzungen der 1891 gegründeten Frauenzeitschrift der Sozialdemokratie waren folgende: „Die Gleichheit ist vor allem ein sozialistisches Organ... Die Gleichheit ist das Organ der Genossinnen und hat als solches die Meinungen über die Theorie und Praxis der proletarischen Frauenbewegung zu klären.“ (Richebächer, S. 236). Die Chefredakteurin Clara Zetkin betonte, sie werde stets Meinungen und Entscheidungen des Parteivorstandes kritisieren und bekämpfen, wenn sie ihrer „festen Überzeugung nach dem Interesse der Frauenbewegung und der Partei“ zuwiderliefen (ebd., S. 237).

Bevor es zu grundsätzlichen politischen Meinungsverschiedenheiten kam, hatte es zunächst lange Zeit Diskussionen um die „Gleichheit“ gegeben. War die Propaganda der SPD eindeutig auf Hausfrauen und auf verheiratete Arbeiterinnen ausgerichtet – ihre wichtigsten Themen schienen Lebenshaltungskosten, Fleischpreise und legislative Reformen zum Schutz von Kindern zu sein (vgl. Evans, S. 206), hatte die „Gleichheit“ unter Führung von Clara Zetkin eine ganz andere Zielsetzung: „Eine Zeitung wie die ‚Gleichheit‘ kann innerhalb der Bewegung schulend und fördernd wirken, sie hat als Hauptziel ver-

folgt, die Genossinnen, die im Vordertreffen des Kampfes stehen, prinzipiell klar auf den Boden der Sozialdemokratie zu stellen.“ (Evans, S. 184)

Kritik gab es häufig dahingehend, daß die schulenden Texte als zu lang und zu wenig unterhaltsam eingeschätzt wurden. Die Wiener Arbeiterinnenzeitschrift der Sozialdemokratin Adelheid Popp, welche das inhaltliche Niveau der „Gleichheit“ nie erreichte, aber wesentlich stärker Alltagsfragen berücksichtigte, wurde zum Vergleich herangezogen. Über die Gleichheit hingegen wurde geurteilt: „Ach, gehen Sie mir mit Ihrer Gleichheit! Ich verstehe nichts davon!“ (unbekannte Gewerkschafterin, zitiert nach Evans, S. 185).

Schließlich wurde Clara Zetkin gezwungen, Beilagen zu gestalten, die auch Erziehungsfragen thematisierten, und letztendlich führte die radikale Haltung von Zetkin, aber auch die sinkende Auflagenstärke, die den Verleger Dietz stark beunruhigte, dazu, daß die Verantwortung für die Gleichheit Luise Zietz übergeben wurde, die eine weitere Popularisierung betrieb.

Zietz war ab 1913/14 gegen Clara Zetkin aufgebaut worden. Diese hatte zunächst versucht, sich ihrer Konkurrentin durch Intrigen zu erwehren – jedoch ohne anhaltenden Erfolg. Hatte sie in der Auseinandersetzung mit Lily Braun die Mehrheit des Parteivorstandes auf ihrer Seite gehabt, standen die Genossen jetzt gegen sie. Schließlich zog sie sich nach und nach zurück, allerdings nicht aus Resignation, sondern weil sie zeitgleich erhebliche gesundheitliche Schwierigkeiten hatte – sie drohte zu erblinden.

„Wir erheben uns gegen den imperialistischen Krieg!“

Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel 1912, zu einem Zeitpunkt also, als die Kriegsgefahr bereits absehbar war, aber innerhalb der sozialistischen Parteien noch angenommen wurde, daß durch den Zusammenhalt der ProletarierInnen die Bedrohung abgewendet werden könnte, hielt Clara Zetkin eine bemerkenswerte Rede. Bemerkenswert zum einen deswegen, weil sie, ähnlich wie Engels, den Krieg als Mittel der Bourgeoisie zur Profitmaximierung einordnete: „Der Krieg ist nichts als die Erweiterung und Ausdehnung des Massenmordes, dessen sich der Kapi-

talismus auch im sogenannten Frieden zu jeder Stunde am Proletariat schuldig macht“, und weiter: „Die furchtbare Schändlichkeit des Massenmordes der Völker untereinander ist die verbrecherischste, die verrückteste Form der Massenausbeutung des Volkes der Enterbten durch den Kapitalismus.“ (Die Erziehung, S. 122.) Zum zweiten stellt Zetkin in dieser Rede, die bezeichnenderweise „Wir erheben uns gegen den imperialistischen Krieg!“ betitelt wurde, klar, daß bewaffneter Kampf durchaus legitim ist, um die Befreiung des Proletariats durchzusetzen: „Darum können wir die Unsrigen kämpfen und fallen sehen, wenn es die Sache der Freiheit gilt.“ Auch Frauen wären bereit, ihren Beitrag durch Überzeugungsarbeit dazu zu leisten – aber nicht durch mehr. Bevölkerungspolitische Tendenzen kamen Clara Zetkin nie über die Lippen, und obwohl sie die Hauptverantwortung in Erziehungsfragen stets bei der Mutter sah, lehnte sie die Reduktion der Frau zur Gebälerin von Kanonenfutter beharrlich ab.

Clara Zetkin behielt, im Gegensatz zu vielen anderen, ihre antimilitaristische Position auch bei, als der 1. Weltkrieg bereits begonnen hatte. Dies führte schließlich mehr und mehr dazu, daß sie innerhalb der SPD isoliert und ihrer bisherigen Funktionen enthoben wurde, bis sie letztendlich selbst die Konsequenzen zog und der von ihrer Freundin Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und anderen im April 1917 gegründeten USPD beitrug.

Nach der Sozialdemokratie

„Der ganze Dreck mit der Zietz und dem Parteivorstand“, so schrieb Rosa Luxemburg in einem Brief an Zetkin.

Die Loslösung von der Sozialdemokratie war für Clara Zetkin kein einfacher Prozeß, sondern äußerst schmerzlich (vgl. Schneider, S. 102). Vor allem das Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie im Ersten Weltkrieg war ausschlaggebend dafür, daß sie sich zunächst der USPD anschloß und 1919, nach der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts, der KPD beitrug. Innerhalb der Kommunistischen Internationale konnte sie dann wieder frauenpolitische Verantwortung übernehmen. Hinzu kam, daß Clara Zetkin ab 1925 auch Präsidentin der Internationalen Roten Hilfe wurde.

Ihren Hauptwohnsitz verleg-

te die nunmehr fast Siebzijährige in die Sowjetunion, reiste jedoch trotz anhaltender gesundheitlicher Schwierigkeiten immer wieder nach Deutschland, um sich zum einen propagandistisch für ihre neue Heimat einzusetzen, zum anderen, weil sie für die KPD Reichstagsabgeordnete war. Fast blind, und schon sehr unbeweglich (nach einigen Quellen auch mit Lähmungserscheinungen), erschien sie stark geschwächt ein letztes Mal in Berlin, um im August 1932 als Alterspräsidentin den Reichstag zu eröffnen. Ihr Platz wurde dann von Hermann Göring übernommen.

Knapp ein Jahr später starb Clara Zetkin in Archangelskoje; ihre Urne wurde an der Kremllmauer beigesetzt. Sie war zur „weiblichen Symbolfigur der Kommunisten“ geworden – wohl auch deshalb, weil die SPD in jener Zeit kaum noch auf sie Bezug nahm und weder ihre Leistungen noch die berechtigten frauenpolitischen Forderungen entsprechend würdigte.

Aktualität für uns heute

Bereits von zeitgenössischen Feministinnen wurde Clara Zetkins Strategie kritisiert. Anita Augspurg schreibt beispielsweise: „Wenn Clara Zetkin von den Männern einer zur Herrschaft gekommenen Sozialdemokratie erwartet, daß sie die politischen Rechte, auf welche die Frauen heute freiwillig verzichten, freiwillig auf die Frauen ausdehnen, dann hat sie, die doch soviel auf die Lehren der Geschichte gibt, aus ihnen wenig gelernt... In bedeutend kürzerer Zeit werden die Frauen, die solidarisch die Frauen anstemmen (unterstützen, A.T.), die politischen Rechte für sich erkämpft haben, und daß sie alsdann für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt wirken werden, dürfte sich als sicherer bewahrheiten, als die umgekehrte Rechnung Clara Zetkins.“ (Augspurg, nach Evans, S. 151)

Diese Debatte, welcher Schritt notwendigerweise der erste sein müsse, oder ob sich beide Ziele nebeneinander verfolgen ließen, hat die feministisch-sozialistische Diskussion in den letzten hundert Jahren entscheidend geprägt und mehr als nur einmal (z.B. in der neueren StudentInnenbewegung) für erhebliche Konflikte gesorgt. Die Sichtweise, daß sich im Sozialismus die Frauenfrage automatisch lösen würde, wurde von zahlreichen Theoretikerinnen in Frage gestellt, z.B. Simone

de Beauvoir. In diesem Sinn ist Clara Zetkin dafür kritisiert worden, daß sie sich für das Primat des Klassenkampfes vor der Frauengleichstellung entschieden hatte.

Ein zweiter diskussionswürdiger Punkt bleibt das Verhältnis von Zetkin zu Braun und Zietz. Mit Rosa Luxemburg, die sich aber nicht im geringsten für Frauenpolitik einsetzte, befreundet, war Clara Zetkin überkreuz mit denjenigen, die, mehr oder weniger, für Gleichstellung eintraten. Lily Braun zog sich zurück, Luise Zietz übernahm schließlich Zetkins Funktionen – um ihrerseits aus der SPD verdrängt zu werden, als sie sich gegen die militaristische Ausrichtung der Partei wandte, um dann von Marie Juchacz ersetzt zu werden. Hier könnte wieder einmal die Diskussion über Frauensolidarität geführt werden.

Unvermutet aktuell wird Clara Zetkin aber vor allem im Zusammenhang mit Antimilitarismus. Wer den Außenpolitischen Kongreß der SPD am 18. Juni '97 im Bonner Maritim miterlebt hat, weiß, daß die Partei wieder auf einem ganz gefährlichen Weg der Militarisierung ist. Zetkins Appell „Wir erheben uns gegen den imperialistischen Krieg!“ müßte wieder ganz oben auf der Tagesordnung der Parteilinken stehen. spw

Literatur

- Gilbert Badia: Clara Zetkin, Eine neue Biographie, Berlin, 1994;
- Gisela Brinker-Gabler (Hg.): Frauenarbeit und Beruf, Frankfurt am Main, 1979, hier: Gesetzlicher Arbeiterinnenschutz, sowie: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart;
- Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin, 1977;
- Richard J. Evans: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin, Bonn, 1979
- Sabine Hering: Die Kriegsgewinnlerinnen, Pfaffenweiler, 1990;
- Susanne Miller: Frauenfrage und Sexismus in der deutschen Sozialdemokratie; in: Hannelore Horn, Alexander Schwan, Thomas Weingartner (Hg.): Sozialismus in Theorie und Praxis, Berlin/New York, 1978
- Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit – Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Frankfurt/Main, 1982;
- Dieter Schneider (Hg.): Sie waren die ersten, Frankfurt/Main, 1988; hier: Kurt Koczyk: Clara Zetkin – weibliche Symbolfigur der Kommunisten, S. 91;
- Clara Zetkin, Käthe Duncker, Julian Borchardt: Die Erziehung der Kinder in der proletarischen Familie, Berlin, 1960;
- Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Frankfurt am Main, 1984.

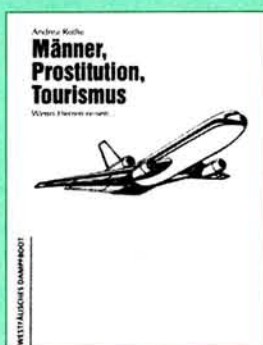
Sie war zur „weiblichen Symbolfigur der Kommunisten“ geworden – wohl auch deshalb, weil die SPD in jener Zeit kaum noch auf sie Bezug nahm und weder ihre Leistungen noch die berechtigten frauenpolitischen Forderungen entsprechend würdigte.

Schon wieder

Wahl!

Wählen Sie zwei Prämien-Bücher aus, wenn Sie uns jemanden nennen, der ein neues **spw**-Abonnement haben will.

Geben Sie beide Buchstaben für die Buchprämien auf der **spw**-Abo-Karte an.



A

Andrea Rothe
Wenn Herren reisen ...
Männer, Prostitution,
Tourismus, 280 S.,
Ladenpreis DM 39,80



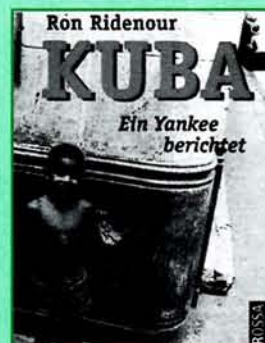
D

Frank Deppe
Fin de Siècle
Am Übergang zum
21. Jahrhundert, 180 S.,
Ladenpreis DM 28,-



B

*Michael Ramminger/
Ludger Weckel*
**Dritte Welt-Gruppen
auf der Suche nach
Solidarität**
Bestandsaufnahme
und Perspektiven,
156 S.,
Ladenpreis DM 24,80



E

Ron Ridenour
Kuba
Ein Yankee berichtet,
250 S.,
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle/Sabine Hering
Lila ist Trumpf
Bildergeschichte zur
deutschen Frauen-
bewegung, 150 S.,
Ladenpreis DM 29,80



F

*Arbeitsgruppe Alternative
Wirtschaftspolitik*
MEMORANDUM '97
Beschäftigungspolitik statt
Sparritual, 250 S.,
Ladenpreis DM 29,80